

ie **ip** Institut für Europäische Politik

Forschung · Forum · Fortbildung | Research · Fora · Training

Tätigkeitsbericht 2019 | Activity Report 2019

 @iep.Berlin

 @iep_berlin

 Institut für Europäische Politik e.V.

 www.iep-berlin.de

August 2020

Institut für Europäische Politik e.V.
Bundesallee 23
D-10717 Berlin

Tel.: +49-30-889134-0
Fax: +49-30-889134-99

Webseite: www.iep-berlin.de

Twitter: @IEP_Berlin

Facebook: @IEP.Berlin

LinkedIn: Institut für Europäische Politik e.V.

Redaktion: Katrin Böttger, Henrik von Homeyer, Sophia Klumpp, Fabian Weber

Layout: Sophia Klumpp, Fabian Weber, Dimitar Keranov

Förderer und Kooperationspartner:



ASKO EUROPA - STIFTUNG



STIFTUNG
MERCATOR



cife

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



European Parliamentary
Research Service

Institut für Europäische Politik

Forschung · Forum · Fortbildung
Research · Fora · Training

Tätigkeitsbericht 2019

Activity Report 2019

Inhaltsverzeichnis / Table of Content

Jubiläum: 60 Jahre IEP <i>Anniversary 60 Years IEP</i>	5
Forschungsfelder <i>Research Fields</i>	8
Publikationen des IEP <i>Publications of IEP</i>	12
Mittags- und Frühstücksgespräche <i>Public Debates</i>	25
Projekte Studienprogramme <i>Projects Study Programmes</i>	30
Konferenzen Workshops Foren Studiengruppen <i>Conferences Workshops Fora Study Groups</i>	70
Capacity Development <i>Capacity Development</i>	74
Kommunikationsaktivitäten <i>Communication activities</i>	97
Gremien des Instituts für Europäische Politik <i>Bodies of the Institut für Europäische Politik</i>	110

Jubiläum: 60 Jahre IEP

Anniversary: 60 Years IEP

Europapolitischer Sommerempfang anlässlich 60 Jahre IEP mit Wolfgang Schäuble: #6JahrzehnteIEP

Herzlichen Glückwunsch zum Sechzigsten, IEP! Unter diesem Motto feierten Vertreter*innen des Instituts, des Bundestags, des Europäischen Parlaments, des Auswärtigen Amtes sowie Freund*innen und Begleiter*innen des IEP gemeinsam #6JahrzehnteIEP. Um dies zu würdigen, hatte das IEP im Rahmen seines europapolitischen Sommerempfangs am 27. Juni 2019 in die Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin geladen.

Dr. Werner Hoyer, Präsident des IEP und der Europäischen Investitionsbank, eröffnete die Veranstaltung. Besonderen Dank sprach er dem Auswärtigen Amt aus, um dann mit einem Rückblick auf die prägenden Figuren des Instituts die Geschichte von Beginn an aufzurollen. Der Blick nach vorne war ihm jedoch genauso wichtig: Die Europawahlen hätten gezeigt, dass die Rolle des IEP an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik wichtiger sei denn je. Die Beschäftigung mit der europäischen Integration sei hochaktuell, Europas Selbstbehauptung als Führungsmacht in der globalisierten Welt nur durch die Rückbesinnung auf die gemeinsamen europäischen Werte möglich.

Bernhard Schnitger, Stellvertretender Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission, überbrachte die Grüße des Hausherrn Richard Kühnel. Er betonte die Autorität, die das IEP in seinem Bereich besitze, und die Qualität seiner Arbeit. Die Vertretung der Kommission sei für die gemeinsame Zusammenarbeit dankbar und wünsche dem IEP und dem europäischen Integrationsprozess eine blendende Zukunft.

Im Anschluss daran hieß Dr. Funda Tekin, eine der beiden Direktorinnen des IEP, die Gäste willkommen. Ganz im Sinne des Jubiläums stellte sie die Verbindung zwischen den Anfängen des IEP sowie der europäischen Integration und heute her. Dabei machte sie deutlich, dass die vergangenen sechzig Jahre kontinuierlich von Meilensteinen und Krisen geprägt waren. Der Integrationsprozess sei über die Jahrzehnte komplexer und die Akteure diverser geworden. Diese Entwicklungen habe das IEP stets begleitet, analysiert und hinterfragt. Die heutige Herausforderung liege laut Tekin besonders darin, auch die Menschen zu erreichen, die für die Politik schwer zu greifen seien.

Laudatio

Eine besondere Ehrung erhielt das IEP anschließend durch Andreas Peschke, Leiter der Europaabteilung des Auswärtigen Amtes. Das IEP sei aus Berlin nicht wegzudenken, würdigte er die Arbeit des Instituts sowie die langjährige Kooperation mit dem Auswärtigen Amt. Er selbst sei mit den IEP-Publikationen groß geworden. In seiner Arbeit als Berufseuropäer und Technokrat sei er immer wieder dankbar für die „intellektuelle Erinnerung“ durch das IEP daran, dass die Europäische Union ein historisches Projekt und „mehr als Klein-Klein“

sei. Umso wichtiger sei es, den proeuropäischen Geist heute zurück „auf die Straßen“ zu bringen, das IEP ist dabei für Peschke unverzichtbar.

Podiumsdiskussion

Die Gelegenheit, auf 60 Jahre europäische Integration und 60 Jahre IEP zurückzublicken, nutzten Gianni Bonvicini (Istituto Affari Internazionali), Katrin Böttger (Institut für Europäische Politik), Vladimir Handl (Institute of International Relations), Gunilla Herolf (Swedish Institute for International Affairs), András Inotai (Centre for Economic and Regional Studies, Hungarian Academy of Sciences) und Wolfgang Wessels (Centre for Turkey and EU Studies, Universität Köln) als langjährige Begleiter*innen und Kooperationspartner*innen des Forschungsinstituts. Moderiert wurde die Gesprächsrunde von Hartmut Marhold (Institut für Europäische Politik). Die „Freunde des IEP“ aus allen Himmelsrichtungen von Berlin spiegelten die zentrale Position des IEP in der EU wider, so der Moderator.

Dem Anlass der Veranstaltung entsprechend wollte Marhold von seinen Gesprächspartner*innen wissen, ob das IEP mit 60 Jahren alt sei. Die Antwort darauf war einhellig: Alt sei das IEP nicht, 60 Jahre aber ein Meilenstein. Die Zukunftsfähigkeit des IEP zeige sich neben den langjährigen und verlässlichen Wegbegleitern, auf denen die Arbeit des IEP fuße, in den vielfach jungen Mitarbeiter*innen, welche das IEP und seine zahlreichen Projekte essenziell mittragen.

Dass das IEP zu einem lebenslangen Begleiter werden kann, versinnbildlichte Wessels. Von 1973 bis 1993 war er Direktor des Instituts. Er betonte, wie grundlegend sich das Forschungsfeld des IEP seit seiner Anfangszeit gewandelt hat, so sind die Europastudien anders als in den 1970er Jahren heute ein etabliertes Forschungsfeld.

Den vollständigen Bericht finden Sie auf unserer Website:

Bericht: iep-berlin.de/blog/forum/sommerempfang19/



Forschungsfelder

Research Fields

Debatte zur Zukunft der Europäischen Union (EU)

Das Jahr 2019 war geprägt von der „Schicksalswahl“ zum Europäischen Parlament und dem anschließend langwierigen Nominierungsprozesses für die neue Kommissionspräsidentin. Mit Ursula von der Leyen steht die erste Frau an der Spitze der EU-Kommission. Vermutlich hat kein Kommissionspräsident vor ihr dieses Amt in solch schwierigen Umständen übernommen. Wie kann die EU die Pariser Klimaziele erreichen ohne dabei den sozialen Frieden zu gefährden und den wirtschaftlichen Anschluss zu verlieren? Wie soll die EU sich im Großmächtekonflikt zwischen den USA und China positionieren und dabei ihre Souveränität behaupten? Wie kann die europäische Wirtschaft digitalisiert werden, damit sie nicht weiter Anschluss im Bereich der neuen Technologien verliert? Wie soll sie sozialer Ungleichheit in den Mitgliedstaaten sowie Europaskepsis und Populismus begegnen?

Auf all diese Fragen versucht die neue Kommissionspräsidentin mit ihrem ambitionierten Plan Antworten zu finden. Doch in der breiten europäischen Öffentlichkeit erlosch die Debatte zur Zukunft der EU bald nach der Europawahl. Wir sehen es deshalb als unsere Aufgabe an, Fragen zur Zukunft der EU wissenschaftlich zu beleuchten und den Diskurs darüber als knowledge broker an der Schnittstelle zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft in die Mitte der Gesellschaft weiterzuführen.

2019 stand beim IEP ganz im Zeichen seines 60-jährigen Jubiläums. Während des europapolitischen Sommerempfangs anlässlich des Jubiläums blickten wir gemeinsam mit Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble auf 60 Jahre europäische Integration und 60 Jahre Institut für Europäische Politik zurück. Darüber hinaus führten wir unsere traditionsreiche und erfolgreiche Mittagsgesprächsreihe fort. Im Februar 2019 sprachen wir beispielweise mit Staatsminister Michael Roth und dem Präsidenten der Europäischen Föderalisten Sandro Gozi über „die Rolle und Einfluss der Zivilgesellschaft in der Europapolitik in Deutschland und in Italien“. Ebenso haben wir unser erfolgreiches Projekt #EngageEU fortgeführt, um auch junge Europäer:innen in die Debatte zur Zukunft der EU einzubinden. Eines der Höhepunkte des Projekts war die #1YoungCitizens'Convention bei der junge Europäer:innen das „#EngageEU-Manifesto“ dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier vorstellten.

Außerdem hat das IEP hat in 2019 zwei neue Forschungsprojekte zur Zukunft der EU begonnen und durchgeführt. Zum einen als Projektpartner im Horizon 2020 Projekt EUIDEA „Integration and Differentiation for Effectiveness and Accountability“, welches erforscht, wie viel und welche Art von Differenzierung zuträglich für die Integration ist. Zum anderen haben wir für das Auswärtigen Amt eine Studie zu den Ursachen und Folgen der Transformation der europäischen Parteilandschaft (TeP) durchgeführt.

Deutschland und Europa

Die Rolle Deutschlands in der EU befindet sich im stetigen Wandel und fand sich 2019 vor vielfältige Herausforderungen und wachsenden Erwartungen gestellt. Besonders zentral für die Rolle Deutschlands in Europa ist traditionell die deutsch-französische Zusammenarbeit, die jedoch 2019 von wachsenden Spannungen geprägt war. Deutschland schien keine passenden Antworten auf die politischen Impulse und Visionen des französischen Präsidenten Macron zu finden, der mit immer neuen Vorschlägen die deutsche und europäische Regierungen zu Reformen drängen versuchte. Aber auch die Beziehungen zu anderen Mitgliedstaaten definieren kontinuierlich das Zusammenspiel im europapolitischen Alltag. Die größte Herausforderung für Deutschland sind hier zweifellos die starken europaskeptischen und autokratischen Töne, vor allem durch polnische und der ungarische Regierungsvertreter:innen. Bei unserem Deutsch-Ungarischen Expertentreffen (DUET) stellten wir uns dieser anspruchsvollen Debatte im Dialog zu „Germany and Hungary and the Future of the European Union“. Ebenso wichtig aber weniger konfliktbehaftet, sind die deutsch-nordisch und deutsch-baltischen Beziehungen im europapolitischen Alltag. Während unseres Deutsch-Nordisch-Baltischen Forums (DNBF), welches 2019 in Tallinn stattfand, diskutierten wir zwei Tage lang intensiv zu „2019 – A Year Full of Fate Elections and a Lasting Impact for the Future“ mit besonderem Fokus auf hybride Bedrohungen und Chinas wachsenden wirtschaftlichen und politischen Einfluss.

Erweiterung, Nachbarschaft und Zentralasien

Im Juli 2013 ist Kroatien als jüngster Mitgliedstaat der EU beigetreten, weitere Kandidaten sind neben den Staaten des Westbalkan auch die Türkei. Die EU hat darüber hinaus im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der EU-Zentralasienstrategie alternative Modelle und Strategien zur Verfolgung ihrer Interessen in den Beziehungen zu den Staaten Osteuropas, des südlichen Kaukasus und des Mittelmeerraumes entwickelt. Diese Interessen beinhalten sowohl die Verbreitung „europäischer Werte“ wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als auch ökonomische und geopolitische Interessen. Einen besonderen Fokus legt die EU dabei auf die Regionen Osteuropa und Zentralasien. Geografische Nähe und kulturell-historische Gemeinsamkeiten, aber auch große Energievorkommen und ein vielversprechender Exportmarkt erklären die Attraktivität dieser Regionen für die EU. Andererseits gefährden schwelende Konflikte und instabile politische Strukturen die Sicherheit der Region, was auch Auswirkungen auf die EU haben kann. Besonders der Krieg in der Ukraine hat ein Bewusstsein für die Bedeutung politischer Stabilität in Osteuropa und somit für ein verstärktes Engagement der EU in dieser Region gesorgt.

Das IEP leistet mit einer Vielzahl von Projekten einen Beitrag zur Annäherung der EU-Nachbarstaaten. Hier ist zum Beispiel das Projekt „Civic School for Sound EU Practice (CiSEP)“ zu nennen, ein Trainingsprogramm für AktivistInnen aus der ukrainischen Zivilgesellschaft. CiSEP schafft ein Expertennetzwerk zu Fragen des EU-Assoziierungsabkommens mit dem Ziel, die Annäherung der Ukraine an die EU zu fördern.

Auch das Projekt „Platform for Analytics and Intercultural Communication (PAIC)“ nimmt die Ukraine in den Fokus. Im Mittelpunkt des Projekts stehen die Förderung der Fachkompetenzen ukrainischer Think Tanks, die Schaffung von Synergien zwischen ukrainischen und deutschen Denkfabriken, der Wissenstransfer über Prozesse in der Ukraine nach Deutschland, die Stärkung der Ukraine-Expertise beim wissenschaftlichen Nachwuchs in Deutschland sowie die Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen, die ausschlaggebend für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sind. Das Nachfolgeprojekt „German Ukrainian Researchers Network“

(GURN) baut darauf auf und strebt die Schaffung eines nachhaltigen deutsch-ukrainischen Think Tank Netzwerks an und die Stärkung von Fachkompetenzen ukrainischer Junior Researcher sowie den Ausbau der Osteuropakompetenz deutscher Junior Researcher.

Das IEP ist zudem Teil des „VIADUCT – Enhancing Visibility of the Academic Dialogue on EU-Turkey Cooperation“-Projekts, welches darauf abzielt, die Forschung, Lehre und den politischen Dialog über die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei zu fördern, indem es ein Netzwerk mit 40 Partnerinstitutionen in allen EU-Mitgliedstaaten, der Türkei und der Nachbarschaft (insgesamt 36 Ländern) aufbaut.

Zusammen mit dem Centre international de formation européenne (CIFE) führt das IEP außerdem das Promotionskolleg „The EU, Central Asia and the Caucasus in the international System“ (EUCACIS) durch. Dabei werden junge WissenschaftlerInnen aus Zentralasien und dem Kaukasus mit einem Stipendium, akademischen Fortbildungen und Zugang zu Netzwerken bei Ihrem Promotionsvorhaben unterstützt. Zentralasien ist auch der Fokus des SEnECA Projekts, welches darauf abzielt die Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien zu stärken, indem es ein nachhaltiges und transdisziplinäres SEnECA-Forschungsnetzwerk sowie ein entsprechendes Stakeholder-Netzwerk geschaffen hat.

Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

Im Rahmen seiner Forschungsarbeit verfolgt und untersucht das IEP auch die Entwicklung der europäischen Außenpolitik seit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) bis hin zur heutigen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) einschließlich ihrer sicherheits- und verteidigungspolitischen Dimension (GSVP). Die Forschungsarbeit umfasst dabei Theorie und Praxis, Vertragsgrundlagen, Akteure sowie Instrumente und Aktivitäten. Die Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik befindet sich momentan so stark im Wandel wie schon lange nicht mehr. Im Fokus stehen aktuelle Herausforderungen wie die problematischer werdenden transatlantischen Beziehungen oder die anhaltende Uneinigkeit in der Migrationspolitik und aktuelle Entwicklungen in der Ausgestaltung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO/SSZ).

Die Fragen nach der Ausgestaltung des Brexits und den künftigen Beziehungen zu Großbritannien spielten im Jahr 2019 eine zentrale Rolle und werden die Außenpolitik der EU in Zukunft stark prägen. Wir begleiteten die Verhandlungsentwicklungen 2019 auch medial eng und blieben im stetigen Austausch mit den involvierten AkteurInnen.

Aber auch die weitere Entwicklung im Ukraine-Konflikt stellt ein entscheidendes Moment in der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik dar. Im Rahmen des Projekts „Platform for Analytics and Intercultural Communication (PAIC)“ und des Nachfolgeprojekts „German Ukrainian Researcher Networks“ thematisierten wir 2019 verstärkt sicherheits- sowie energiepolitische Fragen im Zusammenhang mit der Ukraine. So diskutierten wir z.B. mit Alyona Osmolovskaya, (Naftogaz), Olena Pavlenko (DiXi Group) und Dr. Thomas O'Donnell (Hertie School of Governance) über die Rolle der Europäischen Union für den ukrainischen Energiemarkt.

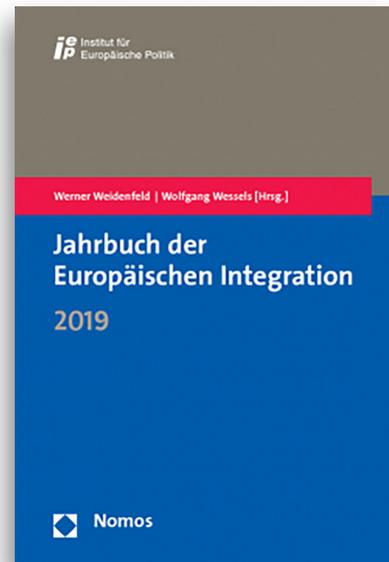
Publikationen des IEP

Publications of IEP

Jahrbuch der Europäischen Integration 2019

Das Jahrbuch der Europäischen Integration 2019 des Instituts für Europäische Politik ist im Dezember 2019 erschienen. Seit 1980 dokumentiert und bilanziert es zeitnah und detailliert den europäischen Integrationsprozess. Entstanden ist in 39 Jahren eine einzigartige Dokumentation der europäischen Zeitgeschichte. Das „Jahrbuch der Europäischen Integration 2019“ führt diese Tradition fort. In 106 Beiträgen zeichnen die Autorinnen und Autoren in ihren jeweiligen Forschungsschwerpunkten die europapolitischen Ereignisse des Berichtszeitraums 2018/19 nach und informieren über die Arbeit der europäischen Institutionen, die Entwicklung der einzelnen Politikbereiche der EU, Europas Rolle in der Welt und die Europapolitik in den Mitgliedstaaten und Kandidatenländern.

Erhältlich im Nomos Shop unter: <http://www.nomos-shop.de/>



Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld/Prof. Dr. Wolfgang Wessels (Hrsg.):
Jahrbuch der Europäischen Integration 2019,
Nomos Verlag, Baden-Baden, 2019, 570 S.,
brosch., ca. 89,- Euro
ISBN 978-3-8487-5775-6

Vierteljahreszeitschrift: *integration* 2019

Die Vierteljahreszeitschrift *integration* richtet sich an alle, die sich in Wissenschaft, Bildung, Politik, Administration und in den Medien mit europäischen Fragen beschäftigen. Sie ist ein theoriegeleitetes und politikbezogenes interdisziplinäres Forum zu Grundsatzfragen der europäischen Integration. Aktuelle Probleme der Europapolitik werden aus politischer und akademischer Perspektive diskutiert.

Herausbergremium: Prof. Dr. Frank Schimmelfennig (Vorsitz), Zürich; Dr. Katrin Böttger, Berlin; Prof. Dr. Thomas Christiansen, Maastricht; Prof. Dr. Friedrich Heinemann, Mannheim; Prof. Dr. Mathias Jopp, Berlin; Dr. Barbara Lippert, Berlin; Prof. Dr. Hartmut Marhold, Berlin/Nizza; Prof. Dr. Franz Mayer, Bielefeld; Prof. Dr. Peter-Christian Müller-Graff, Heidelberg; Prof. Dr. Martin Nettesheim, Tübingen; Prof. Dr. Joachim Schild, Trier; Prof. Dr. Wolfgang Wessels, Köln.

Geschäftsführende Redaktion: Dr. Funda Tekin (Schriftleitung, V.i.S.d.P.); Yvonne Braun, Redaktionsassistentin; Sabine Hoscislawski, Redaktionsassistentin; Dr. Frédéric Krumbain, Redaktionsassistent für den Arbeitskreis Europäische Integration.

Erhältlich im NomosShop unter: www.integration.nomos.de



Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration,
ISSN 0720-5120, Nomos Verlagsgesellschaft

Vierteljahreszeitschrift: *integration* 1/2019

In der Ausgabe 1/2019 der *integration* analysiert Simon Bulmer das Potenzial Deutschlands, innerhalb der EU eine Führungsrolle im Sinne eines unverzichtbaren Hegemonen einzunehmen. Daniel Göler untersucht die strategische Kultur Deutschlands und deren Vereinbarkeit mit der aktuellen Reformdebatte der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Der GSVP widmen sich auch Mathias Jopp und Jana Schubert und gehen der Frage nach, inwiefern der neue Intergouvernementalismus zu einer neuen Dynamik in der GSVP führt. Michael Kaeding stellt das noch junge, sich im Entstehen befindende Forschungsfeld zu EU-Agenturen vor und gibt einen Überblick über Genese und Aufgaben dieser. Neben dem Bericht über das zehnte Deutsch-Nordisch-Baltische Forum in Stockholm, das vom Institut für Europäische Politik und dem Swedish Institute of International Affairs organisiert wurde, werden die Ergebnisse des Jahreskolloquiums 2018 des Arbeitskreises Europäische Integration zu Migration und Inklusion von geflüchteten Menschen in der EU zusammengefasst.

Erhältlich im NomosShop unter: www.integration.nomos.de



Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, ISSN 0720-5120, Nomos Verlagsgesellschaft

Vierteljahreszeitschrift: *integration* 2/2019

In der Ausgabe 2/2019 der *integration* untersucht Barbara Lippert die unterschiedlichen Beziehungsmodelle der EU zu ihren Nachbarn und zeigt neue Formen der zukünftigen Kooperation und Assoziation auf. Auch Christian Calliess nimmt die Zukunft der EU in den Blick, indem er für eine flexiblere Arbeitsmethode zur konstruktiveren Zusammenarbeit der EU-Staaten plädiert. Daniel Schade liefert eine kritische Analyse der Rolle der Interparlamentarischen Konferenz für die GASP/GSVP für eine größere parlamentarische Kontrolle dieses Politikfelds. Unter Berücksichtigung des Paradigmenwechsels der EU gegenüber China und der Vorreiterrolle der USA im Schutz vor ausländischen Investitionen betrachten Jörn-Carsten Gottwald, Joachim Schild und Dirk Schmidt die Entwicklung des europäischen Investitionskontrollregimes. Neben dem Forumsbericht von Friederike Augustin und Jana Schubert über die Ideen junger EuropäerInnen zur Politikgestaltung nach den Europawahlen bespricht Anne Wetzel in einer Sammelrezension zwei Werke zur Europäischen Nachbarschaftspolitik.

Erhältlich im NomosShop unter: www.integration.nomos.de



Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, ISSN 0720-5120, Nomos Verlagsgesellschaft

Vierteljahreszeitschrift: *integration* 3/2019

In der Ausgabe 3/2019 der *integration* analysiert Rudolf Hrbek die Ergebnisse der Europawahlen und eruiert anhand des Spitzenkandidaten-Verfahrens den Einfluss des Europäischen Parlaments auf den politisch-institutionellen Rahmen der Europäischen Union. Johannes Kohls und Manuel Müller untersuchen in einem Forumsbeitrag die Ursachen für die Transformation im europäischen Parteiensystem. Im Zentrum des Beitrags von Stefan Seidendorf steht eine theoriegeleitete Diskussion der Implikationen für die europäische Integration. Tobias Schumacher zeichnet die aktuelle Debatte über die Assoziierungspolitik gegenüber den Staaten der ÖP nach und beleuchtet Chancen und Herausforderungen, die mit einer „Assoziierung Plus“ verbunden sind. Neben dem Tagungsbericht von Yvonne Braun über die Konferenz zur regionalen und internationalen Kooperation in Zentralasien und im Südkaukasus, die vom Institut für Europäische Politik und dem Centre international de formation européenne organisiert wurde, fasst Annika Havlik für den Arbeitskreis Europäische Integration die Ergebnisse der 2019 ZEW Public Finance Conference „The Political Economy of European (Dis) Integration“ zusammen.

Erhältlich im NomosShop unter: www.integration.nomos.de



Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, ISSN 0720-5120, Nomos Verlagsgesellschaft

Vierteljahreszeitschrift: *integration* 4/2019

Frank Schimmelfennig liefert interessante Überlegungen zur theoretischen Neukonzeption einer zukunftsgerichteten Formulierung europäischer Integration, indem er den Integrationsbegriff von programmatischen Zuschreibungen löst. Daniel Göler und Florence Reiter, beschäftigen sich mit den Herausforderungen der Dokumentation internetbasierter Daten für die europäische Integrationsforschung. Johannes Müller Gómez und Wulf Reiners betrachten den institutionellen Wettkampf zwischen Europäischem Parlament und Europäischem Rat im Jahrzehnt nach Lissabon anhand intergouvernementaler und supranationaler Elemente in ihrer Kompetenzverteilung. Im Zentrum des Artikels von Yvonne Nasshoven steht das Spitzenkandidatenprinzip, welches sie vor dem Hintergrund der Europawahlen 2019 analysiert. Daraus leitet sie Szenarien für das Wahljahr 2024 ab. Vor dem Hintergrund regionaler und geopolitischer Entwicklungen sowie Lehren aus der bisherigen Zentralasienpolitik liefern Katrin Böttger, Yvonne Braun und Julian Plottka eine erste Bewertung der vom Rat der EU im Mai angenommenen neuen Zentralasienstrategie. Erik Brandes berichtet von der Jahrestagung des IEP, die sich im September in Berlin der Rolle Deutschlands in Europa widmete.

Erhältlich im Nomos Shop unter: www.integration.nomos.de



Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, ISSN 0720-5120, Nomos Verlagsgesellschaft

Wegbegleiter der europäischen Integration. 60 Jahre Institut für Europäische Politik

Herausgegeben von Hartmut Marhold im Namen des Vorstands des Instituts für Europäische Politik (IEP) und mit Beiträgen von zahlreichen Autoren und Autorinnen, u.a. drei ehemaligen Direktoren und Direktorinnen, eines Vorworts unseres Präsidenten Werner Hoyer sowie Weggefährten wie Elmar Brok und Axel Schäfer, beide Vizepräsidenten des IEP, zeichnet der 98. Band der Schriftenreihe des IEP anlässlich des 60. Geburtstags des Instituts ein umfassendes Bild der Institutsgeschichte.

Seit der Gründung vor 60 Jahren am 25. April 1959 wird im IEP Europa gedacht. Dieser Band zieht Bilanz und lässt die Beiträge des IEP zu internationaler Forschung und Kommunikation für Politik und Zivilgesellschaft Revue passieren, mit Beiträgen aus allen Epochen und Arbeitsbereichen, von 23 Autoren und Autorinnen, die das IEP mitgestaltet und begleitet haben.

Hervorgegangen aus den euro-föderalistischen Bewegungen der Nachkriegszeit hat sich das IEP als Think-Tank in Deutschland durch interdisziplinäre Wissenschaft und Forschung, durch Publikationen und Veranstaltungen, durch Schulungs- und Lehrprogramme in der deutschen Europapolitik einen Namen gemacht als Vordenker, Ratgeber und Agenda-Setter.

Die in diesem Band präsentierten Entwicklungen und Forschungsfelder reichen von den Optionen, die sich zu Zeiten der Römischen Verträge boten, bis zur Zentralasienpolitik der Europäischen Union heute, über die Einbindung Mitteleuropas in die europäische Integration nach der Wende von 1989 bis zu Fragen der Demokratisierung des EU-Systems.

Download: iep-berlin.de/blog/publications/wegbegleiter/



Taschenbuch „Europa von A bis Z“

Das Taschenbuch bietet Europa zum Nachschlagen: In über 100 Sachbeiträgen erklären renommierte Europaexpert:innen wissenschaftlich fundiert und zugleich verständlich alle wichtigen Themen und Begriffe aus Politik, Wirtschaft und Geschichte der europäischen Einigung. Es erscheint in aktualisierter und erweiterter Fassung schon in der 15. Auflage und richtet sich an alle Europa-Interessierten, die sich gezielt und zuverlässig über den neusten Stand in europapolitischen Fragen informieren wollen.

Für die 15. Auflage wurde das Taschenbuch „Europa von A bis Z“ auf gänzlich neue Beine gestellt und konzeptionell sowie inhaltlich überarbeitet.

Um mit den beschleunigten Veränderungen der Europapolitik, wie sie in den Entwicklungen seit der Voraufgabe deutlich wurden, Schritt halten zu können, erscheint das Taschenbuch nun beim Verlag „Springer Nature“. Der Verlagswechsel ermöglicht zum einen, das „Europa von A bis Z“ als „living edition“ auf „SpringerLink“ online zu veröffentlichen. Auf diese Weise können Autor:innen ihre Beiträge nun kontinuierlich aktualisieren und auch kurzfristig neue Entwicklungen aufgreifen. Zum anderen erscheint das „Europa von A bis Z“ weiterhin wie gewohnt als Printversion.

Die ersten Beiträge wurden bereits im Frühjahr 2019 vor den Europawahlen online veröffentlicht und seitdem durch weitere Beiträge ergänzt. Im Frühjahr 2020 wurde der Prozess für die erste Printausgabe beim Verlag „Springer Nature“ initiiert. Weitere wichtige Entwicklungen werden parallel in den Online-Beiträgen weiterhin verarbeitet. Alle bisher verfügbaren Online-Beiträge sind hier abrufbar.

Neben der konzeptionellen Überarbeitung erforderten die jüngsten Entwicklungen in der europäischen Integration auch eine grundlegende inhaltliche Überarbeitung. Ausgehend von Aktualität und Relevanz der verschiedenen Themen wurde die Liste der Taschenbuch-Artikel erweitert, sodass diese nun 103 Sachbeiträge und damit 27 mehr als die Voraufgabe enthält. Alle Beiträge sind einheitlich aufgebaut und beinhalten folgende Bestandteile:

- kondensierte Zusammenfassung des Themas
- Schlüsselwörter
- Faktenkasten (Vertragsgrundlage, Ziele, Instrumente und Budget eines Politikfeldes bzw. Vertragsgrundlage, Zusammensetzung, Sitz, Kompetenzen, Aufgaben und Entscheidungsverfahren von Institutionen; Internetverweise)
- Haupttext
- weiterführende Literatur und Dokumente



„Europa von A bis Z“
 Herausgegeben von Weidenfeld, Werner;
 Wessels, Wolfgang; Tekin, Funda
 15. Auflage, Springer VS, Wiesbaden
 Online ISBN: 978-3-658-24456-9

Zusammenfassung, Schlagwortliste und Literatur sind als öffentliches Kurzlexikon in der „living edition“ auf „SpringerLink“ für alle Internet-Nutzer:innen kostenfrei zugänglich. Nutzer:innen, die selbst oder deren Institution einen Zugang zu „SpringerLink“ erworben haben, können darüber hinaus vollumfänglich auf den Gesamtbeitrag zugreifen.

Die Neuauflage bietet:

- eine historische Einführung, die die Integration nachzeichnet und ihre Folgen bilanziert;
- das Europa zum Nachschlagen mit 103 Sachbeiträgen inkl. Vertragsgrundlagen und weiterführenden Literaturhinweisen;
- eine Chronologie, die detailliert Auskunft über die zentralen Etappen der europäischen Integration – von den Anfängen bis zur Gegenwart – gibt;
- ein Abkürzungsverzeichnis;
- ein Sachregister.

Verfügbar online unter: <https://link.springer.com/referencework/10.1007/978-3-658-24456-9>

Der (europäische) Föderalist

Die europäische Integration hat den Bürgerinnen und Bürgern der EU enorme Freiheitsgewinne gebracht, ihr eigenes Leben länderübergreifend zu gestalten. Doch mit dem Zusammenwachsen der europäischen Gesellschaft entsteht auch neuer politischer Regelungsbedarf: Die EU greift heute tiefer in das Alltagsleben der Menschen ein als irgendeine andere überstaatliche Organisation. Zugleich hat sie mit ihren supranationalen Organen, allen voran dem Europäischen Parlament, die Grundlagen geschaffen, dass die Europäerinnen und Europäer über ihre gemeinsamen Angelegenheiten auch in gemeinsamen demokratischen Institutionen entscheiden können.

Das Blog *Der (europäische) Föderalist*, das seit 2011 existiert, fragt nach den Chancen und Voraussetzungen einer überstaatlichen Demokratie. Ausgehend von tagesaktuellen Ereignissen und Debatten analysiert es Aspekte der europäischen und globalen Verfassungspolitik und richtet sich dabei sowohl an ein Fachpublikum als auch an eine breitere an Europapolitik interessierte Öffentlichkeit. Betreiber und Hauptautor des Blogs ist Manuel Müller, seit 2019 am Institut für Europäische Politik. Darüber hinaus erscheinen auf dem Blog Gastbeiträge von und Interviews mit europäischen und nationalen Politiker:innen, Wissenschaftler:innen sowie Vertreter:innen der Zivilgesellschaft.

www.foederalist.eu



Logo *Der (europäische) Föderalist*,
© Manuel Müller

Themenbereich Europawahl

Herausragendes Thema des Blogs war im Jahr 2019 die Wahl zum Europäischen Parlament, die aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet wurde. Eine regelmäßig aktualisierte Überblicksseite stellte die wichtigsten Schlüsselereignisse auf europäischer Ebene dar: von der Vorwahl-Saison (der Nominierung der Spitzenkandidaten und Verabschiedung der Wahlprogramme durch die europäischen Parteien) über den Wahlkampf (den verschobenen britischen Austritt, die Spitzenkandidaten-Debatten, die feierliche Erklärung von Sibiu) bis zur Nominierung und Wahl der neuen Kommissionsmitglieder nach der Wahl.

Weitere Artikel befassten sich mit den Gründen für die traditionell niedrige Wahlbeteiligung bei Europawahlen, mit den Erfolgsaussichten der europäischen Spitzenkandidaten und mit anderen offenen Fragen vor der Wahl. Im unmittelbaren Nachgang zur Wahl präsentierte eine weitere Überblicksseite die Wahlergebnisse und bot bis zur Konstituierung des Parlaments laufend aktualisierte Informationen, welchen Fraktionen sich die nationalen Einzelparteien anschlossen.

- laufend aktualisiert von Januar bis November 2019: Roadmap Europawahl 2019.

www.foederalist.eu/p/roadmap-europawahl-2019.html

- laufend aktualisiert von Mai bis Juli 2019: Ergebnisse der Europawahl 2019.

www.foederalist.eu/p/ergebnisse-europawahl-2019.html

- 17.4.2019: Für die niedrige Europawahl-Beteiligung gibt es nachvollziehbare Gründe – wählen gehen lohnt sich trotzdem.

www.foederalist.eu/2019/04/europawahl-wahlbeteiligung-gruende-waehlen-gehen.html

- 17.5.2019: Wege nach Brüssel: Wie Weber, Timmermans, Barnier und Vestager die Kommissionspräsidentschaft erreichen könnten.

www.foederalist.eu/2019/05/wege-nach-brussel-spitzenkandidaten-weber-timmermans-barnier-vestager-kommissionspraesident.html

- 23.5.2019: Am Sonntagabend wissen wir mehr: Offene Fragen zur Europawahl 2019.

www.foederalist.eu/2019/05/offene-fragen-europawahl-2019.html

- 29.5.2019: Nach der Europawahl 2019.

www.foederalist.eu/2019/05/nach-der-europawahl-2019.html



© Manuel Müller

Themenbereich Sitzprojektionen

Der (europäische) Föderalist begann 2014 als erstes europäisches Medium, auf Grundlage nationaler Wahlumfragen regelmäßige Sitzprojektionen für das Europäische Parlament zu veröffentlichen. Auch 2019 erschienen diese Projektionen, jeweils verbunden mit einer ausführlichen Analyse der Veränderungen in der europäischen Parteienlandschaft, im achtwöchentlichen Rhythmus. Drei Projektionen wurden vor der Wahl veröffentlicht, drei weitere danach.

Im August blickte ein weiterer Artikel zurück auf die Entwicklung der Projektionen über die gesamte Wahlperiode 2014-19 und untersuchte, welche politischen Ereignisse sich europaweit auf die Wahlumfragen ausgewirkt hatten.

- 8.1.2019: Wenn am nächsten Sonntag Europawahl wäre (Januar 2019): Sozialdemokraten fallen auf neuen Tiefststand, Rechte legen zu, „Grüne Welle“ hält an

www.foederalist.eu/2019/01/europawahl-umfragen-januar-2019.html

- 6.3.2019: Wenn am nächsten Sonntag Europawahl wäre (März 2019): Sozialdemokraten erholen sich, EVP auf neuem Tiefststand, ALDE legt kräftig zu

www.foederalist.eu/2019/03/europawahl-umfragen-maerz-2019.html

- 9.5.2019: Wenn am nächsten Sonntag Europawahl wäre (Mai 2019): Letzte Projektion vor der Wahl

www.foederalist.eu/2019/05/europawahl-umfragen-mai-2019.html

- 30.7.2019: Wenn am nächsten Sonntag Europawahl wäre (Juli 2019): Sommerpause nach der Wahl

www.foederalist.eu/2019/07/europawahl-umfragen-juli-2019.html

- 27.9.2019: Wenn am nächsten Sonntag Europawahl wäre (September 2019): Stabile Umfragen vor einem heißen Herbst

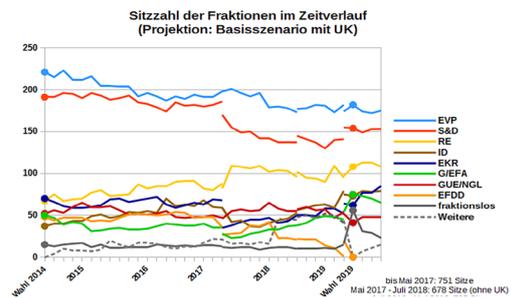
www.foederalist.eu/2019/09/europawahl-umfragen-september-2019.html

- 27.11.2019: Wenn am nächsten Sonntag Europawahl wäre (November 2019): Mitte-links rutscht ab, EVP und Rechtskonservative gewinnen

www.foederalist.eu/2019/11/europawahl-umfragen-november-2019.html

- 16.8.2019: Fünf Jahre Europawahl-Sitzprojektionen: Was bewegte 2014-19 die europäischen Wahlumfragen?

www.foederalist.eu/2019/08/europawahl-sitzprojektionen-was-bewegte-wahlumfragen-2014-2019.html



© Manuel Müller

Themenbereich Neue EU-Kommission

Ein weiteres zentrales Thema des Blogs war im Jahr 2019 die Wahl der neuen Europäischen Kommission. Bereits im Februar nahm ein Artikel – ausgehend von den jeweiligen nationalen Regierungskoalitionen – die voraussichtliche parteipolitische Zusammensetzung der Kommission in den Blick. Der Beitrag wurde anschließend bis zur Bestätigung der Kommission durch das Europäische Parlament im November regelmäßig im Licht aktueller Entwicklungen aktualisiert.

Weitere Artikel beleuchteten im Herbst 2019 die Debatten im Europäischen Parlament über die von den Regierungen vorgeschlagenen neuen Kommissionsmitglieder und die Ressortverteilung zwischen ihnen.

- 23.2.2019: Bunt wie nie – auf Kosten der EVP: Die parteipolitische Zusammensetzung der nächsten EU-Kommission

www.foederalist.eu/2019/02/bunt-wie-nie-partecipolitische-zusammensetzung-eu-kommission-2019.html

- laufend aktualisiert von Februar bis November 2019: Die EU-Kommission 2019.

www.foederalist.eu/p/zusammensetzung-eu-kommission-2019.html

- 13.9.2019: Neue Strukturen, luftige Bezeichnungen und einige Kritik: Erste Reaktionen auf die Kommission von der Leyen.

www.foederalist.eu/2019/09/reaktionen-kommission-von-der-leyen-strukturen-bezeichnungen-kritik.html

- 12.10.2019: Macht zu blockieren, Macht zu gestalten: Der Fall Goulard und das Europäische Parlament.

www.foederalist.eu/2019/10/macht-zu-blockieren-macht-zu-gestalten-sylvie-goulard-europaeisches-parlament.html



© European Union 2019

Source: EP [CC BY 4.0]

Themenbereich Reform des Spitzenkandidaten-Verfahrens

Mit Ursula von der Leyen wurde nach der Europawahl 2019 eine Politikerin zur Kommissionspräsidentin ernannt, die sich nicht zuvor als Spitzenkandidatin einer europäischen Partei zur Wahl gestellt hatte. Dies war Anlass für mehrere Beiträge, die sich mit Ansätzen zur Reform des Spitzenkandidaten-Verfahrens auseinandersetzen. Ein zweiteiliger Artikel im Juni legte dar, welche Verbesserungen für die europäische Demokratie durch das Verfahren bereits erzielt wurden und durch welche Schritte es weiter gestärkt werden könnte.

Ab November stellte eine Serie von Gastbeiträgen unterschiedliche Reformoptionen dar. Der Politikwissenschaftler Frank Decker (Universität Bonn) argumentierte für eine Direktwahl des Kommissionspräsidenten. Julian Rappold (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) stellte eine Reihe von gezielten, pragmatischen Reformen vor, um das bestehende Spitzenkandidatenverfahren an neue politische Realitäten anzupassen und dauerhaft zu etablieren. Die Europaabgeordnete Gaby Bischoff (SPD) setzte sich für eine rechtliche Verankerung des Spitzenkandidaten-Verfahrens ein, das aber nicht im Sinne eines Automatismus zugunsten der stärksten Fraktion verstanden werden dürfe. Der Politikwissenschaftler Gert-Jan Put (KU Leuven) richtete den Blick schließlich auf die parteiinternen Nominierungsverfahren und empfahl inklusivere und stärker dezentrale Vorwahl-Mechanismen, um die Sichtbarkeit und Legitimität der Spitzenkandidat:innen zu erhöhen.

- 13.6.2019: Wie weiter mit den Spitzenkandidaten? (1): Warum das neue Verfahren schon jetzt ein Erfolg ist.

www.foederalist.eu/2019/06/wie-weiter-spitzenkandidaten-1-verfahren-erfolg.html

- 26.6.2019: Wie weiter mit den Spitzenkandidaten? (2): Welche Schritte zur Parlamentarisierung der EU jetzt folgen müssen.

www.foederalist.eu/2019/06/wie-weiter-spitzenkandidaten-2-naechste-schritte-parlamentarisierung.html

- 1.11.2019: Reform des Spitzenkandidaten-Verfahrens: Serienauftakt.

www.foederalist.eu/2019/11/reform-spitzenkandidaten-verfahren-serie.html

- 6.11.2019: Frank Decker: Für eine Direktwahl des Kommissionspräsidenten und ein neues Europawahlrecht: Wege und Irrwege der Demokratie in der EU.

www.foederalist.eu/2019/11/frank-decker-spitzenkandidaten-direktwahl-kommissionspraesident.html

- 19.11.2019: Julian Rappold: Noch nicht ausgemustert: Gezielte Reformen können das Spitzenkandidaten-Verfahren wieder erfolgreich machen.

www.foederalist.eu/2019/11/julian-rappold-reformen-spitzenkandidaten-verfahren.html

- 4.12.2019: Gaby Bischoff: Die Europawahl darf keine Wundertüte sein: Für eine rechtliche Verankerung des Spitzenkandidaten-Prinzips.

www.foederalist.eu/2019/12/gaby-bischoff-europawahl-verankerung-spitzenkandidaten.html

- 9.12.2019: Gert-Jan Put: Resuscitating the lead candidates procedure: What can the Europarties do themselves?

www.foederalist.eu/2019/12/gert-jan-put-resuscitate-lead-candidates-europarties.html

- 9.12.2019: Gert-Jan Put: Wiederbelebung des Spitzenkandidaten-Verfahrens: Was können die europäischen Parteien selbst tun?

www.foederalist.eu/2019/12/gert-jan-put-wiederbelebung-spitzenkandidaten-europaeische-parteien.html



© European Union 2019
Source: EP [CC BY 4.0]



© European Union 2019
Source: EP [CC BY 4.0]

Interviews

2019 erschienen auf dem Blog zwei Interviews, die sich jeweils mit neu erschienenen Büchern zur europäischen Integration befassten: Der Politik- und Kommunikationsberater Johannes Hillje erläuterte seinen Vorschlag, eine öffentlich-rechtliche „Plattform Europa“ zu schaffen. Der Historiker Hartmut Kaelble sprach über seine Geschichte der europäischen Integration aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger.

- 13.5.2019: „Die Infrastruktur für einen europäischen Kommunikationsraum schaffen“: Ein Interview mit Johannes Hillje.

www.foederalist.eu/2019/05/interview-johannes-hillje.html

- 12.7.2019: „Die europäische Integration war und ist kein bürgerfernes Projekt“: Ein Interview mit Hartmut Kaelble.

www.foederalist.eu/2019/07/interview-hartmut-kaelble.html



© Erik Marquardt

Weitere Artikel

Weitere Einzelartikel befassten sich unter anderem mit der veränderten Haltung rechter Europaskeptiker zur europäischen Integration, mit der demokratischen Legitimität von Mehrheitsentscheiden auf europäischer Ebene und mit den Problemen des Brexit. Den letzten Artikel des Jahres 2019 bildete traditionsgemäß ein Ausblick auf die europäische Politik im Jahr 2020.

- 15.1.2019: „Reform“ statt Austritt: Rechte Europaskeptiker ändern ihre Haltung zur EU – und werden dadurch für die Zukunft der europäischen Integration noch gefährlicher.

www.foederalist.eu/2019/01/reform-statt-austritt-rechte-europaskeptiker-haltung-eu.html

- 24.1.2019: Warum Mehrheitsentscheide in der EU-Steuerpolitik demokratischer wären.

www.foederalist.eu/2019/01/mehrheitsentscheide-eu-steuerpolitik-demokratie.html

- 27.3.2019: Nicht nur Theresa Mays Ungeschick: Die Probleme des Brexit sind strukturelle Folgen europäischer Desintegration.

www.foederalist.eu/2019/03/theresa-may-probleme-brex-it-strukturelle-folgen-desintegration.html

- 29.8.2019: Das Wahljahr ist noch nicht zu Ende: In welchen großen EU-Mitgliedstaaten demnächst Neuwahlen anstehen könnten.

www.foederalist.eu/2019/08/wahljahr-nicht-zu-ende-grosse-mitgliedstaaten-neuwahlen.html

- 13.12.2019: Was die EU im Jahr 2020 erwartet.

www.foederalist.eu/2019/12/was-die-eu-im-jahr-2020-erwartet.html



© Lassewillken [CC BY-SA 4.0], via Wikimedia Commons

Mittags- und Frühstücksgespräche

Public Debates



Mittagsgespräch mit Sandro Gozi, Präsident der Europäischen Föderalisten und Michael Roth, MdB, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt: „Rolle und Einfluss der Zivilgesellschaft in der Europapolitik in Deutschland und in Italien“

Am 21. Februar 2019 und damit 93 Tage vor den Wahlen zum Europäischen Parlament waren Sandro Gozi, Präsident der Union der Europäischen Föderalisten, und Michael Roth, MdB, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, anlässlich unseres ersten Mittagsgesprächs im Jahr 2019 in der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin zu Gast. Grußworte hielten Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, und Dr. Otto Schmuck, Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland, der die Bedeutung der europäischen Bewegungen in den Mitgliedstaaten der EU und die besondere Rolle der transnationalen Union der Europäischen Föderalisten für die Zukunft Europas betonte. Anschließend äußerten sich Gozi und Roth detailliert zum Thema „Rolle und Einfluss der Zivilgesellschaft in der Europapolitik in Deutschland und in Italien“. Moderiert wurde die Veranstaltung von Constanze Aka, Senior Project Managerin am Institut für Europäische Politik (IEP).

Sandro Gozi betonte, dass die Zivilgesellschaft für Europa immer eine wichtige Rolle gespielt habe. In diesem Zusammenhang verwies er auf die paneuropäische Bewegung Anfang des 20. Jahrhunderts. Allerdings sei die Zivilgesellschaft aufgrund der Legitimitätsprobleme der Europäischen Union (EU) mehr denn je gefordert, für das Projekt der europäischen Integration einzustehen. Zentrale Herausforderungen wie Migration, soziale Ungleichheit und der Klimawandel seien nur auf europäischer und globaler Ebene zu lösen. Nationale Alleingänge, wie sie vielfach von populistischen und europaskeptischen Parteien gefordert würden, seien hingegen nicht zielführend. Pro-europäisch eingestellte Parteien, aber auch die Zivilgesellschaft müssten sich hingegen vermehrt transnational organisieren und auf europäischer Ebene zusammenarbeiten. Die EuropäerInnen eine das Verständnis von der Europäischen Union als

Wertegemeinschaft. Vor allem die Regierungen illiberaler Demokratien teilen heutzutage diese Werte jedoch nicht mehr, sodass die Bedeutung der Zivilgesellschaft in diesen europäischen Ländern noch zunehme. So seien die anstehenden Europawahlen die wichtigsten seit den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1979. Gozi konstatierte ferner, dass die sozialen Konsequenzen der Finanz- und Schuldenkrise und die mangelnde Unterstützung der europäischen Mitgliedstaaten für Italien im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik für die Zugewinne europaskeptischer Parteien in Italien verantwortlich seien.

Den vollständigen Bericht finden Sie auf unserer Webseite.

Bericht: iep-berlin.de/blog/forum/mig_gozi_roth/



Mittagsgespräch mit Dr. Michael Schneider, Dr. Reinhold Lopatka, Gunther Krichbaum, Barbara Duden, Claudia Dörr-Voß und Prof. Christian Callies: „Aktive Subsidiarität - neuer Ansatz in der EU?“

Anlässlich der Anfang Mai stattgefundenen Europawoche sowie im Vorfeld des EU-Gipfels in Sibiu und der Europawahl fand am 7. Mai 2019 im Rahmen unserer Mittagsgespräche eine Panel-Diskussion zum Thema „Aktive Subsidiarität – neuer Ansatz in der EU?“ statt.

Gemeinsam mit der Landesvertretung Sachsen-Anhalt, in deren Haus die Veranstaltung stattfand, hatte das IEP sechs Expertinnen und Experten eingeladen, um die Arbeitsergebnisse der Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“, welche im November 2017 von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ins Leben gerufen worden war, zu bilanzieren und diskutieren. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Katrin Böttger, Direktorin am Institut für Europäische Politik.

Zunächst gaben die ehemaligen Taskforce-Mitglieder Staatssekretär Dr. Michael Schneider, Leiter der Landesvertretung Sachsen-Anhalt und Mitglied des Ausschusses der Regionen, und Dr. Reinhold Lopatka, Abgeordneter zum Österreichischen Nationalrat, Einblicke in die Arbeit der Taskforce. Sie erläuterten den Hintergrund der Initiative sowie das Arbeitsziel, pragmatische und praktische Handlungsempfehlungen zu formulieren, die kurz- und mittelfristig umgesetzt werden können sollten.

Zu den neun Hauptempfehlungen, die aus dem Abschlussbericht hervorgehen, zählen neben den Empfehlungen zu einem gemeinsamen Prüfraster für das Subsidiaritätsprinzip, der Verbesserung der Folgenabschätzung und der Forderung, eine Folgekommission zum Thema einzusetzen, das Pilotprojekt der „Regional Hubs“. Diese sind seither in 25 Regionen, eine davon das Land Brandenburg, eingerichtet worden, mit dem Ziel die Partizipation und Verbindung zwischen europäischer und regionaler Ebene herzustellen und zu organisieren.

In der anschließenden Paneldiskussion wurden die Arbeitsergebnisse der Taskforce insbesondere vor dem Hintergrund der Frage diskutiert, inwiefern sich die Rolle der Kommission gegenüber den nationalen Parlamenten und den regionalen Gebietskörperschaften seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon verändert hat.

Claudia Dörr-Voß, Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, erläuterte in diesem Zusammenhang ihre Beobachtung, dass in den letzten zehn Jahren eine zunehmende Kompetenzverlagerung nach Brüssel stattgefunden habe, die darüber hinaus mit einer starken Verschiebung in der europäischen Rechtssetzung hin zu Verordnungen einherginge. Dabei sei die Verlagerung jedoch nicht per se problematisch, wohl aber, dass oftmals die Kompetenzen der politischen Ebenen im Vorfeld nicht ausreichend geklärt seien.

Diese Problematik habe die Taskforce sehr erfolgreich aufgegriffen, meinte Gunther Krichbaum, Mitglied des deutschen Bundestags und Vorsitzender des EU-Ausschusses im Bundestag, indem sie in ihren Empfehlungen die Rechte der nationalen Parlamente bei der Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips wieder stärker ins Licht gerückt hätte. In diesem Zusammenhang begrüßte er besonders den Vorschlag der „Grünen Karte“ als ein Instrument, welches den nationalen Parlamenten ein informelles und rechtlich unverbindliches Initiativrecht zukommen lassen würde. Zugleich erinnerte er aber auch daran, dass nicht nur die Rolle der nationalen Parlamente im europäischen Gesetzgebungsprozess gestärkt werden müssten, sondern langfristig gesehen auch das Europäische Parlament dringend mit einem Initiativrecht ausgestattet werden müsse.

Den vollständigen Bericht finden Sie auf unserer Webseite.

Bericht: iep-berlin.de/blog/forum/mig-mai-2019/



Mittagsgespräch mit Michael Clauß, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union: „Nach dem Europäischen Rat: Aktuelle Herausforderungen für die deutsche Europapolitik mit Blick auf die EU-Ratspräsidentschaft 2020“.

„Nach dem Europäischen Rat: Aktuelle Herausforderungen für die deutsche Europapolitik mit Blick auf die EU-Ratspräsidentschaft 2020“

Am Dienstag, den 22. Oktober 2019 lud das Institut für Europäische Politik zum Mittagsgespräch in die Vertretung der Europäischen Kommission ein. Unweit des Brandenburger Tores stand folgendes Thema im Mittelpunkt der Diskussion: „Nach dem Europäischen Rat: Aktuelle Herausforderungen für die deutsche Europapolitik mit Blick auf die EU-Ratspräsidentschaft 2020“. Dazu wurde der Ständige Vertreter der Bundesrepublik bei der Europäischen Union, Botschafter Michael Clauß, eingeladen. Während des 90-minütigen Gesprächs wurde auf die vergangenen Monate zurückgeblickt und über die Schwerpunktthemen der deutschen Europapolitik, insbesondere der deutschen Ratspräsidentschaft gesprochen.

Zu Beginn des Mittagsgesprächs wurde eine Reihe von Herausforderungen für die neu zusammengesetzten Institutionen der Europäischen Union benannt. So verfügt die informelle große Koalition im Europäischen Parlament (EP) aus der Europäischen Volkspartei (EVP) und den Sozialdemokraten (S&D) über keine eigene Mehrheit mehr und benötigt die Unterstützung der Liberalen „Renew Europe“ Gruppe. Zudem besteht das EP nach den Europawahlen 2019 zu 60 % aus neuen Parlamentariern, die alle mit dem Anspruch angetreten sind, die EU auf die eine oder andere Weise zu verändern. Die Wahl der designierten Kommissionspräsidentin war deshalb mit Schwierigkeiten verbunden und ist äußerst knapp ausgefallen. Allgemein ist das EP weitaus heterogener geworden, da die politischen Ränder an Stimmen gewonnen haben. Auch die neue Europäische Kommission muss sich in der Legislaturperiode neu finden und ihre Rolle gegenüber dem EP neu definieren.

Ein dominierendes Thema dieser Tage in Brüssel ist der Brexit. Dabei betonte Botschafter Clauß die Notwendigkeit diesen möglichst bald zu klären. Der Botschafter sprach über die zukünftigen

europäisch-britischen Beziehungen, die Verhandlung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Großbritannien, sowie über die enge Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik als zentrale Themen für die EU.

In der anschließenden Debatte mit dem Publikum wurden die von Botschafter Clauß angeschnittenen Themen weiter diskutiert. So ergaben sich Fragen zu der weiteren akademischen Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich hinsichtlich der Kooperation im Rahmen des Erasmus+ Programms. Des Weiteren wurden die aktuellen europäisch-türkischen Beziehungen erörtert, welche unter anderem als ein Mosaikstein der sehr komplexen EU-Außenbeziehungen zu betrachten sind.

Den vollständigen Bericht finden Sie auf unserer Webseite.

Bericht: iep-berlin.de/MIG-Clauss



Frühstücksgespräch mit Prof. Dr. Miriam Hartlapp und Dr. Andreas Hofmann von der Freien Universität Berlin: „Hilfreich oder hinderlich? EU Soft Law in der nationalen Praxis“

Institutionen der Europäischen Union nutzen in ihrer Politikgestaltung zunehmend „Soft Law“, also rechtlich nicht bindende Dokumente wie Empfehlungen, Mitteilungen, Leitlinien oder Handbücher. Soft Law wird einerseits dort eingesetzt, wo die Europäische Union nur über wenige gesetzgebende Kompetenzen verfügt, wie etwa in der Arbeitsmarkt- oder Sozialpolitik. So können häufig praktische Fragen der Umsetzung beantwortet oder Konkretisierungen vor, etwa bei europäischen Naturschutzvorgaben, europäischem Kartellrecht, Regelungen zur Finanzmarktaufsicht oder bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vorgenommen werden. Während die einen die Vorteile dieser weichen Instrumente betonen – sie sind schneller und flexibler einzusetzen als hartes Recht – beklagen andere die fehlende Legitimität der Regelungen.

Zu unserem Frühstücksgespräch zum Thema „Hilfreich oder hinderlich? EU Soft Law in der nationalen Praxis“ am 6. November 2019 stellten unsere Gäste Prof. Dr. Miriam Hartlapp und Dr. Andreas Hofmann von der Freien Universität Berlin Ergebnisse aus dem interdisziplinären Forschungsprojekt SoLaR (Soft Law Research Network) vor.

Wir diskutierten, wie Verwaltungen und Gerichte EU Soft Law in den Bereichen Wettbewerb, Finanzmarkt, Umwelt und Soziales nutzen; welche Rolle EU Soft Law für europäische Regierungen in diesen Bereichen spielt und wie es sich auf der nationalstaatlichen und lokalen Ebene auswirkt; wann Soft Law Effizienzgewinne bringt und wann Legitimitätsprobleme für Regierungen und Verwaltungen überwiegen.

Projekte | Studienprogramme

Projects | Study Programmes

Projekt: #EngagEU - Jugendbeteiligung und junge Themen

Die vergangenen Europawahlen im Mai 2019 fanden in einem Kontext populistischer, protektionistischer und nationalistischer Tendenzen in Europa statt. Zudem scheint die stetig sinkende Wahlbeteiligung der europäischen Bürger*innen seit der Einführung der Direktwahl zum Europäischen Parlament vor fast 40 Jahren die gefühlte Entfremdung der Wahlberechtigten von europäischen EntscheidungsträgerInnen zu bestätigen. Pro-europäische Kräfte, die die Zukunft der EU der verbleibenden 27 Mitgliedstaaten gestalten wollen, sehen sich mit lautstarken EU-GegnerInnen konfrontiert.

In Großbritannien hat sich erstmals die Bevölkerung eines Landes in einem Referendum mit knapper Mehrheit zum Austritt aus der EU entschieden. Im Nachgang dieser historischen Entscheidung wurde schnell deutlich, dass die jungen Brit*innen, gleichzeitig auch Bürger*innen der EU und Teil der sogenannten Generation Erasmus, den Austritt ihres Landes aus der EU mehrheitlich ablehnen, trotzdem aber nur Wenige tatsächlich ihre Stimme abgaben. Dies ist nur ein Beispiel für die Dringlichkeit, die junge Bevölkerung zur aktiven Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen zu ermuntern und zu befähigen.

Auch Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, fordert in europaweiten Bürgerdialogen zur aktiven Bürgerpartizipation in der Debatte zur Zukunft der EU vor den nächsten Europawahlen auf. Doch wie lauten die Vorstellungen, Ideen und Forderungen speziell der jungen Bevölkerung auch jenseits der Generation Erasmus? Welche jungen Themen sind auf die Agenda der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments zu setzen? Welche grenzüberschreitenden Themen können das Zusammenwachsen junger EU-Bürger*innen in Europa und ihre Identifikation mit der EU fördern?

Im Rahmen des Projekts #EngagEU organisiert das Institut für Europäische Politik gemeinsam mit seinen Projektpartnern in Frankreich, Centre internationale de formation européenne, in Polen, WiseEuropa, und in Brüssel, der europaweiten Trans European Policy Studies Association, einen mehrmonatigen Ideensammlungs- und Konsultationsprozess mit innovativen digitalen Instrumenten der Bürgerbeteiligung, um diesen Fragen auf den Grund zu gehen.

Im Rahmen des Prozesses werden junge Bürger*innen in europaweit stattfindenden #YoungCitizens'FutureLabs eingeladen, junge Themen und Politikideen zu diskutieren mit dem Ziel, im Wahlkampf zum nächsten Europäischen Parlament mit einer starken Stimme junge Themen zu setzen. Abschließend werden die

entwickelten Ideen in #YoungCitizensConventions mit einer breiten Öffentlichkeit und EntscheidungsträgerInnen diskutiert und in einem mehrsprachigen Manifest an die neugewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments adressiert.

Detaillierte Ziele des Projekts:

- Steigerung der Jugendbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen auf europäischer Ebene, insbesondere bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019
- Steigerung der Identifikation der jungen Generation mit der EU
- Identifizierung junger Themen und Kommunikation an die neugewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments
- Vermittlung von Kenntnissen über politische Prozesse auf europäischer Ebene, um junge EU-Bürger*innen zur erfolgreichen Partizipation zu befähigen



Projektlaufzeit:

September 2018 bis September 2019

Projektteam:

Dr. Funda Tekin (Projektleitung)

Jana Schubert (Projektmanagerin)

Projektpartner:



#1stYoungCitizens'Convention - Austausch zwischen jungen EU-BürgerInnen und Bundespräsident Steinmeier



Einen Monat vor den Europawahlen hat das Institut für Europäische Politik (IEP) am 30. April 2019 gemeinsam mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, wahlberechtigten Bürger*innen und zivilgesellschaftlichen Kampagnen im Rahmen der #1stYoungCitizens'Convention in Berlin ein starkes Zeichen für Europa gesetzt. Im Mittelpunkt stand dabei die Präsentation des Zukunftsmanifests „Junge Ideen für die Zukunft Europas“, welches im Laufe des letzten Jahres im Rahmen von vier #YoungCitizens'FutureLabs in Deutschland, Frankreich und Polen von 600 jungen EU-Bürger*innen diskutiert und ausgearbeitet worden war.

Zugleich bot ein EU Campaign Hub zehn weiteren Europakampagnen die Möglichkeit, insbesondere junge Menschen anzusprechen, sich zu präsentieren und zu vernetzen. Den Abschluss bildete eine Fishbowl-Diskussion zum Thema „Junge Ideen für die Zukunft Europas“ mit jungen Europawahl-Kandidat*innen.

Dr. Werner Hoyer, Präsident des IEP, eröffnete die Veranstaltung und begrüßte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, die jungen Kandidat*innen, die Teilnehmer*innen des EU Campaign Hub sowie die rund 100 Besucher*innen.

40 Jahre nach der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament, so Hoyer, sei die Beteiligung der Bürger*innen an europapolitischen Prozessen wichtiger denn je. Wie die Auswirkungen des britischen Referendums zum Austritt aus der EU zeigten, dürften die großen Herausforderungen der EU nicht nur als Zuständigkeitsbereiche der mitgliedstaatlichen Regierungen angesehen werden, sondern erforderten ebenso die Teilhabe der EU-Bürger*innen, wie bspw. in Form von Bürgerforen. Insbesondere junge Menschen und deren Ideen spielten außerdem im EU-Integrationsprozess eine große Rolle. Dies würde sich deutlich im #EngagEU-Manifest widerspiegeln, so Hoyer. Bei allen diesen vier Kernforderungen unterstrichen die jungen

Teilnehmer*innen, dass zwei Grundprinzipien nicht

aus den Augen verloren werden sollten. Zum einen die Barrierefreiheit von Sprache, um allen Bürger*innen politische Teilhabe zu ermöglichen. Zum anderen die Verbindung von Online- und Offline-Räumen, die sich ergänzen sollten.

Diese erste Ideensammlung diente als Grundlage für das #2ndYoungCitizens'FutureLab am 29. und 30. November 2018. Weitere YoungCitizens'FutureLabs fanden ebenso im Vorfeld der Europawahlen in Nizza und Warschau statt.

#EngagEU-Projektmanagerin Jana Schubert und Rapporteurin Sara Kibler aus Frankreich, die das Manifest zum ersten Mal präsentierten, stellten daraufhin die vier Politikbereiche vor, in denen das Manifest besonderen Handlungsbedarf identifiziert und entsprechende Vorschläge formuliert: die Stärkung einer gemeinsamen europäischen Identität, die angestrebte globale Führungsrolle der EU in der Klimaschutzpolitik, die Umsetzung einer gemeinsamen Integrationspolitik und die konsequente Ausrichtung der EU-Außenpolitik an ihren eigenen Grundwerten.

Das grundlegende Anliegen des Manifestes fasste Sara Kibler schließlich so zusammen: „Wir wünschen uns mehr europäische Erfahrungen und Begegnungen!“ Es müsse daher mehr und bessere Kommunikation und Bildungsangebote über die EU geben. Ein konkreter Schritt in die Richtung eines gemeinsam gelebten Europas sollte daher sein, „am 26. Mai zur Europawahl zu gehen und eine Partei zu wählen, die sich nachhaltig für ein inklusives Europa einsetzt.“

Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier identifizierte in seinem anschließenden Grußwort die Europawahlen als den entscheidenden Moment, um das „europäische Versprechen“ eines vereinten und friedlichen Europas zu erneuern.

Lesen Sie den kompletten Bericht auf unserer Webseite.

Bericht: iep-berlin.de/blog/forum/1st_ycc/

„2ndYoungCitizens‘Convention“ - Mitglieder des Europäischen Parlaments und #EngageEU-Rapporteure diskutieren über die Zukunft Europas

Am 24. September 2019 organisierte die Trans European Policy Studies Association (TEPSA) im Rahmen des Projektes #EngageEU die „2ndYoungCitizens‘Convention“, bei der die ProjektrapporteurInnen ihre Ideen für die Zukunft Europas mit neu gewählten Mitgliedern des Europäischen Parlaments, VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen und über 100 jungen EU-BürgerInnen diskutierten. Die Direktorin des Instituts für Europäische Politik, Funda Tekin, eröffnete die Debatte mit einer aufschlussreichen Bestandsaufnahme zur jüngsten Wahl des Europäischen Parlaments. Dabei hob sie besonders die gestiegene Wahlbeteiligung und den größeren Einsatz für die Europäische Union hervor, welcher sich auch in dem Manifest „Junge Ideen für die Zukunft Europas“ zeige und einen wichtigen Teil dazu beitrage, dem Engagement und den Wünschen junger WählerInnen eine Stimme zu geben. Die Bedeutung einer gemeinsamen Beteiligung an dem europäischen Projekt wurde dann auch in der zweiten Rede aufgegriffen, die Pedro Silva Pereira, Vize-Präsident des Europäischen Parlaments, hielt. Die Einbeziehung junger Menschen sei gerade im Lichte großer Herausforderungen wie dem Klimawandel, zunehmender Ungleichheit, Armut und offenen Fragen bei der Ausgestaltung der Migration notwendig, um als Europäische Union den genannten Problemen begegnen zu können.

Im Anschluss an diesen Appell diskutierten Brando Benifei von der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten, Svenja Hahn und Katalin Cseh von der Fraktion Renew Europe sowie Niklas Nienauß von der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz mit den ProjektrapporteurInnen und dem Publikum die Vorschläge aus dem Jugendmanifest aus den Bereichen europäische Identität, Umweltschutz und -forschung, Migrations- und Integrationspolitik sowie europäische Außenpolitik.

Der erste Teil der Debatte wurde bestimmt durch die Diskussion über eine Europäische Identität. Der #EngageEU-Rapporteur Philipp Raab bezog sich in einem ersten Überblick auf die Forderung des Manifests, eine Europäische Identität zu entwickeln und zu stärken. Konkrete Ziele seien beispielsweise, die Bildung einer größeren Öffentlichkeit für die Europäische Union, insbesondere durch die Einführung eines europäischen Personalausweises und die Etablierung eines europäischen Fernsehsenders, um Gemeinsamkeiten der Länder hervorzuheben. Weiterhin das Forcieren von kulturellem Austausch unter dem Aspekt europaweiter Mobilität sowie die Einführung eines verpflichtenden Dienstes für das Europäische Solidaritätskorps.

Hinsichtlich der Umweltpolitik der Europäischen Union präsentierte Gustav Spät folgende Vorschläge des

Manifests:

1. Die Etablierung eines Schulfachs zur „Umwelt- und Klimabildung“ für alle Schulformen;
2. Die Entwicklung technologiebasierter Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels;
3. Die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Pfandsystems auf Basis erfolgreicher Konzepte aus den Mitgliedstaaten.

#EngageEU-Rapporteurin Carolina de Albuquerque stellte beim Thema Integrationspolitik folgende Punkte vor: Es wurde das Eintreten für Diversität betont sowie das Vorantreiben von interkulturellen Dialogen und lokalen Sprachzentren, um die soziale Kohäsion und das gegenseitige Verstehen zu fördern. Weiterhin wird die Verbesserung des Zugangs zu höherer Bildung und die Etablierung eines „Probe-Semesters“ für einen leichteren Einstieg in den Arbeitsmarkt gefordert.

Als wichtige außenpolitische Vorschläge des Jugendmanifests betonte #EngageEU-Rapporteur Klajdi Kaziu:



1. Die Forderung einer Harmonisierung von militärischer Rüstungsbeschaffung für eine sichere Europäische Union;
2. Die Stärkung der Normen und Werte der EU durch eine Überwachungskapazität für Handelsbeziehungen;
3. Die Stärkung der East Strategic Communication Task Force.

Im Anschluss an die Debatte fand ein Forum der gesellschaftlichen Teilhabe – Civic Engagement Hub – statt, bei dem verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen ihre Arbeit präsentierten und sich mit der Frage auseinandersetzten, wie sich junge EuropäerInnen engagieren können. TEPSA hatte dabei das Vergnügen, folgende Organisationen bei sich begrüßen zu können: den „European Citizen Action Service“ (ECAS), das Europäische Studierendenforum AEGEE (Association des Etats Généraux des Etudiants de l'Europe), die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF), das Europäische Solidaritätskorps und die Rapporteure des Projekts #EngageEU.

#3rdYoungCitizens'FutureLab

Vom 14. bis 18. Januar 2019 organisierte das Centre international de formation européenne (CIFE) das #3rdYoungCitizens'FutureLab im Rahmen des #EngageEU-Projekts, das vom Institut für Europäische Politik koordiniert und vom EU-Programm Europa für Bürger*innen mitfinanziert wurde. Das #3rdYoungCitizens'FutureLab in und um Nizza verfolgte einen generationenübergreifenden Ansatz und ging in die Schulen der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur.

Nach vorbereitenden Workshops mit den Teilnehmer*innen im Dezember und Anfang Januar, fand im Januar die Hauptworkshop-Phase statt. Eine Gruppe von 30 Masterstudent*innen hatte Workshops zu den Themen Migration, Umwelt, Außenpolitik, Gleichstellung der Geschlechter und europäische Identität vorbereitet. Insgesamt 160 Schüler*innen der Ober- und Mittelstufe nahmen an den Workshops teil und dachten über ihre Ideen für die Zukunft der Europäischen Union nach. Um die Ergebnisse der Workshops zu verbreiten, wurde im Deutsch-Französischen Kulturzentrum (CCFA) in Nizza eine öffentliche Veranstaltung mit angesehenen Journalist*innen aus Deutschland und Griechenland sowie einem französischen Richter und ehemaligen EP-Kandidat*innen organisiert, um die politischen Ideen gemeinsam mit den Teilnehmer*innen zu diskutieren. #EngageEU ist ein breiter Konsultationsprozess in Deutschland, Frankreich und Polen, der junge Bürger*innen einlädt, ihre Ideen für die Zukunft der EU zu entwickeln. Ziel war es, die Stimme junger Bürger*innen im Vorfeld der Europawahlen zu stärken.

In einem ersten Vorbereitungsworkshop im Dezember 2018 wurde den Teilnehmer*innen das Projekt vorgestellt, woraufhin im Januar mit der konzeptionellen Vorbereitung der Workshops in den Schulen begonnen wurde. Nach einer Analyse vergangener Visionen für die Zukunft Europas und einer Einführung in nicht formale Methoden der politischen und staatsbürgerlichen Bildung, identifizierten sie die wichtigsten Themen und Politikbereiche auf EU-Ebene. Die fünf Politikbereiche, die nach einem Cluster entstanden sind, waren Migration, Umwelt, Außenpolitik, Gleichstellung der Geschlechter und europäische Identität.

Zur gleichen Zeit besuchten die Schüler*innen des Centre International de Valbonne sowie die Schüler*innen des Collège Mistral Einführungsworkshops zu verschiedenen Aspekten der Europäischen Union und Europa. Sie diskutierten den Einfluss der Europäischen Union auf ihr tägliches Leben, ihre persönliche Bedeutung von „Europa“, die Vor- und Nachteile einer Gemeinschaft wie der Europäischen Union und den möglichen Beitritt neuer Mitgliedstaaten.

Diese Einführungsworkshops zeigten, dass insbesondere die jüngeren Studierenden eine sehr persönliche und emotionale Einstellung zu „Europa“ haben.

Lesen Sie den vollständigen Bericht auf unserer Webseite.

Bericht: iep-berlin.de/blog/3rd_ycfl/



#4thYoungCitizens'FutureLab - Europapolitik aus ost- und mitteleuropäischer Perspektive

Am 4. März 2019 hat das #4thYoungCitizens'FutureLab des Projekts #EngagEU, kofinanziert durch das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ der Europäischen Kommission, in Warschau stattgefunden. Zusammen mit fünf Europaexpert*innen diskutierten die jungen Teilnehmer*innen über die Herausforderungen, vor denen die Europäische Union und ihre Bürger*innen nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 stehen würden. Der Fokus der Workshops lag dabei vornehmlich auf Polen und der Ukraine, aber auch auf allgemeinen Überlegungen zum europäischen Integrationsprozess. Daneben konzentrierten sich die Teilnehmer*innen auf identitätspolitische Herausforderungen sowie Integrationsfragen in Zeiten globaler Migration. Die anschließende öffentliche Debatte thematisierte vor allem Osteuropa im Spannungsfeld zwischen europäischer Integration und russischem Einfluss. Mehr als 130 Bürger*innen nahmen an den verschiedenen Workshops und der öffentlichen Debatte des #4thYoungCitizens'FutureLabs teil, die von WiseEuropa in Zusammenarbeit mit dem Centre of East European Studies organisiert wurden.

Während der Konsultationsphase des #4thYoungCitizens'FutureLabs wurden von den jungen Bürger*innen verschiedene Herausforderungen identifiziert und folgende Forderungen entwickelt:

- die Förderung des gemeinsamen Binnenmarkts mit dem Ziel der Stärkung und Weiterentwicklung der Europäischen Union im Allgemeinen und der Stärkung des europäischen Wettbewerbs;
- die Ermutigung gemäßigter politischer Parteien zur Entwicklung politischer Ideen, die noch konkreter auf die Forderungen und Sorgen der europäischen Bürger*innen eingehen – das Hauptziel solle darin bestehen, die Menschen zu vereinen und nicht zu spalten;
- die Notwendigkeit einer Reform der EU-Institutionen, um deren Effizienz zu steigern;
- die Verbesserung der Integration von Migrant*innen, beispielsweise durch Reformen und Projekte im Bildungssystem der EU-Mitgliedstaaten;
- die EU sollte als Hüterin europäischer Werte wie Vielfalt, Gleichheit, Menschenrechte und Zugang zu kostenloser Bildung für Männer und Frauen auftreten.

Im Anschluss an die Konsultationsphase während der Workshops fand eine öffentliche Debatte über „Die Wahlen zum Europäischen Parlament, Russland und das Machtspiel der Ukraine in Mittel- und Osteuropa“ statt. Die Diskussion wurde eingeführt von Carolina de Albuquerque und Klajdi Kaziu, die als Rapporteur*innen die Diskussionsergebnisse der Vorgängerveranstaltung,

des #3rdYoungCitizens'FutureLab, das wenige Wochen zuvor in Nizza stattgefunden hatte, zusammenfassten.

Lesen Sie den vollständigen Bericht auf unserer Webseite.

Bericht: iep-berlin.de/blog/4th_ycfl/



Projekt: Future of Europe: Bringing more Union into the European Union (BRING)

Euroskeptizismus, Demokratiedefizit und geringe Wahlbeteiligung: In der gesamten EU sind umfangreiche Proteste oder Formen aktiver Bürgerschaft gegenwärtig; angefangen bei rechtsstaatlichen Protesten in Rumänien und Bulgarien über jüngste Anti-Populismus und Pro-EU-Proteste in Deutschland bis hin zu Anti-Austeritäts-Bewegungen in Griechenland. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie eine möglichst große Anzahl dieser zivilgesellschaftlichen Manifestationen genutzt werden kann, um über die Zukunft der EU zu debattieren? Dabei ist sich einig, dass diese Bewegungen besondere Aufmerksamkeit erfordern, um die Werte zu verstehen, für die ihre Anhänger*innen stehen.

Dieser allgemeine Trend wird ebenfalls durch ein weiteres besorgniserregendes Phänomen verdoppelt: Desinformationen, falsche Nachrichten und Trolling sind während Wahlkampagnen am deutlichsten sichtbar. Somit können EU-Wahlen behindert werden, pro-europäische Werte untergraben als auch nationalistische und fremdenfeindliche Botschaften gefördert werden.

Das Projekt „Future of Europe: Bringing more Union into the European Union“ zielt darauf ab, die Botschaften von der Basisebene aus zu übersetzen und sie mit der öffentlichen EU-Politik in Verbindung zu bringen. Jugendliche sollten nicht für die Europawahlen sensibilisiert, sondern ebenso mit erforderlichen Instrumenten ausgestattet werden, um durch interaktive Methoden an Dynamik und Einfluss auf die Ausrichtung der EU zu gewinnen. Darüber hinaus sollten Proteste als neue Form der demokratischen Teilhabe dokumentiert und aufgegriffen werden, die als Gelegenheit genutzt werden sollten, die europäische Identität über die Grenzen hinweg neu zu gestalten, neue populistische Tendenzen zu bekämpfen und die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Das Projekt richtet sich an Jugendliche, Student*innen und Aktivist*innen aus Rumänien, Bulgarien, Deutschland und Griechenland, die an den jüngsten Straßenprotesten und Demonstrationen interessiert sind und sich an der öffentlichen Debatte, die geeignete Mechanismen zur Bekämpfung des mangelnden Vertrauens in die EU und der Euroskepsis schaffen kann, beteiligen.

Detaillierte Ziele des Projekts:

- interaktive Online-Debattenwettbewerbe zu EU-Wahlen und Video Storytelling mit Jugendlichen und Aktivist*innen, die sich mit den Herausforderungen der EU befassen (Euroskeptizismus, Demokratiedefizit, EU-Wahlen);

- Organisation einer Podiumsdiskussion zu den Auswirkungen und neuen Formen der aktiven Bürgerschaft in Bezug auf europäische Themen;
- Ausarbeitung eines Thesenpapiers über Bürgerbewegungen in Deutschland auf Grundlage der Ergebnisse des Projekts.

Zeitraum:

September 2018 bis Dezember 2019

Projektteam:

- Dr. Katrin Böttger
- Henrik von Homeyer
- Fabian Weber
- Sophia Klumpp

Webseite: <http://iep-berlin.de/forschung/debatte-zur-zukunft-der-europaeischen-union/bring/>

Förderer/Projektpartner:



IEP-Panel-Discussion: „The End of the EU as We Know It? Street Protests and European Politics“

In view of the attention that Fridays for Future received over the past year, the panel discussion “The End of the EU as We Know It? Street Protests and European Politics” on 12 September 2019 was a timely event for discussing the impact and role of civic activism, particularly concerning European topics. The speakers were Alexandru Damian from Centrul Român de Politici Europene (CRPE), Dr. Jochen Roose from Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) and Katja Sinko from the pro-European Campaign “The European Moment”. IEP director Dr. Katrin Böttger moderated the event that was organised in the Banquet Hall at Humboldt University of Berlin.

Damian, who set a focus on grassroots movements in Eastern Europe stated that the main protests in the region are dealing with either the rule of law or anti-corruption issues. In this respect, civil movements have changed the traditional way of political expression in the region. While street protests as such have evolved to be the most important medium of protest in Eastern Europe, Sinko registers another component of importance for protests in Germany, which are developing to put direct pressure on governments. Concerning the question which movements are the most successful in Germany, Roose lists Fridays for Future (F4F), Pulse of Europe (PoE) and right-wing movements such as PEGIDA as their counter movement.

Raising the question how the next steps for pro-European activism should look like, it has to be admitted that there is still a lot of potential to discuss the actual shape of a future European Union. A drawback can be seen in the populist and Eurosceptic mobilization, which is also leading to civil polarization all over Europe on the other hand.

An element of an answer to the raising populism all over Europe could be the “citizen assemblies”, which would unite citizens from different member states by bringing them together and letting them discuss main supranational questions. This would also support the feeling of a shared European identity and close the gap of disconnection for example between Germany and Eastern European countries.

With regard of the pro-European activist’s side it can be admitted that their numbers are often still very small compared to the anti-European side. Especially in Eastern Europe, the citizen’s fears have a huge impact on populist positions. This raises the question how a better dialogue towards European citizens could be realized. While some see the democratic potential the European Union already has, others are criticizing its

lack of democracy. Especially middle-aged people do not see a personal benefit in a further increase of European integration, while there are many positive opportunities for the young.

A strong point of consent of the speakers of the panel concerned the relevance of further European activism. Even if social movements tend to lose their power over time, they are able to support individuals as well as political leaders. Further, the formulation of the people’s will finds a powerful outlet in this form of protest. The discussion underlined the fact that movements like Fridays for Future have a huge potential for the mobilization of especially young Europeans.

Bericht: iep-berlin.de/blog/forum/bring_event/



Länderbericht: „The End of the EU as We Know It? Street Protests and European Politics“



The End of the EU as We Know It? Street Protests and European Politics

Country Report on Germany

Aktuelle Statistiken zeigen, dass Straßenproteste in Deutschland in den letzten Jahren an Popularität gewonnen haben. Was sind die Ursachen? Wo liegen die Wurzeln bestimmter Bewegungen? Welche Botschaften vermitteln sie der Regierung? Welche Auswirkungen hatten sie bisher auf die deutsche und europäische Politik? Dieses Papier, ein Teil des Projekts „A new narrative for Europe: Bringing more union into the European Union“, befasst sich mit drei bedeutenden Bewegungen in Deutschland, die in den letzten Jahren viel Aufmerksamkeit erregt haben: Fridays for Future, PEGIDA und Pulse of Europe.

Pünktlich zum internationalen Klimastreik am 29. November 2019, der wenige Tage vor der

25. Weltklimakonferenz alleine in Deutschland erneut Menschen in über 500 Städten auf die Straßen führen wird, befasst sich der Länderbericht „The End of the EU as We Know It? Street Protests and European Politics“ insbesondere vor dem Hintergrund europäischer Themen mit den Protestbewegungen.

Download: iep-berlin.de/wp-content/uploads/2019/11/BRING_Country_Report.pdf

Projekt: German Ukrainian Researchers Network (GURN)

Think Tanks in der Ukraine gelten als wichtige zivilgesellschaftliche Akteure, die durch ihre analytische Arbeit einen wertvollen Beitrag zur Förderung demokratischer Prozesse leisten. Durch ihre unmittelbare Arbeit an Gesetzesentwürfen, Mitkonzipierung der staatlichen Politik, Monitoring und Kontrolle gelingt es ihnen, den politischen Prozess zu begleiten und ihn transparenter zu gestalten. Als Teil der Zivilgesellschaft bilden sie die Brücke zwischen der Gesellschaft und den politischen EntscheidungsträgerInnen, kommunizieren Ideen, informieren, klären auf, tragen so entscheidend zum Meinungspluralismus bei und stärken somit die Demokratie allgemein.

Gleichzeitig agieren sie nicht nur national, sondern auch transnational und im europäischen Kontext. Durch ihre praxisorientierte Forschung und aktuelle Analysen zu politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in ihren Ländern haben sie die Möglichkeit, zum besseren Verständnis über Grenzen hinweg beizutragen.

Mit Blick darauf hat sich das Projekt „German Ukrainian Researchers Network“ (GURN) zum Ziel gesetzt, den fachlichen Austausch zwischen ExpertInnen deutscher und ukrainischer Think Tanks zu fördern und Junior Researcher zu befähigen, ihre praxisorientierten wissenschaftlichen Ergebnisse in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs beider Länder einspeisen zu lassen.

Ziele des Projekts:

- Schaffung eines deutsch-ukrainischen Think Tank Netzwerks
- Stärkung von Fachkompetenzen ukrainischer Junior Researcher in den Bereichen der Policy Analyse, Politikberatung sowie der erfolgreichen Kommunikation der Forschungsergebnisse
- Ausbau der Osteuropakompetenz deutscher Junior Researcher
- Transfer von Wissen über soziopolitische Prozesse sowohl aus Deutschland in die Ukraine als auch aus der Ukraine nach Deutschland
- Gezielte Förderung von (bilateralen) Forschungsprojekten zu aktuellen Entwicklungen in der Ukraine

Zeitraum:

August 2019 bis Dezember 2020

Projektteam:

- Dr. Katrin Böttger
- Ljudmyla Melnyk
- Matthias Meier
- Almuth Müller

Webseite: iep-berlin.de/GURN

Förderer/Projektpartner:





GERMAN
UKRAINIAN
RESEARCHERS
NETWORK
(GURN)

Arbeitsgruppe im Rahmen des GURN-Projektes legt Grundstein für Vernetzung deutscher und ukrainischer NachwuchswissenschaftlerInnen

Was hat sich in den letzten Jahren in der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit wissenschaftlicher ExpertInnen, Think Tanks und NGOs verändert? Welche Möglichkeiten und Perspektiven ergeben sich aus der bilateralen zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit? Wo sollte sie noch stärker ausgebaut werden und welche Rolle könnte das neue Projekt „German Ukrainian Researchers Network“ (GURN) dabei spielen?

Unter diesen Fragestellungen traf sich am 30. Oktober 2019 die Arbeitsgruppe aus 13 junge ExpertInnen von ukrainischen und deutschen Think Tanks und Universitäten im Rahmen des neuen Projektes GURN des Instituts für Europäische Politik (IEP). Im Mittelpunkt des Treffens standen die thematische Ausrichtung des GURN-Netzwerkes und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen deutschen und ukrainischen NachwuchswissenschaftlerInnen. Für die ukrainischen NachwuchswissenschaftlerInnen war vor allem wichtig, durch die Vernetzung mit anderen Think Tanks und NGOs Kooperationspartner mit ähnlichen Interessen zu finden. Besonders relevant für die KollegInnen war die Stärkung methodischer Kompetenzen und die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen in Form von Policy Papers. Auf deutscher Seite erhofften sich die Teilnehmenden insbesondere, das entstehende Netzwerk für einen besseren Zugang zu wissenschaftlichen Daten und Informationen nutzen zu können. Auch die Vermittlung von geeigneten Praktikumsstellen könnte durch die Vernetzung junger WissenschaftlerInnen in beiden Ländern erleichtert werden. Im Rahmen des Treffens wurde zudem die Struktur der Website besprochen, die in Zukunft eine stärkere Vernetzung ermöglichen sollte. Die Arbeitsgruppe hat dafür den Grundstein gelegt.

iep-berlin.de/gurn1



Konferenz des GURN-Projektes diskutiert die letzten Entwicklungen nach den Wahlen in der Ukraine

Der Reformprozess in der Ukraine schreitet zügig voran, nachdem Wolodymyr Zelenskyj im Mai 2019 zum neuen Präsidenten gewählt wurde und seine Partei „Sluha Narodu“ als großer Sieger aus den Parlamentswahlen im Sommer 2019 hervorgegangen ist. Aber um das Vertrauen der westlichen Nachbarn in Politik und Wirtschaft zu gewinnen, sind Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und die Achtung demokratischer Grundsätze bei der Umsetzung der Reformen erforderlich. Das mahnten die ExpertInnen auf der ersten Konferenz im Rahmen des Projektes „German Ukrainian Researchers Network“ (GURN) an, die am 20. November 2019 vom Institut für Europäische Politik (IEP) zum Thema „Ukraine after the Presidential and Parliament Elections: New Government – New Opportunities?“ in Berlin mit rund 125 Teilnehmenden durchgeführt wurde. Die Konferenz wurde in der Kooperation mit dem Razumkov-Centre organisiert.

Die Konferenz wurde von Dr. Katrin Böttger, Direktorin am Institut für Europäische Politik und Omid Nouripour, MdB, Vorsitzender der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe eröffnet. Beide betonten das große Potential der ukrainischen Zivilgesellschaft, den Prozess der Europäischen Integration mitzugestalten und gingen auf notwendige Voraussetzungen eines erfolgreichen Reformprozesses ein, der die die neue Regierung weiter verfolgen sollte, darunter die Implementierung des Assoziierungsabkommens und der entscheidende Kampf gegen die Korruption.

In seinem Vortrag stellte Dr. Yuriy Yakymenko, stellvertretender Direktor des Razumkov-Centres (Kyjiw), die Ergebnisse von Umfragen zu aktuellen Entwicklungen in der Ukraine vor, die im Juli und November 2019 vom Razumkov-Centre durchgeführt worden waren. Sie zeigten, dass die ukrainische Bevölkerung ihre Prioritäten auf Reformen für wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand setzte, und die Reformen für weniger wichtig erachtete, die den Aufbau von Institutionen anstrebten. Ein Großteil der Bevölkerung bewerte die allgemeine Entwicklung des Landes als gleichbleibend oder eher negativ. Dr. Yakymenko erklärte dies damit, dass es der neuen Regierung an systematischem Vorgehen, Kommunikation mit den Medien und Transparenz mangelte.

Wie können aktuelle Ressourcen in zukünftigen, wirtschaftlichen Erfolg der Ukraine umgewandelt werden? Mit dieser Frage leitete Dr. Yaroslav Zhalilo, stellvertretender Direktor des Nationalen Instituts für Strategische Studien (NIIS, Kyjiw), die erste Paneldiskussion zur wirtschaftlichen Entwicklung der Ukraine ein. Als Antwort nannte er drei wichtige Bereiche, die Bodenmarktreform, die Modernisierung industrieller Branchen durch Digitalisierung und Diversifizierung der Wirtschaft und die Dezentralisierung des Staates. Auch Robert Kirchner, stellvertretender Projektleiter bei Berlin Economics, ging von

einem positiven Effekt der Bodenmarktreform auf das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine aus. Als Probleme für die wirtschaftliche Entwicklung identifizierte er aber die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit und die unzureichend aufgearbeitete Affäre um die verstaatlichte PrivatBank. Ute Kochlowski-Kadjaia, Geschäftsführerin des Ost-Ausschuss-Osteuropavereins der Deutschen Wirtschaft in Berlin, griff den Aspekt der Rechtsstaatlichkeit auf. Aus der Perspektive deutscher Unternehmen sei es besonders wichtig, dass es einen Rechtsschutz für InvestorInnen gebe, geplante Reformen umgesetzt und Institutionen aufgebaut würden. Kochlowski-Kadjaia betonte zudem die Rolle mittelständischer Unternehmen für die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine. Insgesamt mangle es bisher an einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik in langfristiger, makro-ökonomischer Perspektive, analysierte Olga Trofimtseva, ehemalige Ministerin für Agrarpolitik und Lebensmittel der Ukraine. In Bezug auf einen Erfolg der Bodenmarktreform zeigte sie sich vorsichtig optimistisch. Moderiert wurde das Panel von Martin Stein, Senior Project Manager am Institut für Europäische Politik in Berlin.

Die Ausrichtung der neuen Regierung ist generell pro-europäisch und pro-atlantisch, betonte Dr. Andreas Umland, Senior Research Fellow am Institut für Euro-Atlantische Kooperation (IEAC, Kyjiw), im Rahmen der zweiten Paneldiskussion. Hier ging es um die Frage, inwieweit die Ukraine ihren europäischen Pfad beibehält und ob sie auf ihre europäischen und transatlantischen Partner zählen kann. Die Unterstützung für die Ukraine werde in vielerlei Hinsicht fortgesetzt, unterstrich der Leiter des Arbeitsstabs für die Ukraine im Auswärtigen Amt, Florian Laudi, der kurz zuvor mit einer Delegation unter Außenminister Heiko Maas nach Mariupol gereist war. Hierzu zähle sowohl die politische Unterstützung im Normandie-Format als auch die finanzielle Unterstützung in bilateralem und europäischem Rahmen. Berlin begrüße das Reformtempo in der Ukraine, allerdings sollten dabei die demokratischen Grundsätze gewahrt bleiben. Auch Viola von Cramon, MdEP, sicherte der ukrainischen Regierung weitere Hilfen seitens der EU zu, kritisierte aber sowohl die Verbindungen zu dem Oligarchen Ihor Kolomoiskyj als auch die Einschränkung der Unabhängigkeit staatlicher Institutionen wie dem Parlament und dem Obersten Gerichtshof. Sofiya Fedyna, Mitglied der Werchowna Rada, hatte sich schon zu Beginn des Panels dafür ausgesprochen, diese Entwicklungen kritisch zu verfolgen. In ihren Augen fehle es an einer ganzheitliche Strategie für die Umsetzung des Assoziierungsabkommens mit der EU. Das Panel

wurde moderiert von Dr. Katrin Böttger, Direktorin am Institut für Europäische Politik.

Das letzte Panel zum Thema Sicherheitspolitik diskutierte die wichtigsten Herausforderungen und möglichen Lösungen für den Konflikt im Donbass. Russland strebe eine Fragmentierung der Ukraine an oder sähe sie als Puffer-Staat, erklärte Pavlo Klimkin, ehemaliger Außenminister der Ukraine in Input zu Beginn. Die Steinmeier-Formel sei deshalb als Lösungsstrategie unzureichend, so Klimkin. Prof. Dr. Gwendolyn Sasse, Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS, Berlin), argumentierte, sie sehe keine Alternative zum Minsker Abkommen, obwohl das Abkommen wie auch die Steinmeier-Formel von russischer Seite auf eigene Weise interpretiert und somit instrumentalisiert würden. Für die Ukraine stellte Dr. Maksym Palamarchuk, Senior Expert am Nationalen Institut für Strategische Studien (NIIS, Kyjiw), drei Szenarien auf. Das optimistische Szenario wäre eine Integration in den politischen Westen, das zweite Szenario wäre ein Verbleib beim Status Quo und das dritte wäre eine wie immer geartete Vereinbarung mit Russland. Dabei gelte es zu beachten, dass Zugeständnisse seitens Russlands immer mit einem gewissen Preis verbunden seien. Das wahrscheinlichste Szenario sei der Verbleib beim Status Quo, erwiderte der Co-Direktor des Razumkov Centers in Kyiv, Dr. Oleksiy Melnyk.

Das Minsker Abkommen, sofern nach ihren Vorstellungen umgesetzt, sei der bevorzugte Plan Russlands, so Melnyk. Er zeigte sich pessimistisch in Bezug auf eine mögliche politische Lösung mit Russland, man solle deshalb eher von Konfliktmanagement als von Konfliktlösung sprechen. Für eine erfolgversprechende Strategie und Gesetzgebung müsse eine angemessene Analyse der unterschiedlichen Dimensionen des hybriden Kriegs, die zu einer russischen globalen Strategie gehören, vorgenommen werden, erklärte er abschließend. Das Panel wurde moderiert von Richard Herzinger, Korrespondent für Politik und Gesellschaft der Welt in Berlin.

iep-berlin.de/gum2



16. Ukraine-Frühstücksgespräch: „Energie für Europa: Welche Rolle spielt die Ukraine für die Europäische Energiesicherheit?“

Der Gastransitvertrag zwischen der Ukraine und Russland läuft Ende 2019 aus. Obwohl die Ukraine und Russland – unter Vermittlung der Europäischen Kommission – seit Monaten über einen neuen Gaslieferungsvertrag verhandeln, ist es noch nicht gelungen, eine Einigung zu erzielen. Die Gespräche werden zudem von gerichtlichen Klagen gegen den russischen Zulieferer Gazprom seitens des ukrainischen Energieunternehmens Naftogaz, sowie der russischen militärischen Aggression im Donbass überschattet.

Um Aufschluss über die aktuellen Entwicklungen mit Blick auf den Gastransitvertrag und die Rolle der Europäischen Union für den ukrainischen Energiemarkt zu geben, fand am Donnerstag, den 28. November 2019, das 16. Ukraine-Frühstücksgespräch zum Thema „Energie für Europa: Welche Rolle spielt die Ukraine für die Europäische Energiesicherheit?“ statt. Die Veranstaltung wurde mit einer Keynote des ehemaligen Außenministers der Ukraine Pavlo Klimkin eröffnet, in der er vor allem auf den politischen Kontext des Gastransits einging. Er gab einen Ausblick darauf, welche Rolle die Energiefragen bei den nächsten Gesprächen im Normandie-Format in Paris, die für (TERMIN) geplant sind, spielen könnten.

Gemeinsam mit den ExpertInnen Alyona Osmolovskaya, Pressesprecherin bei Naftogaz (Kyiv), Dr. Olena Pavlenko, Direktorin der DiXi Group (Kyiv) und Dr. Thomas O'Donnell, Dozent an der Hertie School of Governance (Berlin), diskutierten die insgesamt über 30 TeilnehmerInnen die Positionen und Interessen internationaler und nationaler Akteure in Bezug auf den Gastransit und den Energiemarkt.

Alyona Osmolovskaya schilderte zuerst den Stand der Gasverhandlungen zwischen der Ukraine, Russland und der Europäischen Union. Sie gab eine Einschätzung über die Möglichkeit und die Modalitäten eines eventuellen neuen Transitvertrags und über die Risiken falls kein Vertrag abgeschlossen würde. Olena Pavlenko thematisierte den laufenden Prozess der Entflechtung des Energiekonzerns Naftogaz. Sie zog einen Vergleich zwischen dem Fortschritt der Reformen im Energiesektor unter der Präsidentschaft von Petro Poroshenko mit dem unter der aktuellen Präsidentschaft von Wolodymyr Zelenskyj. Abschließend sprach Dr. Thomas O'Donnell, Dozent an der Hertie School of Governance (Berlin), über die transatlantische Perspektive auf den Gastransit über die Ukraine. Er ging unter anderem auf die Position der USA zu Nord Stream II und die Wahrscheinlichkeit von US-Sanktionen gegen die Pipeline ein.

Abschließend hatten unsere Gäste die Möglichkeit, die Fragen zu stellen und gemeinsam mit unseren RednerInnen die Rolle der Ukraine für die europäische Energiesicherheit zu diskutieren.

iep-berlin.de/gurn3

SEnECA – Strengthening and Energizing EU-Central Asia Relations

Die Beziehungen zu Zentralasien sind ein wichtiger Bestandteil des sich verändernden transatlantischen und geopolitischen Umfeldes, dem sich die EU derzeit gegenüber sieht. Sie werden maßgeblich durch die Rolle, die das restliche Asien und andere Weltmächte in der Region spielen, beeinflusst. Dies muss die EU berücksichtigen und sich dabei auf ihre komparativen Vorteile konzentrieren. SEnECA hat zum Ziel, die EU-Zentralasien-Beziehungen zu stärken und ihnen neuen Aufschwung zu geben, indem ein nachhaltiges und transdisziplinäres SEnECA-Forschungsnetzwerk sowie ein entsprechendes Stakeholder-Netzwerk geschaffen werden. Dadurch sollen Forscher aus Europa und Zentralasien, politische Entscheidungsträger und Interessenvertreter vernetzt werden, um langfristig die Forschungskooperation zu verbessern (im Rahmen der „SEnECA Agenda for Future Research Cooperation“) und mit der „SEnECA Policy Roadmap“ die EU-Zentralasienpolitik zu optimieren. Ein SEnECA-Kommunikationsplan wird darüber hinaus dafür sorgen, das Bewusstsein für die Bedeutung, die Zentralasien für die EU hat, unter Wissenschaftlern, politischen Entscheidungsträgern, Interessenvertretern aus Bildung, Medien und Zivilgesellschaft sowie in der europäischen Öffentlichkeit zu stärken. Dadurch wird SEnECA schließlich Kapazitäten in Forschung und Politikberatung aufbauen und fördern (durch das „SEnECA Academic Policy Advice Training“). Für die Umsetzung des zweijährigen Projekts bauen die zwölf Konsortialmitglieder, darunter Think Tanks, Universitäten und NGOs aus Europa und Zentralasien, auf ihr bereits bestehendes transeuropäisch-zentralasiatisches Netzwerk aus Forschungsinstitutionen in 41 europäischen, zentralasiatischen und anderen asiatischen Ländern auf. Im Rahmen der Projektaktivitäten werden bereits bestehende Netzwerke von Wissenschaftlern, die in Zentralasien zu europäischer Integration und in Europa zu Zentralasien arbeiten, und Schlüsselakteure aus dem Bildungsbereich und den Medien, die im Bereich der EU-Zentralasien-Beziehungen aktiv sind, erfasst. Dadurch werden Forschungskooperationen, Politiken und Kommunikationsstrategien zu Zentralasien analysiert, um eine SEnECA-Forschungsdatenbank aufzubauen, die die Grundlage bildet, um zukünftige Prioritäten und neue Formen der wissenschaftlichen Kooperation empfehlen zu können. Verfolgt werden dabei der „blended-research“-Ansatz und eine nachfrageorientierte Politikberatung, die auf einem inklusiven Ansatz gegenüber politischen Entscheidungsträgern in der EU und im Bereich der EU-Zentralasien-Beziehungen aktiven Interessenvertretern basiert.

SEnECA

Strengthening and Energizing EU-Central Asia relations

Zeitraum

Januar 2018 bis Dezember 2019

Projektteam:

- Dr. Katrin Böttger
- Julian Plottka
- Yvonne Braun

Webseite: iep-berlin.de/seneca

Förderer/Projektpartner:



This project has received funding from the European Union's Horizon 2020 research and innovation programme under grant agreement No. 770256.

Dialog Europa

Otto Wolff - Stiftung

SEnECA Blog Post: The Soviet Heritage in Central Asia



In the European public view, the five Central Asian states Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Turkmenistan and Uzbekistan are perceived as post-Soviet countries still struggling to manage their economic and political transition – as many former Eastern Bloc countries did and still do.

Certainly, besides cultural and historical aspects, the common Soviet past is one of the constituent elements of Central Asia as a region today. However, this attribute seems to be mostly assigned by others and not by Central Asian countries themselves. But what does the Soviet heritage mean for the five countries concerned? How have Central Asians experienced the times when they were part of the USSR, and how is that era perceived now? Is the Soviet heritage an obstacle for today's development or a fruitful ground- in terms of regional integration for instance? These questions are interesting to me not only as a European 'post-Eastern Bloc citizen', but also – in the light of a 'new regionalism' in Central Asia – to me as a researcher.

iep-berlin.de/blog/seneca_blog_jan19/

SEnECA Blog Post: “Margiana” – A Journey into Prehistoric Turkmenistan



“At first, I did not know where Turkmenistan was located and had to look it up.” Herlinde Koelble's reaction to an inquiry to photograph excavations in Gonur Depe is quite illustrative. As Turkmenistan was proverbial for periphery in Soviet times, the country is still by far the least known and most mysterious of the five independent Central Asian countries. It is not uncommon to know someone who visited Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan or Uzbekistan, but few know someone who travelled through Turkmenistan. As she loves adventures, the renowned German photographer agreed at once to document the excavations and findings at the Bronze Age city of Gonur Depe (“grey hill”) in the historical landscape Margiana in Eastern Turkmenistan.

iep-berlin.de/blog/seneca_blog_mar19/



SEnECA Blog Post: India's "knight's move" to Central Asia

More than 2150 years ago, when the envoy of the Chinese emperor Zhang Qian, the "father-founder" of the Great Silk Road, reached the final point of his journey in the northern Bactria (current South Tajikistan), he was surprised to find that bamboo and other goods from China were available at the local market. This discovery of the famous Chinese traveler shows that ancient India had a trade route towards not only Southern China, but also Bactria, which was the largest region in ancient Transoxiana. In other words, the ancient trade road "from Bactria to India" existed before the discovery of the Great Silk Road.

Currently, when the world superpowers initiate large-scale projects for the revival of the Great Silk Road, India – the homeland of chess – is also starting its own serious game on trade route establishment in Central Asia. Due to the fierce competition with Pakistan, India cannot directly enter the Central Asian region through Afghanistan and has to opt for the "knight's move".

iep-berlin.de/blog/seneca_blog_apr19/

SEnECA Blog Post: Uzbekistan — Germany: A wide range of cooperation



The official visit of the President Shavkat Mirziyoyev to Germany in January 2019 can be considered as one of the key foreign policy events of this year in terms of further enhancement of Uzbekistan's multifaceted relations on the international area. The negotiations in Berlin are a significant step within Uzbek diplomacy towards Europe.

Germany is one of the main trade and economic partners of Uzbekistan in Europe. At the end of last year, the trade turnover between the countries amounted at \$ 772 million with an increase of 24.5 percent in comparison to 2017. Additionally, Germany is one of the countries that provide significant support to Uzbekistan. With financial and technical assistance of the German government, Uzbekistan has implemented a number of important projects which amount at 320 million euro in total. Within the framework of the UN, OSCE and the European Union, Uzbekistan and Germany carried out constructive cooperation on the global and regional agenda in a multilateral format. Tashkent and Berlin hold similar or coinciding positions on many issues, including the fight against terrorism, organized crime, drug trafficking which benefits the fruitful interaction of the two countries on the international area.

iep-berlin.de/blog/seneca_blog_may1/

SEnECA Blog Post: In search of a common ground: European and Chinese engagement in Central Asia

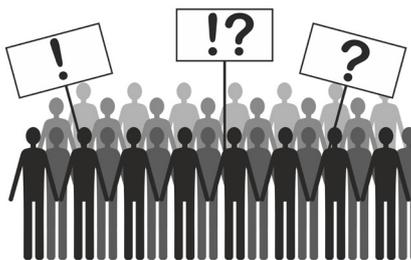


China's Belt and Road Initiative (BRI) is often seen as a rival to the European Union's (EU) take on connectivity. This has to do with the fact that China's approach to infrastructure lending and engagement in other countries does not have the EU political value component. Poorly governed and non-transparent projects are eligible as long as they subscribe to the narrative of BRI. The motives of China's infrastructure lending are criticised as driven by the will to increase political and security influence, especially in its neighbouring Central Asia, and for such drivers good governance is not a requirement.

However, next to the strategic logic and security logic there is a component of the BRI that is under risk if the loan recipient is poorly governed – namely, the investment logic. As long as this logic does not directly clash with China's "national interests", China will not be prone to disrupt the involvement of actors that actually contribute to a better investment environment. This provides an opportunity for the EU to actively engage and shape China's activities in Central Asia.

iep-berlin.de/blog/seneca_blog_may2/

SEnECA Blog Post: The battle for the hearts and minds in Central Asia



The Shanghai Cooperation Organisation (SCO), a political and security alliance bringing together numerous Central Asian countries, as well as Russia and China, held its most recent summit in Bishkek on 14 June 2019. While this is an opportunity for Kyrgyzstan to play host, the meeting has also brought discussions of Russia and China's influence in Central Asia back to the fore.

Russia and China have often competing, but occasionally overlapping political, economic and security interests in countries across the world. These interests can converge in places, such as the Arctic, or diverge, as in their growing competition on the arms market, and as they compete for global recognition as powerful political players. Central Asia is often overlooked as a theatre in which Russian and Chinese interests come together, and where the five republics are caught between the influences of these two large powers. The way in which the republics are able to balance these alliances will have a profound impact on the region in the coming years. But there are already early signs of discord.

iep-berlin.de/blog/seneca_blog_jun/

SEnECA Blog Post: Three main problems in countering extremism and terrorism in Central Asia



Terrorism-related issues are highly politicized and securitized in Kazakhstan and in Central Asia in general. Whereas it is necessary for the governments to maintain stability and national security, counter-terrorism efforts sometimes undermine the state's credibility. There are three main problems with counter-terrorism efforts in Central Asia. The first, and most significant, problem is the legal framework that regulates this sphere. Laws on terrorism are almost the same in all five countries and they all are filled with vague terminology. As a result, the governments use this vagueness to strengthen their monopoly on the use of force. Because the wording of the laws on countering extremism is vague, it allows the government to use the law on a case-by-case basis to punish opposition activists. In addition, the governments have created a narrative of fear by using these legal traps to strengthen the state's monopoly on the use of force. As a result, the security services prosecute 'potential' ISIS sleeper cells or supporters, in particular in Kazakhstan and Kyrgyzstan.

iep-berlin.de/blog/seneca_blog_jul2/

SEnECA Blog Post: EU-Central Asia relations: New Opportunities for a Stronger Partnership?



In June 2019, the European Council adopted the new EU strategy for Central Asia "The EU and Central Asia: New Opportunities for a Stronger Partnership". The High Representative for Foreign Affairs and Security Policy and Vice-President of the European Commission, Federica Mogherini, has presented the new strategy to the Central Asian partners at the occasion of the 15th EU-Central Asia Foreign Ministers' meeting in Bishkek, Kyrgyzstan, on 7th July 2019. In light of these new developments, Susann Heinecke (SEnECA's consortium member and senior researcher at the Centre international de formation européenne) has conducted an interview with the EU Special Representative for Central Asia, Ambassador Peter Burian, to receive his assessment of the new EU Central Asia strategy and its implementation.

iep-berlin.de/blog/seneca_blog_jul1/



SEnECA Blog Post: Three main problems in countering extremism and terrorism in Central Asia

Spain's main foreign policy priorities —namely North Africa, the EU and Latin America— are far away from Central Asia. Nevertheless, the country does have a significant interest and presence in one of the five Central Asian countries: Kazakhstan.

Since the break-up of the Soviet Union and the independence of Kazakhstan in December 1991, the relations between Astana —now Nursultan— and Madrid have been outstanding. The two countries established diplomatic relations in early 1992 and have opened embassies in Madrid and Astana respectively. Kazakhstan hosts Spain's only diplomatic mission in Central Asia. Tajikistan and Kyrgyzstan matters are managed by it as well, while Uzbekistan and Turkmenistan related issues are directed by the embassy of Spain in Moscow.

iep-berlin.de/blog/seneca_blog_aug19/

SEnECA Blog Post: Preserving while observing: ways for sustainable tourism in Central Asia



In the last decade, Central Asia has become an increasingly popular destination for hikers and adventure-seeking travellers. Since the breakdown of the Soviet Union and especially since the publication of the first Lonely Planet for Central Asia in 1996, the region has been attracting more and more Europeans who seek to experience the picturesque alpine forests, want to try horse-riding or are eager to discover ancient Silk Road cities. With the increase of tourism, however, a number of problems has arisen, which have been a strain on the already vulnerable ecosystems in the region. While economically benefitting some locals who are in one way or another involved in tourism, the growing amount of foreign visitors in the five Central Asian republics has also meant environmental degradation through carbon intensive development, resource inefficiency and pollution of lakes, which are of great importance as fresh water reserves for the region.

iep-berlin.de/blog/seneca_blog_sep19/

SEnECA Blog Post: Trans-boundary water cooperation in Central Asia



International trans-boundary water resources are the most important type of natural resources. A rational and equitable use of water can provide prosperity and security to individual states and entire regions. Therefore, the effective use of trans-boundary waters is of particular relevance today. This is due to the fact that these resources have the capacity not only to promote regional cooperation and intensify the integration processes, but also may act as a source of potential conflicts.

At the end of 20th century, after the collapse of the Soviet Union, the efficient use of transboundary water resources arose on the agenda of Central Asian states and shortly became one of the most pressing issues to be addressed in order to ensure a peaceful and progressive development of Central Asian nations.

iep-berlin.de/blog/seneca_blog_okt19/

SEnECA Blog Post: EU's growing role in Kyrgyzstan: the impact of EU's Central Asia Strategy



The cooperation with the European Union is a top priority for Kyrgyzstan. This has been highlighted in both policy documents and public statements of the country's leadership during their foreign visits for already three decades. These statements reflect the reality as the EU's activities in Kyrgyzstan have covered virtually all possible spheres – the EU runs many projects in healthcare, education, hydropower, penitentiary reform, youth engagement, unemployment, counter-terrorism measures, and fight against drug trafficking.

The development of the rule of law, democratic institutions and freedom of word receive special attention in the bilateral EU-Kyrgyzstan cooperation. However, the challenge is that the signed agreements have not always worked. There are many reasons for this such as different approaches and opinions, uncoordinated actions, Kyrgyzstan's economic difficulties, corruption, red tape, and the lack of operation and oversight mechanisms in place.

iep-berlin.de/blog/seneca_post_november/

SEnECA Blog Post: Heavenly spheres above Samarkand and Gdańsk



Probably no other scientific discipline shows the importance of Central Asia for the development of European civilization better than astronomy.

In its relations with Central Asia, the EU often evokes the idea of the Silk Road placing Central Asia merely as a “stopover” on the route between China and Europe. However, the EU should take more literally into consideration the name of Central Asia and acknowledge that the region used to be the centre of the world in the past. Its heritage is one of the main sources of European Renaissance and Enlightenment, particularly concerning science and philosophy.

<http://iep-berlin.de/blog/seneca-blog-post-heavenly-spheres-above-samarkand-and-gdansk/>

Thinking outside the box: SEnECA Midterm Conference and Scenario Workshop on 29-31 January 2019 in Almaty



The second international conference of the Horizon 2020 project SEnECA took place in Almaty, Kazakhstan, from 29 to 31 January 2019. The conference comprised high-panel podium discussions, an academic policy advice training and a scenario building workshop on EU-Central Asia relations. A total of 85 academics, government officials, practitioners and students (including SEnECA partners) from Europe and Central Asia participated in the conference elaborating on the current state of affairs of EU-Central Asia relations. During the academic advice training, junior and senior researchers acquired useful skills on how to improve the “transfer” of research results to the wider public and how to best approach decision-makers. Another highlight of the conference was the scenario building workshop which served as a thought experiment. Interestingly, the three scenario groups came to very different conclusions when imagining a strong involvement of external powers in the region, which showed the wide range of perceptions of Russia, China, the US and the EU among Central Asians. Overall, the conference was a great opportunity for researchers and stakeholders to meet, to generate more understanding for each other’s views and to develop common project ideas.

iep-berlin.de/blog/thinking-outside-the-box-seneca-midterm-conference-and-scenario-workshop-on-29-31-january-2019-in-almaty/



Impressions of SEnECA Photo Exhibition on Central Asia

From 4 to 5 April, the Trans European Policy Studies Association organised the SEnECA Photo Exhibition “Daily lives in Central Asia” at the Centre for Fine Arts “BOZAR” in Brussels. The photos for the exhibition were collected through a photo contest in November 2018, which called for photos depicting daily life in Central Asia. The 65 selected photos depicted the remote and beautiful landscapes and cultural richness of Central Asian countries, providing a very diverse picture of day-to-day life in the region. As the photos were from a total of 17 photographers, they showed different life realities in the region: from vivid life in big cities to the calmer Nomad way of life in the mountains of Tajikistan and Kyrgyzstan. This contrast demonstrated not only the differences and similarities between Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Turkmenistan and Uzbekistan, but also stimulated a reflection on the connections between Central Asia and Europe. The photo exhibition opened on 4 April with a conference that included a key note speech, two panel discussions and the award ceremony for the winners of the photo contest. Participants included EU officials, diplomats, journalists, researchers, civil society and interested citizens.

<http://iep-berlin.de/blog/impressions-of-seneca-photo-exhibition-on-central-asia/>

SEnECA panel at the TEPSA 2019 Finnish Pre-Presidency Conference

On 7 June 2019, SEnECA organised a panel on the topic “EU and Russia in Central Asia, Eastern Neighbourhood and Western Balkans” in the framework of the TEPSA Pre-Presidency Conference in Helsinki. The discussants talked about the involvement of the EU and Russia in Central Asia, Eastern Neighbourhood and Western Balkans. One member of the panel, Pernille Rieker, Research Professor at the Norwegian Institute of International Affairs, commented that the Central Asia strategy is not focused on certain priorities, but instead covers many different policy areas. Julian Plottka, Senior Researcher at IEP Germany who participated as a speaker on behalf of the SEnECA consortium, stated that while it is difficult for the EU to compete with Russia in Central Asia due to Russia’s cultural influence through mass media, among other means, the Central Asian states are still interested in a closer cooperation with the EU. The main aim of TEPSA’s Pre-Presidency Conferences is to bring together academics and researchers from the broad TEPSA network, policy-makers, media and civil society in order to discuss the agenda and challenges of the upcoming Council Presidencies.

iep-berlin.de/blog/seneca-panel-at-the-tepsa-2019-finnish-pre-presidency-conference/



Recommendations Workshop in Brussels



The Trans European Policy Studies Association (TEPSA) organised the SEnECA Recommendations Workshop in Brussels on 11 and 12 July 2019. The goal of the fifth SEnECA event was to bring SEnECA consortium members and Brussels stakeholders together in order to discuss the implementation of the new EU Strategy on Central Asia, which has been ratified by the European Council in June 2019. The main part of the workshop consisted of a views exchange with all attendees of the workshop on the presented recommendations. Different aspects of the new strategy and ideas on its implementation were discussed in three parallel working groups, focusing on 1) political and security relations, 2) economic relations and trade and 3) cultural and other relations respectively. The highlight of the workshop was an elaborate keynote speech of EU Special Representative towards Central Asia, Peter Burian, who has made a great effort visiting European and Central Asian cities during the past two years and consulting with a multitude of public officials, representatives of the private sector and civil society. The focus of the new strategy is on “partnership for resilience” and “partnership for prosperity” which shall be achieved via the first „EU-Central Asia Forum“. The SEnECA researchers pointed out that the EU should put more effort into improving its image in Central Asia through a thorough communication strategy, which shall make understandable to Central Asians what the EU stands for and what it actually does in the region.

<http://iep-berlin.de/blog/recommendations-workshop-in-brussels/>



Final Conference of SEnECA in Brussels

The SEnECA Final Conference „What Future for EU-Central Asia Relations?“ was organised by the Trans European Policy Studies Association (TEPSA) and the Centre international de formation européenne (CIFE) in Brussels on 14 and 15 November 2019. 215 representatives* from research, civil society and politics as well as journalists working in the field of EU-Central Asia relations attended the final conference of the Horizon 2020 project „SEnECA - Strengthening and Energizing EU-Central Asia relations“. The conference focused on EU-Central Asia cooperation in the fields of education and research, communication, culture as a catalyst for social change and future scenarios of relations for 2030. The SEnECA project has developed recommendations for the possible implementation of a new EU strategy on Central Asia. Ambassador Peter Burian, EU Special Representative for Central Asia, emphasized that Central Asia should not be regarded as a transit region only, but as a place where „trains stop“, referring to how connectivity should play a key role in bringing prosperity to Central Asian societies. An intriguing discussion took place during the panel on culture as a catalyst for social change. The question was raised how cultural projects can serve as an engine for economic development and a tool to promote human rights and justice.

<http://iep-berlin.de/blog/final-conference-of-seneca-in-brussels/>

Projekt: EU IDEA - Integration and Differentiation for Effectiveness and Accountability

Differentiation has become the new normal in the European Union (EU) and one of the most crucial matters in defining its future. A certain degree of differentiation has always been part of the European integration project since its early days. The Eurozone and the Schengen area have further consolidated this trend into long-term projects of differentiated integration among EU Member States.

A number of unprecedented internal and external challenges to the EU, however, including the financial and economic crisis, the migration phenomenon, renewed geopolitical tensions and Brexit, have reinforced today the belief that more flexibility is needed within the complex EU machinery. A Permanent Structured Cooperation, for example, has been launched in the field of defence, enabling groups of willing and able Member States to join forces through new, flexible arrangements. Differentiation could offer a way forward also in many other key policy fields within the Union, where uniformity is undesirable or unattainable, as well as in the design of EU external action within an increasingly unstable global environment, offering manifold models of cooperation between the EU and candidate countries, potential accession countries and associated third countries.

EU IDEA's key goal is to address whether, how much and what form of differentiation is not only compatible with, but is also conducive to a more effective, cohesive and democratic EU. The basic claim of the project is that differentiation is not only necessary to address current challenges more effectively, by making the Union more resilient and responsive to citizens. Differentiation is also desirable as long as such flexibility is compatible with the core principles of the EU's constitutionalism and identity, sustainable in terms of governance, and acceptable to EU citizens, Member States and affected third partners.

The project puts together 15 EU and extra-EU partners in a joint research and dissemination effort coordinated by the International Affairs Institute, starting from January 2019 and lasting for three years. It examines the historical and philosophical foundations of differentiation, within and outside the EU; it addresses differentiation in relation to governance and accountability, constitutionalisation and European identity issues; it analyses the EU's practice of differentiation in key policy areas such as the Economic and Monetary Union and the single market, the foreign, security and defense policy, and the area of freedom, security and justice, including migration policy, keeping a special focus on the implications of Brexit; and it investigates the different national visions as regards differentiation, both at the level of political elites and citizens.

The results of the research will be used to define the criteria – institutional, political and social – to analyse future scenarios of differentiated integration (or disintegration) and to draw up recommendations to European and national institutions.

Projektlaufzeit:

Januar 2019-Dezember 2021

Projektteam:

- Dr. Funda Tekin
- Dr. Vittoria Meißner
- Nils Fabian Müller



Projektpartner:



— L'Europa come non l'avete mai letta —



INSTITUTE OF INTERNATIONAL
RELATIONS PRAGUE



Centre for European Reform (CER)

Projekt: Transformation der europäischen Parteienlandschaft: Ursachen und Wirkung (TeP)

Während neue pro-europäische Akteur*innen wie die französische La République en Marche (LREM) oder die polnische Wiosna und vornehmlich rechtspopulistische Parteien wie die italienische Lega oder die spanische VOX in vielen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) massiv zulegen, verlieren die (ehemaligen) Volksparteien wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die spanische Partido Popular an Zustimmung. Der Aufstieg der Rechtsparteien ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite finden sich – die in der Öffentlichkeit weniger breit diskutierten – Zugewinne dezidiert kosmopolitisch ausgerichteter Parteien.

Das Institut für Europäische Politik (IEP) hat in einer Kooperation mit dem Planungsstab des Auswärtigen Amtes zur Erforschung der Verschiebungen im europäischen Parteiensystem das Projekt „Transformation der europäischen Parteienlandschaft: Ursachen und Wirkung“ (TeP) ins Leben gerufen. Im Fokus des Interesses stehen die jüngsten Transformationsprozesse in der europäischen Parteienlandschaft, die sich vor allem in einer stärkeren Polarisierung entlang des Weltoffenheits-Cleavages ausdrücken: Angesichts der wachsenden Bedeutung von Identitätsfragen in der gesellschaftlichen Debatte, konnten sowohl kosmopolitisch-proeuropäische als auch nativistisch-europaskeptische Parteien an Zustimmung gewinnen, während die europapolitisch ambivalenteren („gemäßigt proeuropäischen“) traditionellen Volksparteien verlieren. Diese Entwicklung wurde zum einen durch Krisenphänomene begünstigt, in denen sich neu gegründete Parteien als einzige plausible Alternative zu unbeliebten Krisenmaßnahmen präsentieren konnten. Zum anderen profitierten die neuen Parteien auch von einer veränderten Form der Öffentlichkeit, in der – insbesondere durch die sozialen Medien – die Bedeutung klassischer Mitgliedsstrukturen nachlässt und charismatische Führungspersönlichkeiten sowie eine zielgruppenorientierte Kommunikation an Relevanz gewinnen.

Detaillierte Ziele des Projekts:

- Analyse der möglichen Auswirkungen eines Wandels des Parteiensystems auf zukünftige Handlungsmöglichkeiten der Europäischen Union und ihre Mitgliedsstaaten;
- Erwartungen für die Entwicklung nach der Europawahl 2019

Maßnahmen, um die Ziele umzusetzen:

- Zunächst wurde mit Hilfe von Expert*innen die jeweilige politische Lage sowie mögliche politische Transformationspotenziale in allen 28 EU-Mitgliedstaaten analysiert. Die Ergebnisse wurden im Vorfeld der Europawahl am 10. Mai 2019 von nationalen und internationalen Expert*innen auf einem zu diesem Zweck organisierten Workshop im Auswärtigen Amt diskutiert und weiterentwickelt. Die Ergebnisse wurden in einem Beitrag in Heft 3/2019 der Vierteljahrszeitschrift *integration* unter dem Titel „Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019: drei Ursachen für die Transformation im europäischen Parteiensystem“ von Johannes Kohls und Manuel Müller veröffentlicht.
- In der zweiten Phase verfasste Manuel Müller eine Nachwahlanalyse, die u.a. die Zusammensetzung des neuen Europäischen Parlaments (2019–2024) analysierte.
- Die dritte Phase des Projekts umfasste die finale Studie zur Ausrichtung des Europäischen Parlaments nach der abgeschlossenen Bildung der Fraktionen. Zusätzlich lag unter erneuter Befragung nationaler Expert*innen ein besonderes Augenmerk auf den Auswirkungen der Transformation auf nationale Europapolitiken sowie der gesamteuropäischen Diskussion zur Zukunft der Europäischen Union.

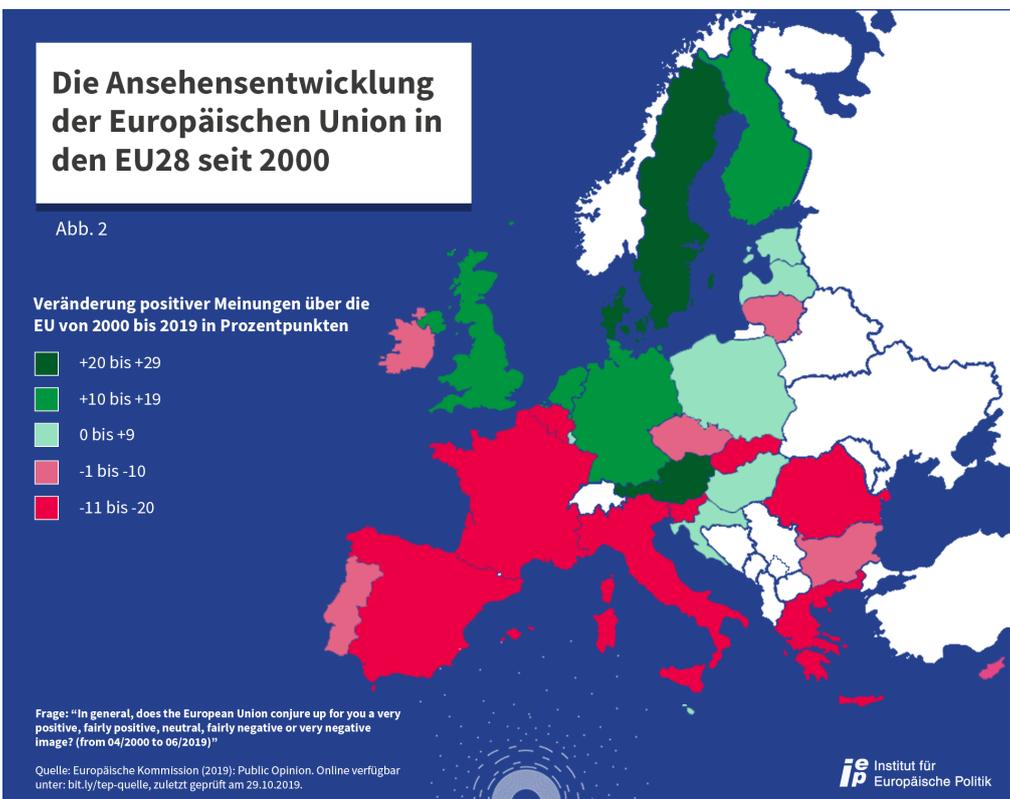
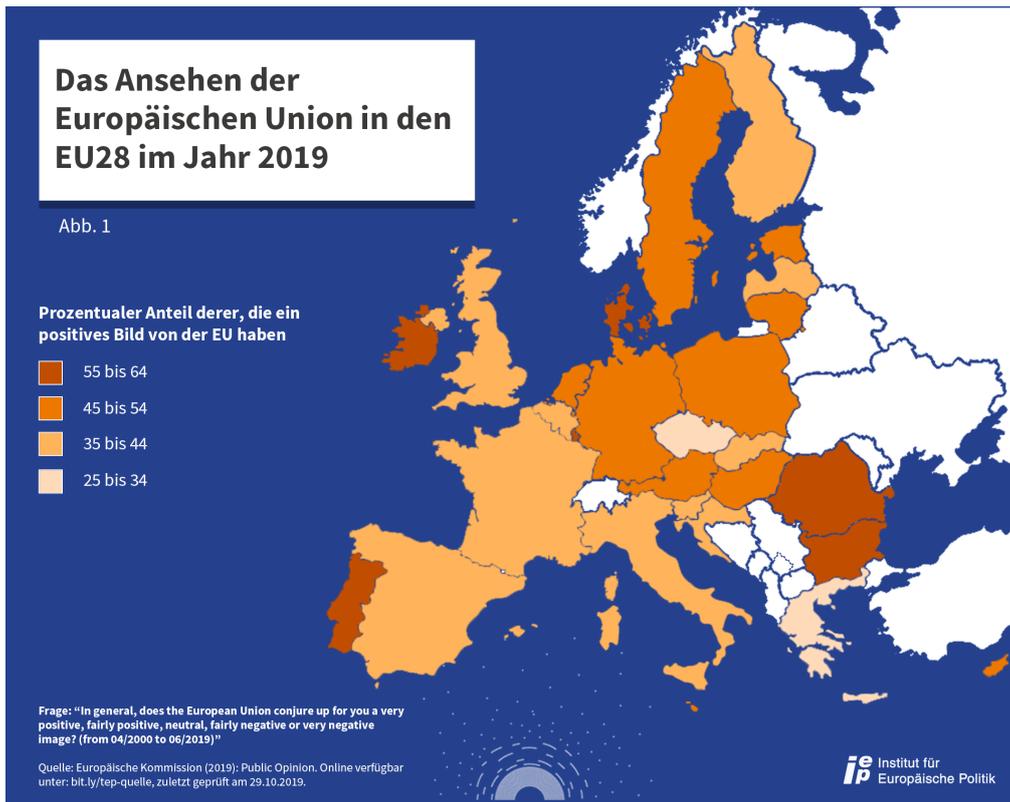
Projektlaufzeit:

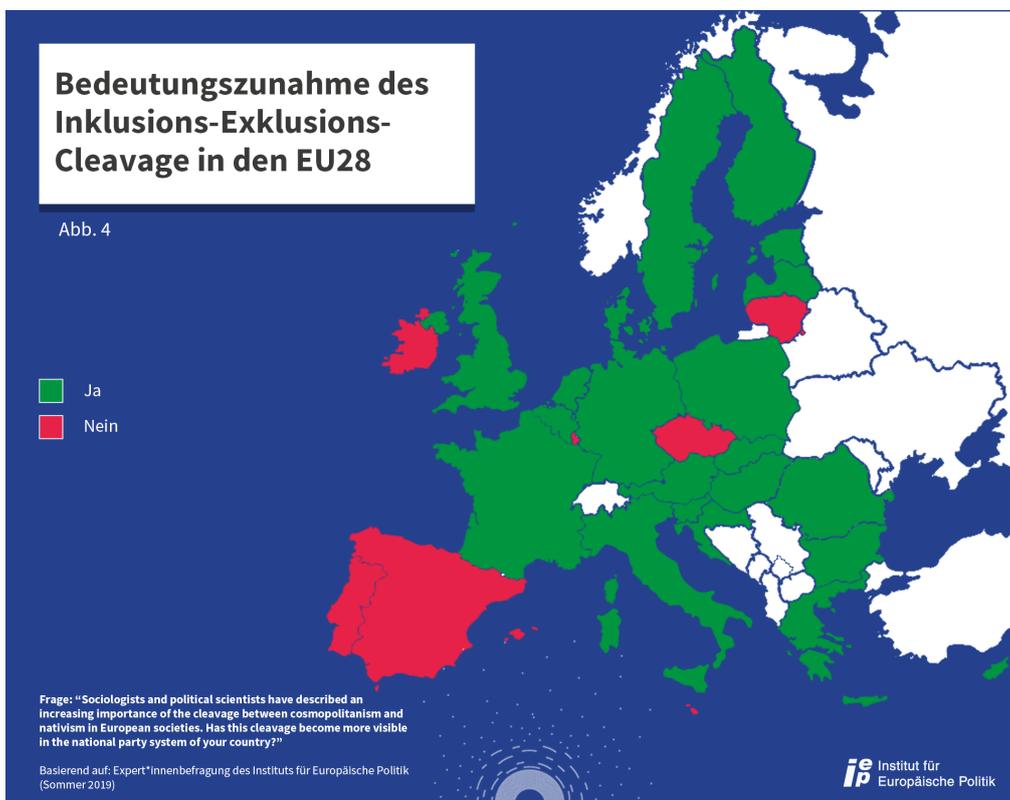
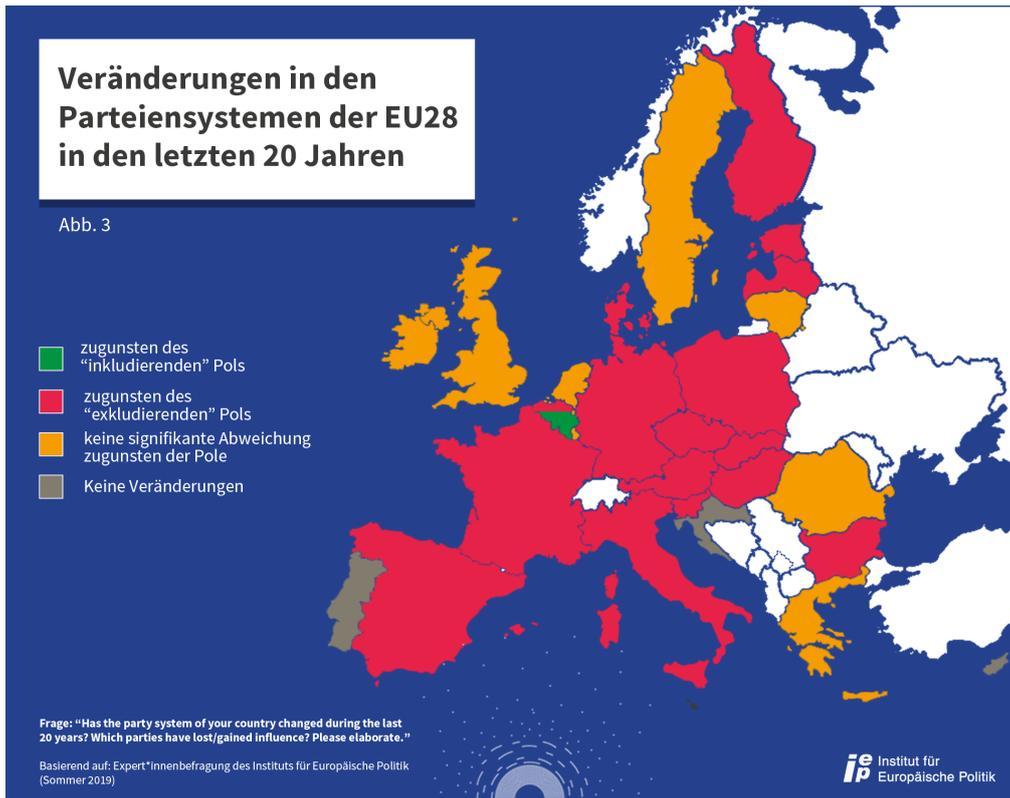
Januar 2019 bis Dezember 2019

Projektteam:

- Dr. Funda Tekin
- Johannes Kohls
- Manuel Müller
- Farina Kiefer

Infografiken zu den zentralen Projektergebnissen





Ursachen für die Transformation von Parteiensystemen der EU28

Abb. 5

- Krise der Volksparteien
- Korruption/Skandale
- Weder Krise der Volksparteien noch Korruption/Skandale

Frage: "Which long-term developments and reasons are responsible for the stability of the system or for processes of transformation?"
 Basierend auf: Expert*Innenbefragung des Instituts für Europäische Politik (Sommer 2019)

 Institut für
Europäische Politik

Einflussnahme von paneuropäischen Krisenphänomenen auf die Transformationsprozesse in den EU28

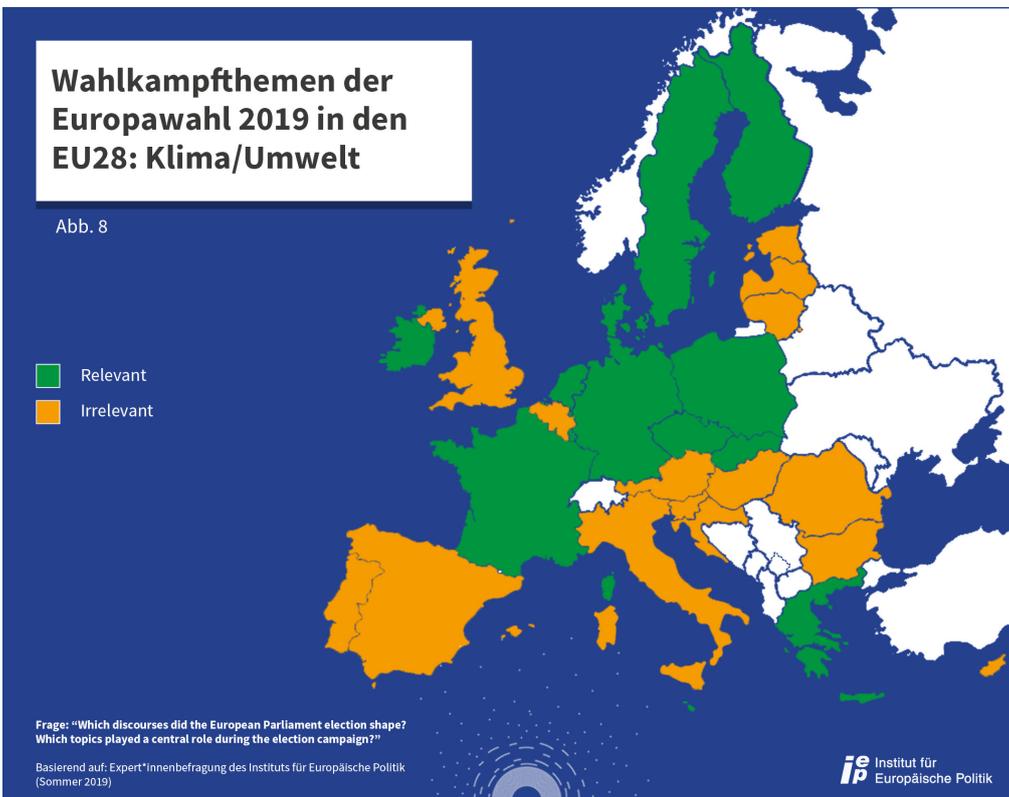
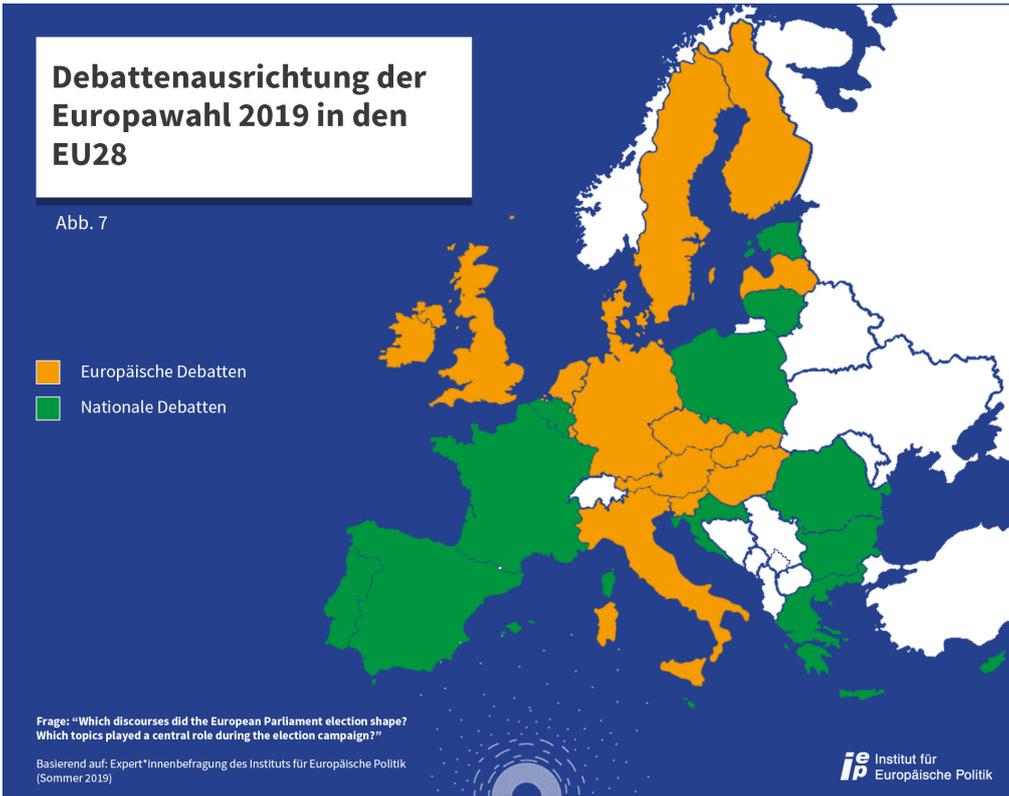
Abb. 6

- Brexit
- Finanzkrise
- Schengenkrise
- Kein Einfluss

Frage: "Which role do pan-European crisis phenomena (migration crisis, financial crisis, Brexit) play with regard to the processes of transformation in your country?"

Basierend auf: Expert*Innenbefragung des Instituts für Europäische Politik (Sommer 2019)

 Institut für
Europäische Politik



Ausgewählte Wahlkampfthemen der Europawahl 2019 in den EU28

Abb. 9

- Agrarpolitik/Lebensmittelsicherheit
- Struktur-/Kohäsionsfonds
- Rechtsstaatlichkeit/Korruption/Skandale
- Genannte Wahlkampfthemen irrelevant

Frage: "Which discourses did the European Parliament election shape? Which topics played a central role during the election campaign?"

Basierend auf: Expert*Innenbefragung des Instituts für Europäische Politik (Sommer 2019)

ip Institut für
Europäische Politik

Bereitschaft zu Souveränitätstransfers in den EU28

Abb. 10

- Ja
- Eingeschränkt
- Nein

Frage: "Are the results of the European Parliament election likely to influence the policy of your country regarding European integration? Are they likely to change the willingness to transfer sovereignty to the European institutions?"

Basierend auf: Expert*Innenbefragung des Instituts für Europäische Politik (Sommer 2019)

ip Institut für
Europäische Politik

Promotionskolleg: The EU, Central Asia and the Caucasus in the International System (EUCACIS)

The EU, Central Asia and the Caucasus in the International System (EUCACIS) ist ein PhD-Förderprogramm für Postgraduierte und Doktorierende in Zentralasien und im Südkaukasus, das vom IEP und dem Centre International de formation européenne (CIFE) organisiert wird. Gefördert von der VolkswagenStiftung und dem Programm Erasmus+ vergibt das Promotionskolleg Stipendien für drei Jahre an exzellente Doktorierende und Postgraduierte, die an einer Dissertation mit einem thematischen Schwerpunkt in Politikwissenschaft, Zeitgeschichte oder Wirtschaft an einer Universität oder Akademie der Wissenschaften im Südkaukasus oder Zentralasien (einschließlich Afghanistan, der Kaschmir-Region in Indien und der autonomen Region Xinjiang in China) arbeiten.

Ziel des EUCACIS-Programms ist es den TeilnehmerInnen eine intensive Doktorandenausbildung zu bieten, um sie näher an internationale Standards wissenschaftlichen Arbeitens heranzuführen, sie bis zur Einreichung ihrer Doktorarbeiten zu unterstützen und ihnen zu helfen, eigene Netzwerke mit anderen jungen ForscherInnen in der Region und in Europa aufzubauen. Dies wird durch vier internationale Konferenzen (in Almaty, Berlin, Tiflis und Bischkek); vier Schulen in Berlin, Tiflis und Eriwan; einen Forschungsaufenthalt pro Fellow in Berlin und kontinuierlichem Online-Coaching erreicht.

Zeitraum:

Juni 2016 bis August 2019

Projektteam:

- Prof. Dr. Mathias Jopp
- Janny Schulz

Webseite: <http://eucacis.eu/>

Förderer/Projektpartner:



With the support of the
Erasmus+ Programme

4th and Final International EUCACIS Conference

On 23–24 May 2019, the international conference “The EU, Central Asia and the South Caucasus: new approaches on regional and international cooperation” took place in Bishkek, Kyrgyzstan. It was the fourth and final conference within the framework of the PhD Support Programme EUCACIS for postgraduates and doctoral researchers from Central Asia and the South Caucasus, which is implemented by the Centre international de formation européenne (CIFE) and the Institut für Europäische Politik (IEP) and funded by the Volkswagen Foundation and Erasmus+. The event was organised with the PhD fellows’ support regarding the conceptualization of the programme as well as in close cooperation with the OSCE Academy in Bishkek.

The conference focused on possibilities of regional and international cooperation in different areas such as border management, migration, trade, energy, and security. Overall, it was agreed that regional cooperation should be enhanced since some challenges can only be tackled together; this especially includes climate as well as security issues. In the latter case, the role of Afghanistan was stressed which should not only be seen as a risk but as a partner.

iep-berlin.de/blog/4th-conference-eucacis/



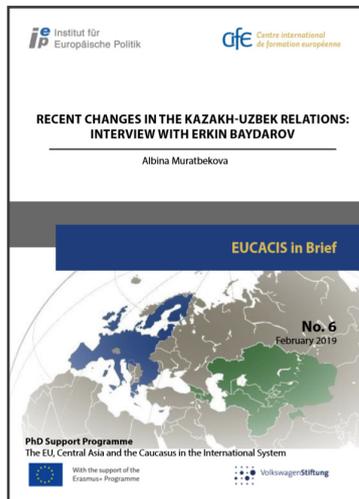
EUCACIS in Brief



EUCACIS in Brief No. 5: Bruce Pannier - Uzbekistan's New Regional Policy: Positives and Potential Pitfalls

Bruce Pannier outlines Uzbekistan's new foreign policy approach with regard to its regional neighbours since Shavkhat Mirziyoyev became leader in December 2016. For that purpose, he delivers a brief portrait of the Karimov era, depicting the challenges the new government is confronted with, and the steps taken so far. Pannier concludes that Mirziyoyev's government has rekindled possibilities that have long been on hold, but also reviews that a more unified Central Asia, looking to Uzbekistan for leadership, might raise concerns in Russia, China, and other countries.

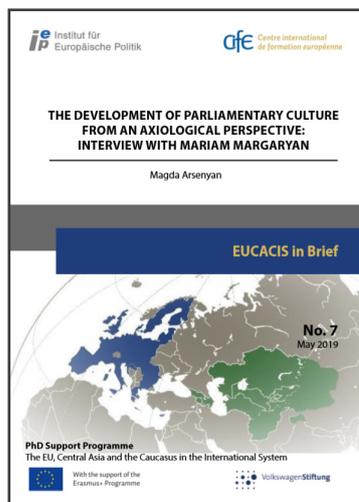
iep-berlin.de/blog/eucacis_brief5/



EUCACIS in Brief No. 6: Albina Muratbekova - Recent Changes in the Kazakh-Uzbek Relations: Interview with Erkin Baydarov

Since the beginning of Shavkat Mirziyoyev's presidency in Uzbekistan in December 2016, dynamics of Kazakh-Uzbek relations significantly increased. In an interview with EUCACIS fellow Albina Muratbekova, Dr Erkin Baydarov, senior researcher at the Institute of Oriental Studies in Almaty, Kazakhstan, evaluates the current political, economic and cultural ties between Kazakhstan and Uzbekistan. He describes the key activities and major progress done in bilateral cooperation, especially during the „Year of Uzbekistan“ in Kazakhstan in 2018.

iep-berlin.de/blog/eucacis_brief6/



EUCACIS in Brief No. 7: The Development of Parliamentary Culture From an Axiological Perspective

In an interview with EUCACIS fellow Magda Arsenyan, Dr. Mariam Margaryan, Head of the Chair of Political Governance and Public Policy at the Public Administration Academy of Armenia, offers a scientific assessment on the democratisation issues of political culture within the framework of parliamentary governance. Margaryan does so specifically concerning the political elites and problems of democratic transition in the Republic of Armenia. Furthermore, she provides steps that the governing elite can implement in order to overcome the issues in the development process of parliamentary political culture.

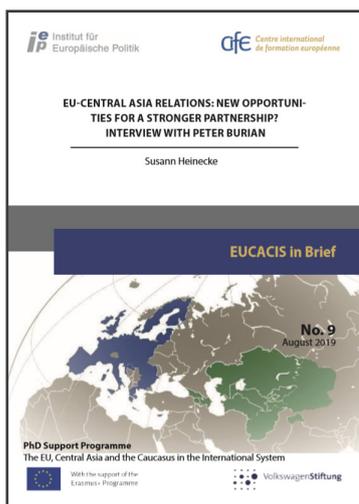
iep-berlin.de/blog/eucacis_brief7/



EUCACIS in Brief No. 8: Key Disputes Remain Unsettled Despite The Signing of The Convention on Legal Status

Negotiations to resolve the dispute over the legal status of the Caspian Sea have been long and uneasy. The dispute hindered opportunities for regional cooperation, particularly with regard to the establishment of trans-Caspian energy corridors from Central Asia to Europe. While the recently signed Convention on the Legal Status of the Caspian Sea was met with much optimism in the region and beyond as the long-expected solution to the problem, it also left caveats in the way to the final settlement of the major disputes around the sea, most importantly two issues: (1) the delimitation of borders across the seabed and resultant clarification of the ownership of the disputed fields, and (2) the construction of underwater trans-Caspian pipelines.

iep-berlin.de/blog/eucacis_brief8/



EUCACIS in Brief No. 9: Susann Heinecke — EU-Central Asia relations: New opportunities for a stronger partnership? Interview with Peter Burian

In June 2019, the European Council adopted the new EU strategy for Central Asia “The EU and Central Asia: New Opportunities for a Stronger Partnership”, updating its strategy with the region first set out in 2007. Since then, Central Asia as well as its regional and international surroundings have changed, and the region’s relations with the EU have developed further. In light of these developments, Dr Susann Heinecke, senior programme manager at CIFE, has conducted an interview with the EU Special Representative for Central Asia, Ambassador Peter Burian, to receive his assessment of the new EU Central Asia strategy and its implementation.

iep-berlin.de/blog/eucacis_brief9/



EUCACIS in Brief No. 10: Magda Arsenyan — New Challenges of Armenian Parliamentarism and Multiparty Democracy

The final achievement of the political struggle of the opposition leaders and civil society actors of the non-violent, velvet and popular revolution in April-May 2018 in Armenia were the early parliamentary elections held on December 9, 2018. According to the public opinion these elections should have been the momentum of democratic reforms. However, the newly elected political authority has made a reverse turn into the past starting a fight against the leaders of previous political elites. This policy endangers the future of democracy and the development of parliamentary culture, as most of the public resources is being consumed on populism, discrediting and political persecution of the previous political elites. Since the “Velvet Revolution”, the creation of “anti-heroes” has become the only successful way towards the maintenance of political legitimacy.

iep-berlin.de/blog/eucacis_brief10/

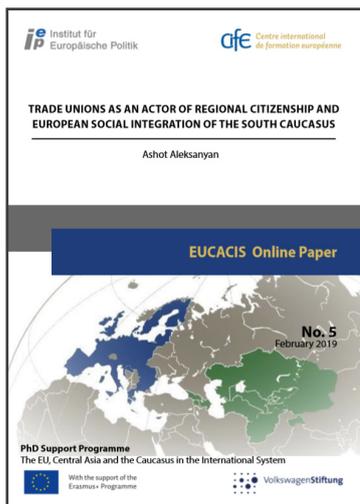
EUCACIS Online Paper



EUCACIS Online Paper No. 4: Gulzana Kurmanalieva - Kyrgyzstan and Tajikistan: Endless Border Conflicts

Gulzana Kurmanalieva analyses the situation of scarcity of pastures and water in the trans-boundary region of Kyrgyzstan and Tajikistan which leads to interethnic tensions and non-sustainable use of resources. The paper argues that the lack of institutional arrangements leads to unequal pasture and water access and use in the region, and gives recommendations on how to contribute to a solution of the conflicts.

iep-berlin.de/blog/eucacis_paper4/



EUCACIS Online Paper No. 5: Trade Unions as an actor of regional citizenship & European social integration of the South Caucasus

Ashot Aleksanyan examines the transformation of trade unions in the South Caucasus in the context of the transition of the region's countries to market economies and the upheavals of the entire system of economic and social relations this transition entails. Proceeding from the European model of social integration which assumes an active and productive role of trade unions in the social system, he explores the development of social responsibility and the role of trade unions in Georgia, Azerbaijan and Armenia. The paper concludes that the relatively high share of informal ("shadow") economy in the South Caucasus limits and hinders trade unions to participate effectively in the regulation of social and labour relations.

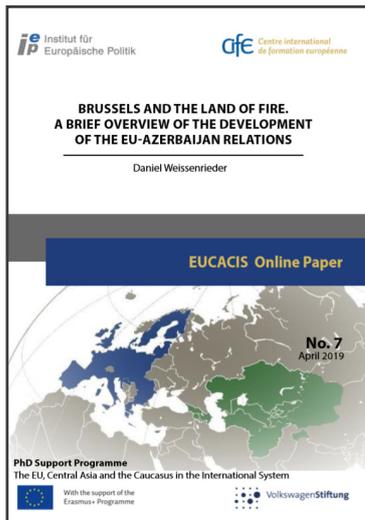
iep-berlin.de/blog/eucacis_paper5/



EUCACIS Online Paper No. 6: Jasur Salomov — Mirziyoyev's Uzbekistan: Towards Openness and Real Democracy

In his paper, Jasur Salomov analyses the transformation process of Uzbek politics by referring to political, social and economic development within the two-year activities of the government during September 2016 until June 2018. He addresses President Shavkat Mirziyoyev's attempts in modernizing the political and economic system, and in reshaping governmental considerations and actions towards international and regional cooperation, as well as towards human rights issues.

iep-berlin.de/blog/eucacis_paper6/



EUCACIS Online Paper No. 7: Brussels and the Land of Fire: A brief overview of the development of the EU-Azerbaijan Relations

Daniel Weissenrieder elaborates in his paper the history of the 25-year relationship of the EU with Azerbaijan which is characterized by common interests, but also by contentious issues such as corruption, the human rights situation, authoritarian trends and the Nagorno Karabakh conflict. Weissenrieder also discusses the role of other actors in the region that need to be considered, like Russia, China, Turkey and Iran. The paper concludes that it needs to be seen to what extent and on which fields the currently negotiated new Partnership and Cooperation Agreement (PCA) will impact the relations and the situation in the EU's most remote Eastern Partnership country.

iep-berlin.de/blog/eucacis_paper7/



EUCACIS Online Paper No. 8: The changing image of Russia in the European project of post-Soviet Georgia in 2004–2012

Tamar Gamkrelidze elaborates on the role of Russia in Georgia's European project. The puzzle is why the European project, which initially aimed for peaceful coexistence with Russia, led to a situation where Georgia's northern neighbour became a chief antagonist. The findings reveal that President Saakashvili and his government tried to redefine an image of Russia in the period of 2004 to 2012 in order to implement the European project, after the initial plan of allocating Russia as a strategic partner in the process of Georgia's Europeanization has failed. The paper bases on the analysis of 464 speeches of the former Georgian President.

iep-berlin.de/blog/eucacis_paper8/



EUCACIS Online Paper No. 9: Friends and Foes in the South Caucasus

The paper addresses the question of why the South Caucasus states have employed divergent and often conflicting alignment and alliance strategies since their independence, although having had similar "departure points". It argues that perceived security threats and the need for protection against them constitute the major incentive for alliance/alignment choices and employs the materially/ideationally hybrid Regional Security Complex (RSCT) theory to uncover the sources of divergent threat perceptions. According to the paper, in the South Caucasus a combination of the three major variables of RSCT—namely long-standing enmities and amities, inherent state weaknesses, and penetration of big powers—produce divergent alliance and alignment policies pursued by Armenia, Georgia, and Azerbaijan

iep-berlin.de/blog/eucacis_paper9/



EUCACIS Online Paper No. 10: The roots of political instability in Afghanistan and the implications of (mis)governance

The paper looks at two forms of governance in the recent history of Afghanistan: the elected Afghan government and the Taliban, analysing both in terms of their contribution to the current and continued misgovernance of the country. Two concepts are guiding this analysis: the notion of 'good governance' as it is defined by the Worldwide Governance Indicators (WGI), and the principles of Islamic governance (Khilafat), as defined by four of the most influential post-modernist Islamic thinkers; juxtaposing the Taliban's implementation of Islam with these principles. The paper concludes with some recommendations on how to improve the difficult situation in the country.

http://iep-berlin.de/eucacis_paper10

**Konferenzen | Workshops |
Foren | Studiengruppen**

*Conferences | Workshops |
Fora | Study Groups*

Jahrestagung des Wissenschaftlichen Direktoriums 2019



Team:

- Dr. Funda Tekin
- Manuel Müller
- Simone Klee

Förderer/Projektpartner:



Auswärtiges An

Am 19. und 20. September 2019 fand in Berlin die diesjährige Jahrestagung des Wissenschaftlichen Direktoriums des Instituts für Europäische Politik statt. Unter der Überschrift „Germany in Europe: Preferences, Strategy and Power“ rückte sie die deutsche Europapolitik ins Zentrum der Diskussion und fragte nach der politischen Führungsrolle Deutschlands in Zeiten von steigendem Europaskeptizismus und Renationalisierungsprozessen in den Mitgliedstaaten. Um Deutschlands Europapolitik auch mit WissenschaftlerInnen aus anderen europäischen Ländern zu diskutieren, fand die Konferenz in diesem Jahr in englischer Sprache statt.

Als Neuerung konnten sich die Teilnehmenden der diesjährigen Tagung über das „Young Academic Lab“ freuen, bei dem NachwuchswissenschaftlerInnen eigene Forschungsarbeiten vorstellten. Aus verschiedenen Perspektiven suchten die jungen ForscherInnen nach Erklärungsansätzen für die Haltung Deutschlands zur EU und analysierten die Wahrnehmung Deutschlands in anderen Mitgliedstaaten.

Im Anschluss daran boten drei Panels mit ExpertInnen aus Wissenschaft und Politik Gelegenheit zu Austausch und Diskussion. Im Mittelpunkt standen dabei die deutsche Position zur Europäischen Währungsunion und zur institutionellen Fortentwicklung der EU sowie die Herausforderungen, die sich nach der Europawahl im Umgang mit rechtspopulistischen und europaskeptischen Parteien stellen.

Großer Beliebtheit erfreute sich auch nach vielen Stunden der intensiven Diskussion der „Book Slam“ – ein neues Format, bei dem Teilnehmende kurz und knapp eigene aktuelle Publikationen vorstellten und dem Publikum Rede und Antwort standen. Anlass dafür war die Präsentation des Sammelbands „Wegbegleiter der europäischen Integration“, mit dem das 60-jährige Gründungsjubiläum des Instituts für Europäische Politik gefeiert wurde.

Eröffnet wurde die Jahrestagung erstmals von Prof. Dr. Frank Schimmelfennig, der im vergangenen Jahr zum neuen Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Direktoriums gewählt worden war. Die Mitglieder würdigten den langjährigen Vorsitzenden Prof. Dr. Michael Kreile und ernannten ihn mit einstimmiger Unterstützung zum Ehrenvorsitzenden des Gremiums.

iep-berlin.de/WiDi2019

Deutsch-Nordisch-Baltischen Forums in Tallinn am 21./ 22. November 2019: „EU 4.0: New Momentum for Europe?“



Am 21. und 22. November 2019 fand im Außenministerium in Tallinn, Estland, das 11. Deutsch-Nordisch-Baltische Forum statt, das vom Institut für Europäische Politik (IEP) und dem Estonian Foreign Policy Institute (EFPI) organisiert wurde. Unter der Überschrift “2019 – A Year Full of Fate Elections and a Lasting Impact for the Future” diskutierten über 30 Experten aus Politik und Wissenschaft der Teilnehmerländer aktuelle Themen der europäischen Agenda.

Eröffnet wurde das Forum mit einer Grundsatzrede des estnischen Außenministers Urmas Reinsalu. Es folgte eine öffentliche Podiumsdiskussion unter Mitgliedern der Planungsstäbe des estnischen, deutschen und finnischen Außenministeriums sowie des Europäischen Auswärtigen Dienstes.

Im nicht-öffentlichen Teil des Forums erörterte das erste Panel die Transformation des europäischen Parteiensystems mit Hinblick auf die erheblichen Erfolge, die populistische Parteien bei den jüngsten Wahlen erzielten, und die Möglichkeiten, einen tiefgreifenden Dialog mit der Öffentlichkeit aufzubauen.

Der zweite Tag begann mit einem Panel zu hybriden Bedrohungen und Abschreckung im Cyberspace, in dem die verschiedenen Erfahrungen der europäischen Mitgliedstaaten und die daraus resultierende unterschiedliche öffentliche Wahrnehmung von hybriden Bedrohungen diskutiert wurden.

Das dritte Panel befasste sich mit den Beziehungen

zwischen der EU und China im Zusammenhang mit der „One Belt One Road“-Initiative. Neben den wirtschaftlichen Auswirkungen chinesischer Investitionen und Einflussnahme bildete auch die geopolitische Reichweite der Initiative einen Diskussionsschwerpunkt.

Das vierte und letzte Panel erörterte das breite Thema der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wobei insbesondere die verschiedenen strategischen Kulturen und die daraus resultierende Bedrohungswahrnehmung, aber auch die Chancen in der Entwicklung von gemeinsamen europäischen Verteidigungsfähigkeiten hervorgehoben wurden.

Die Direktorinnen von IEP und EFPI, Dr. Funda Tekin und Dr. Kristi Raik, schlossen das 11. Deutsch-Nordisch-Baltische Forum.

Team:

- Dr. Funda Tekin
- Johannes Kohls

Förderer/Projektpartner:



Deutsch-Ungarisches Expertentreffen in Berlin am 12. Dezember 2019: „German-Hungarian Relations and the Future of the European Union“



Am 12. Dezember 2019 fand am Institut für Europäische Politik (IEP) das „German-Hungarian Expert Meeting 2019“ (Deutsch-Ungarisches Expertentreffen 2019) statt. Unter der Überschrift „German-Hungarian Relations and the Future of the European Union“ diskutierten über 20 Expert:innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft der Teilnehmerländer aktuelle Themen der deutsch-ungarischen Beziehungen im Kontext der EU. Das Treffen fand unter Chatham House Rules statt.

Eröffnet wurde das Treffen von IEP Direktorin Dr. Katrin Böttger und Martin Kremer, Leiter des Referats für Mitteleuropa des Auswärtigen Amtes. Der erste Teil des Treffens beschäftigte sich mit den Prioritäten und Erwartungen Ungarns und Deutschlands in der EU in 2020. Das vorherrschende Thema war hierbei die Krise der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und das Artikel 7 Verfahren gegen Ungarn. Der zweite Teil beschäftigte sich mit den jeweiligen Perspektiven der Länder auf EU-Außen- und Sicherheitspolitik. Es wurde insbesondere diskutiert, wie stark Ungarns außenpolitische Ziele von Viktor Orbans Ansichten beeinflusst werden, dass sich globale Macht nach Osten verschiebt und daher die Länder profitieren werden, die sich frühzeitig danach ausrichten. Ungarns setzt sich daher für enge Beziehungen mit der Volksrepublik China ein.

Die Diskussionen während des „German-Hungarian Expert Meeting 2019“ haben unterstrichen, dass die Bundesrepublik und Ungarn zurzeit grundlegende unterschiedliche Visionen und Strategien für die Zukunft der EU vertreten.

Team:

- Dr. Katrin Böttger
- Henrik von Homeyer

Förderer/Projektpartner:



Auswärtiges Amt

Capacity Development

Capacity Development

Training: Capacity Development

Die Capacity Development Projekte des IEP führen Veranstaltungen und Trainings in Nachbar- und Kandidatenländern der EU durch, um diese bei der Annäherung an die EU zu unterstützen. Das Ziel ist die nachhaltige Stärkung öffentlicher Verwaltungen und zivilgesellschaftlicher Akteure im Heranführungsprozess an die EU. Alle Programme verbinden interaktiven Kompetenzerwerb mit fachspezifischem Wissens- und Erfahrungsaustausch.

Das IEP führt insbesondere in Ländern der Östlichen Partnerschaft Qualifizierungsprogramme und Veranstaltungsreihen durch, die vor allem auf die Stärkung der Kapazitäten der Zielländer bezüglich der Implementierung der Assoziierungsabkommen und Tiefen und Umfassenden Freihandelszone sowie der Korruptionsprävention und -bekämpfung abzielen.

Zum Trainings-Portfolio des IEP gehören:

- Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess in Südost- und Osteuropa
- Rechtsangleichung
- Strukturfonds-Management
- Project Cycle Management
- Korruptionsbekämpfung und -prävention
- Good Governance

Webseite: <http://iep-berlin.de/fortbildung/capacity-development/>

Förderer/Projektpartner:



Trainingsreihe: CiSEP - Civic School for Sound EU Practice

Die Civic School for Sound EU Practice (CiSEP) ist ein Trainingsprogramm für aktive Changemaker aus der ukrainischen Zivilgesellschaft. CiSEP schafft ein Experten-Netzwerk zu Fragen des EU-Assoziierungsabkommens mit dem Ziel die Europäische Integration der Ukraine zu stärken.

CiSEP vermittelt Fähigkeiten und Wissen zum EU-Ukraine Assoziierungsabkommen und zur Tiefen und Umfassenden Freihandelszone (AA/DCFTA). Das Programm besteht aus drei Trainingsstufen:

Level A: AA/DCFTA Grundlagen

- Vermittlung von Grundlagen-Kenntnissen zum institutionellen Aufbau der EU sowie zum Assoziierungsabkommen mit der Ukraine; Anwendung von AA/DCFTA Monitoring- und Kommunikations-Instrumenten.
- Zeitraum: Juli 2017 – Oktober 2017
- Cluster: Tschernihiw, Dnipro, Lwiw.
- Teilnahme: 25 Fellows pro Cluster.

Level B: AA/DCFTA Vertiefung

- Vertiefungs-Programm zu ausgewählten AA/DCFTA-Kapiteln für spezialisierte Organisationen der Zivilgesellschaft, bspw. in den Bereichen Handel und nachhaltige Entwicklung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, geistiges Eigentum, Transparenz.
- Zeitraum: Oktober 2017 – Juni 2019.
- Clusters Tschernihiw, Dnipro, Lwiw, Odessa.
- Teilnahme: 20 Fellows pro Cluster.

Level C: Training-The-Trainers-Programm

- Ausbildung von Trainern und Multiplikatoren zu EU- und Assoziierungs-Themen.
- Zeitraum: Januar 2018 – Juni 2019
- Clusters: Tschernihiw+Lwiw, Odessa+Dnipro
- Teilnahme: 25 Fellows pro Gruppe.

Die Trainings werden vom IEP in Kooperation mit Experten aus den Verwaltungen und der Zivilgesellschaft von EU-Mitgliedsstaaten, EU-Kandidatenländern und aus der Ukraine durchgeführt. Das langfristig angelegte Projekt schafft ein nachhaltiges zivilgesellschaftliches Netzwerk zur Stärkung der EU-Assoziierung der Ukraine.

Zeitraum

Juni 2015 bis Juli 2019

Projektteam:

- Prof. Dr. Mathias Jopp
- Anne Bercio
- Constanze Aka
- Martin Stein
- Grzegorz Szymanowski
- Marina Lechleider

Webseite: <http://cisep.eu/>

Förderer/Projektpartner:



Erster CiSEP-Workshop



Im Rahmen des ersten Workshops, der vom 18. bis 20. März 2019 in Dnipro stattfand, beschäftigten sich die Teilnehmer*innen mit den Grundlagen der Europäischen Union und des Assoziierungsabkommens, um nicht nur die Kernelemente des politischen Systems der EU, sondern auch den Aufbau und Implementierungsstand des Assoziierungsabkommens kennenzulernen. Zur weiteren Annäherung an das Thema EU-Assoziierung wurde auch über Mythen gesprochen, die den Annäherungsprozess der Ukraine weiterhin begleiten. Zivilgesellschaftliche Akteure sind gefragt, den Assoziierungsprozess samt seiner Implikationen auf präzise und verständliche Weise zu vermitteln und etwaige Irrtümer innerhalb der breiten Gesellschaft zu korrigieren. Das durchgeführte Argumentationstraining und -coaching hat unsere Teilnehmer*innen mit den notwendigen Instrumenten ausgestattet, um solchen Mythen im Rahmen der Assoziierung zu begegnen und sie durch Fakten wirkungsvoll zu widerlegen.

iep-berlin.de/blog/cisep_workshops2019/

Zweiter CiSEP-Workshop

Die EU-Assoziierung der Ukraine lässt sich jedoch nicht ohne interne und bilaterale EU-Koordinierung und Kooperation verstehen und bewerkstelligen. Der zweite Workshop, der vom 15.–17. April 2019 ebenfalls in Dnipro stattfand, widmete sich deshalb diesem Thema auf ganz praktische Weise: Die Themen EU-Koordinierung und Bilaterale EU-Koordinierung wurden nicht nur inhaltlich behandelt, sondern in einer anschließenden Simulation auch nachvollziehbar für die Teilnehmer*innen erlebbar gemacht. Nachdem die Grundlagen des Assoziierungsabkommens eingehend behandelt wurden, fokussierte sich der zweite Teil des Workshops auf das Kapitel 13 des DCFTA „Handel und nachhaltige Entwicklung“. Nach einer Einführung in das Konzept von Nachhaltigkeit und EU Umweltrichtlinien sowie deren Implementierungs- und Monitoringsmöglichkeiten wurde das Thema Soziale Verantwortung besser Sozialpolitik und Arbeitspolitik im Integrationsprozess beleuchtet. Unter anderem wurde behandelt, wie der Stand der Arbeitsrechte in der Ukraine ist und wie dieser durch die effektive Implementierung von sozialem Dialog in der Ukraine weiter verbessert werden kann. Im Weiteren wurde auch das Prinzip der Sozialen Verantwortung besonders hervorgehoben: Was sind die Prinzipien sozialer Verantwortung und wie lassen sich diese wirkungsvoll implementieren? Case Studies sind hier eine gute Möglichkeit zu evaluieren, was funktioniert hat und wo Verbesserungspotential ist.

iep-berlin.de/blog/cisep_workshops2019/

Dritter und Vierter CiSEP-Workshop



Der Fokus der Trainingsreihe der Civic School for Sound EU Practice (CiSEP) Level A2 lag auf den Basisthemen des Assoziierungsabkommens der Europäischen Union und der Ukraine (AA) und der damit zusammenhängenden vertieften und umfassenden Freihandelszone (DCFTA).

Die letzten beiden Workshops der Trainingsreihe fanden vom 20. - 22. Mai und vom 24. - 26. Juni 2019 in Dnipro statt. Der Workshop, welcher im Mai stattfand, fokussierte sich besonders auf die Implementation und den Aspekt der zivilen Teilhabe der EU-Integration. Dem Thema wurde sich genähert, indem Beispiele von Nachbarländern, wie Serbien und Georgien, und deren Erfahrungen herangezogen wurden. Thematisch wurde der Schwerpunkt auf geistiges Eigentum (Kapitel 9) und Transparenz (Kapitel 12) gelegt.

Der letzte Workshop der Trainingsreihe kombinierte letztlich verschiedene Aspekte: Zuallererst wurde das Kapitel 3, welches sich mit den technischen Barrieren des Handels beschäftigt, untersucht. Gleichzeitig wurde die Bedeutung der regionalen zivilen Beteiligung hervorgehoben und die Vorteile, die Dezentralisierung mit sich bringen kann. Dass sich die Zivilbevölkerung hierbei in lokalen Zentren organisiert, wie am Beispiel von Nis in Serbien demonstriert wurde, kann nicht nur helfen, die Zivilbevölkerung zu stärken, sondern auch, dieser eine Stimme zu geben. Um diesen Prozess zu unterstützen, lernten die Teilnehmer*innen ebenfalls mehr über das Projektzyklusmanagement und wie ihnen dieses nützlich sein kann. Ein besonderes Highlight des Trainings war schließlich der Besuch der Produktionsstätte von Interpipe – ein ukrainischen Unternehmen, welches Stahlrohre und Eisenbahnräder produziert.

Das Ende der Trainingsreihe stellten die Prüfungen dar, welche jede/r Teilnehmer*in absolvieren musste, um das Level A2 erfolgreich abzuschließen. Alle Teilnehmer*innen haben die Prüfungen bestanden und es freut uns sehr zu sehen, wie das CiSEP-Netzwerk immer weiter wächst.

iep-berlin.de/blog/cisep_workshop_34/

Studienreise: Ukrainische Delegation erkundet den deutschen Verbraucherschutz



Wie setzt Deutschland EU-Vorgaben im Bereich Verbraucherschutz um? Was bedeutet der Föderalismus für die Gewährleistung von Lebensmittelsicherheit? Wer setzt Verbraucherrechte durch und welche Rolle spielen dabei alternative Streitbeilegungsverfahren?

Diese und viele weitere Fragen beantwortete unsere Studienreise für ukrainische Verbraucherschützer*innen, die uns vom 25. - 30. März 2019 in Berlin besuchten. Für die 18 Teilnehmer*innen aus verschiedenen ukrainischen Regionen bildete die Reise den abschließenden Höhepunkt einer halbjährigen Trainingsreihe zur Umsetzung von EU-Verbraucherrecht in der Ukraine.

Die Workshops der Trainingsreihe bildeten die Teilnehmer*innen in den Grundlagen des EU-Verbraucherrechts sowie der Lebensmittelsicherheit aus, wobei zahlreiche Praxisbeispiele aus EU-Mitglieds- und Kandidatenländern betrachtet wurden.

Im Rahmen der EU-Assoziierung wird das ukrainische Verbraucherschutzsystem derzeit grundlegend reformiert. Die Rechtsangleichung an den sich ständig erweiternden EU-Verbraucherrechtsbestand sowie die institutionelle und praktische Ausgestaltung der Rechtsdurchsetzung bei begrenzten Ressourcen stellen für das Land eine enorme Herausforderung dar. Vor diesem Hintergrund sind die ukrainischen Verbraucherschützer*innen gefragt, sinnvolle Impulse für die Gestaltung der ukrainischen Verbraucherpolitik zu geben und so ihrer Rolle als Verbindungsglied zwischen Politik, Verwaltung und Konsument*innen gerecht zu werden.

Die Studienreise nach Berlin diente dem Ziel, das Zusammenspiel von EU-Recht und nationalem Recht sowie dessen Durchsetzung in einem dezentral organisierten Staat aufzuzeigen. Wissen und Kompetenzen der Teilnehmer*innen wurden durch den Besuch staatlicher Institutionen, Verbraucherzentralen, NGOs und weiterer Stakeholder gestärkt. Gleichzeitig bot die Studienreise den Teilnehmer*innen die Möglichkeit, ihre beruflichen Netzwerke auszubauen. Die Gruppe besuchte u.a. das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, den Verbraucherzentrale Bundesverband, die Stiftung Warentest, das Bundesinstitut für Risikobewertung, die Schlichtungsstelle Öffentlicher Personenverkehr sowie die Humboldt Consumer Law Clinic.

iep-berlin.de/blog/cisep-studienreise/

Erfolgreicher Trainingsabschluss: 21 Trainerinnen zur EU-Assoziierung ausgebildet



Im Rahmen der Civic School for Sound EU Practice wurde im März die Trainingsreihe „Train-The-Trainer“ im Bereich EU-Assoziierung in Lwiw abgeschlossen. Die Trainingsreihe verfolgte nicht nur das Ziel, tiefgehendes Wissen über den EU-Assoziierungsprozess zu vermitteln, sondern auch die Trainerfähigkeiten der Teilnehmer*innen auszubauen. Somit können sie anschließend als Multiplikatoren eigene Trainingsformate zum EU-Assoziierungsabkommen konzipieren und implementieren.

Ausgehend von Fragen nach der Rolle und den Aufgaben eines Trainers/ einer Trainerin, Prinzipien der Erwachsenenbildung und Arbeit mit unterschiedlichen Zielgruppen, lag der Fokus auf der Erarbeitung interaktiver Trainingsmethoden und -pläne, samt dazugehörigen Materialien. Diese konzeptionelle Arbeit wurde durch Instrumente des Organisations- und Zeitmanagements ergänzt, die den Teilnehmer*innen die Vorbereitungs- und Durchführungsphase eines Trainingsablaufs erleichtern. Aber auch die eigenen Präsentationsfähigkeiten gehören zum Instrumentarium eines Trainers/ einer Trainerin. Neben dem „wie man präsentiert“ wurde besondere Rücksicht auf den Aspekt der Involvierung des Publikums und einer interessanten sowie verständlichen Inhaltsvermittlung genommen. Dabei wurden insbesondere Storytelling und Visual Facilitation als erfolgreiche Techniken vermittelt.

Zum Abschluss der Workshopreihe bekamen die Teilnehmer*innen die Möglichkeit, ihre in den letzten Workshops erarbeiteten Präsentationen zu halten und individuelles Feedback zu bekommen. Um den Kreis der Trainerausbildung zu schließen, wurde der Fokus allerdings auch darauf gelegt, wie man solche Übungen richtig evaluiert und welche Werkzeuge hier hilfreich sind. Die Trainingsreihe hat die Teilnehmer*innen darin unterstützt, ein Trainingskonzept zu entwickeln und sie sind nun darauf vorbereitet, selbst ein Training erfolgreich zu implementieren. Die Realisierung dieses ersten eigenen Trainings liegt nun in der Verantwortung unserer Teilnehmer*innen.

iep-berlin.de/blog/train-the-trainer/

CiSEP Convention: “Ask • Act • Associate — Civic Action for EU Association”



The two-day CiSEP Convention held in Kyiv marked an important milestone of the project: It brought together over 100 CiSEP-alumni with high-ranking officials from Ukraine and EU, as well as national and international AA/DCFTA experts. The convention programme was diverse and allowed for intense discussions and constructive work on DCFTA and AA content, as much as it gave room for people to network and create new project ideas.

A central part of the event was the public panel discussion with the Head of the EU Delegation to Ukraine, Hugues Mingarelli; the Ambassador of Germany to Ukraine Dr. Ernst Reichel; and the Director General for Strategic Planning and European Integration at the Ministry of Justice of Ukraine, Luliia Zaichenko who represented the Ukrainian perspective.

The panelists used the opportunity to highlight the importance of CiSEP for the Ukrainian civil society and the value of its educational work on the AA/DCFTA. They stressed that the implementation of the AA/DCFTA not solely depended on political will, but also needed active support from the engaged Ukrainian civil society, which they saw as an “exceptional asset” compared to the other association countries.

12 workshops on a variety of AA/DCFTA topics, such as the EU copyright reform, EU environmental standards and the coordination with government bodies, as well as an interactive “AA/DCFTA video challenge” completed the programme.

iep-berlin.de/blog/cisep-convention/

Erfolgreicher Start der Projektwerkstatt zur ukrainischen EU-Assoziierung wird durch Studienreise in Berlin abgeschlossen



Im Rahmen der neuen Projektphase unserer Civic School for Sound EU Practice (CiSEP) startete im Oktober die Projektwerkstatt, die Alumni bei der Umsetzung vielversprechender Projektideen unterstützt.

Die Projektwerkstatt knüpfte an die bereits durchgeführten Vertiefungstrainings (Geistiges Eigentum, Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, Handel und Nachhaltige Entwicklung) an und begleitete 21 Alumni aus der gesamten Ukraine bei der Entwicklung, Verfeinerung und Umsetzung ihrer Projektideen. Dafür wurden zuvor die fünf vielversprechendsten Ideen ausgewählt. Die Projekte werden durch Micro-Grants gefördert und die Projektgruppen durch ein fachliches und methodisches Mentoring unterstützt. Das Mentoring umfasst die Bereitstellung von Wissen zu Projektzyklen, Zielformulierungen, Maßnahmenplanung, Buchhaltung, dem Finden von Partner*innen und allen weiteren Aspekten, die für die Durchführung eines erfolgreichen Projekts notwendig sind.

Im Rahmen des ersten Workshops, der vom 14. - 16.10.2019 in Tschernihiw stattfand, lernten die Teilnehmenden, ihr Projekt überzeugend dritten Parteien vorzustellen, verschiedene grundlegende Methoden und Verfahren des Projektmanagements zu unterscheiden, ihre Projektziele, -maßnahmen und beteiligte Stakeholder zu definieren bzw. zu identifizieren sowie die nächsten Schritte ihres Projekts mithilfe einer Projektplanungsmatrix vorzubereiten. Außerdem hatten sie die Möglichkeit, von den Erfahrungen der beiden CiSEP-Partner Odessa Regional Agency for Reconstruction and Development und Polissya Foundation for International and Regional Studies zu profitieren. Der Austausch über die Frage, was ein Projekt erfolgreich macht, ermöglichte zudem die Reflektion über Kriterien für ein nachhaltiges und wirkungsvolles Projekt.

iep-berlin.de/blog/cisep_projektwerkstatt/

Europeanization beyond process – Berlin Policy Hub

Die Europeanization beyond process-Initiative zielt darauf ab, eine Brücke zwischen den Europäisierungsdiskursen in den EU-Mitgliedsstaaten und in den östlichen Nachbarstaaten zu schlagen. Hierfür werden Think Tanks aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft mit Forschungseinrichtungen und EntscheidungsträgerInnen aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten vernetzt.

Im Rahmen dieser Initiative ist das IEP als Policy Hub in Berlin die erste Anlaufstelle, Partnerorganisation und „Türöffner“ für Think Tanks aus Georgien, Moldau und der Ukraine, die ihr Netzwerk um deutsche PartnerInnen und WissenschaftlerInnen erweitern wollen. Der Policy Hub dient zudem als Beratungszentrum für Fortbildung und Wissenstransfer und betreut die osteuropäischen Partnerorganisationen bei ihrer wissenschaftlichen Arbeit und der Präsentation der Forschungsergebnisse vor deutschem Publikum.



Zeitraum

Juni 2015 bis Juli 2019

Projektteam:

- Dr. Katrin Böttger
- Dominic Maugeais
- Viktoria Palm

Webseite: iep-berlin.de/policy-hub

Förderer/Projektpartner:



“Germany’s Role in Georgia’s European Future: How to align expectations“



Am 8. Februar 2019 organisierte das Institut für Europäische Politik in Kooperation mit dem Georgian Institute of Politics (GIP) eine Veranstaltung im Rahmen des Berlin Policy Hubs. Dabei wurde die Rolle der Bundesrepublik für Georgiens europäische Zukunft diskutiert sowie Möglichkeiten abgewogen, die gegenseitigen Erwartungen in den bilateralen Beziehungen aufeinander abzustimmen. An der Gesprächsrunde in der Repräsentanz der Europäischen Kommission in Berlin nahmen rund 30 Gäste teil.

Patrick Lobis, Teamleiter des Politischen Teams der Berliner Repräsentanz der Europäischen Kommission, begrüßte die Teilnehmer*innen und skizzierte den aktuellen Stand der Beziehungen zwischen Georgien und der EU, wobei er auch auf die Ergebnisse des kürzlich veröffentlichten Berichts über die Implementierung des Assoziierungsabkommens einging. Der georgische Botschafter, S.E. Elguja Khokrishvili, betonte in seiner Ansprache die Bedeutung Europas für Georgiens Identität und welche entscheidende Rolle Deutschland für Georgien innerhalb der Europäischen Union und der Östlichen Partnerschaft spiele. Darüber hinaus unterstrich er, dass die von Bundesaußenminister Heiko Maas angestrebte neue europäische “Ostpolitik” auf einer engen Kooperation zwischen den Partnerländern beruhen solle.

Im Anschluss präsentierten Dr. Bidzina Lebanidze, Wissenschaftler am GIP, und Viktoria Palm, wissenschaftliche Mitarbeiterin des IEP, die wichtigsten Ergebnisse und Schlussfolgerungen ihrer gemeinsamen Studie über die wechselseitigen (Falsch-)Wahrnehmungen in den deutsch-georgischen Beziehungen. Während Deutschland Georgien aufgrund seiner starken pro-europäischen Orientierung als ambitionierten – manchmal zu ambitionierten – und strategisch wichtigen Partner wahrnehme, sehe die georgische Seite in Deutschland einen zuweilen unverlässlichen Partner, welcher die euro-atlantischen Ziele Georgiens behindere und zu sehr auf die Interessen Russlands achte.

iep-berlin.de/blog/policy_hub_georgiaeurope/

Georgia's Reform Associates zu Gast im Berlin Policy Hub



Vom 25. Februar bis 1. März 2019 besuchte eine Delegation des georgischen Think-Tanks GRASS (Georgia's Reform Associates) das Berlin Policy Hub Team am IEP. GRASS ist ein unabhängiger Think-Tank mit Sitz in Tbilisi, zu dessen Schwerpunktaktivitäten Erasmus+/Jean-Monnet-Programme zur Aufklärung über Funktionsweise und Ziele der EU in verschiedenen Regionen Georgiens zählen sowie ein „Fact-Check“ von Aussagen georgischer Politiker*innen, zur Verbesserung der Qualität des politischen Diskurses.

Unsere Gäste Paata Gaprindashvili, Direktor, Mariam Tsitsikashvili und Gogi Zoidze, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, sowie Vakhtang Charaia, Gastwissenschaftler bei GRASS, hatten im Rahmen ihres Besuchs die Gelegenheit, sich mit Vertreter*innen von Caucasus Watch und dem Berlin Center for Caspian and Eurasian Studies, sowie mit Mitarbeiter*innen von Democracy Reporting International (DRI) und dem Zentrum für Osteuropa und internationale Studien (ZOIS) auszutauschen. Darüber hinaus nahm die Gruppe Termine im Auswärtigen Amt und im Bundeskanzleramt wahr, um die Gesprächspartner*innen über aktuelle Entwicklungen in Georgien zu informieren. Zudem präsentierten die Vertreter*innen von GRASS bei einer öffentlichen Veranstaltung am European Council on Foreign Relations (ECFR) ihr aktuelles Forschungspapier zum Konfliktlösungsprozess in Abchasien vor dem Hintergrund der EU-Assoziierung und diskutierten die darin enthaltenen Empfehlungen mit den Teilnehmer*innen.

iep-berlin.de/blog/georgias-reform-policyhub/

Diskussionsveranstaltung zu den moldauischen Parlamentswahlen



Am 13. März 2019 fand unsere Diskussionsveranstaltung zum Thema „Democracy in Moldova after the parliamentary elections – what to expect from a new government?“ in Berlin statt. Die Veranstaltung wurde vom Institut für Europäische Politik (IEP) im Rahmen des Berlin Policy Hubs in Kooperation mit dem Deutsch-Moldauischen Forum und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) organisiert. Als Expert*innen aus der Region waren Vertreter*innen zweier moldauischer Think-Tanks, der Expert-Grup und dem Institute for European Policies and Reforms (IPRE), eingeladen. Rund 50 Gäste nahmen an der Diskussion über die Wahlergebnisse, den Stand der Regierungsbildung und die daraus zu ziehenden Konsequenzen für die Zukunft der europäisch-moldauischen Beziehungen teil.

Dr. Katrin Böttger begrüßte die Referent*innen und Gäste und warf die Frage auf, wie die EU die Republik Moldau in ihrem demokratischen Bestreben sinnvoll unterstützen könne. Im Anschluss skizzierte der moldauische Botschafter, S.E. Dr. Oleg Serebrian, die politischen Entwicklungen nach den Wahlen angesichts unklarer Mehrheitsverhältnisse.

iep-berlin.de/blog/diskussionsveranstaltung_policyhub/

Wissenschaftler des Economic Policy Research Center aus Georgien zu Besuch in Berlin



Vom 15.–18. April 2019 empfing der Berlin Policy Hub eine Delegation des georgischen Think-Tanks Economic Policy Research Center (EPRC) für einen zweiten Forschungs- und Vernetzungsaufenthalt. Das EPRC mit Sitz in Tiflis wurde 2002 gegründet und beschäftigt sich mit Herausforderungen der wirtschaftlichen Transformation Georgiens sowie mit sicherheitspolitischen Fragestellungen. Es trägt zur wissenschaftlich fundierten ökonomischen Forschung und Politikberatung in Georgien bei.

Unsere Gäste Irina Guruli, stellvertretende Direktorin von EPRC und Shota Gvineria, Senior Fellow trafen im Rahmen ihres Aufenthaltes Wissenschaftler*innen deutscher Think-Tanks und Stiftungen, um über aktuelle Forschungsthemen zu sprechen und potentielle Forschungs Kooperationen zu erörtern. Zu den besuchten Organisationen gehörten die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), das Jacques-Delors-Institute, der German Marshall Fund (GMF), das Zentrum für Osteuropa und internationale Studien (ZOIS), die Stiftung Neue Verantwortung sowie die Deutsche Atlantische Gesellschaft. Dabei wurden Themen besprochen, wie der wachsende Einfluss Chinas in der Südkaukasusregion, Russlands hybride Kriegsführung und der Umgang mit ihr sowie auch Fragen der Migrationspolitik Deutschlands gegenüber georgischen Fachkräften.

iep-berlin.de/blog/policyhub_wissenschaftler_georgien/

Ukrainische Think-Tanker von CES und IER zu Besuch in Berlin



Vom 24. bis 26. Juni 2019 empfing der Berlin Policy Hub eine Delegation der ukrainischen Think-Tanks Center for Economic Strategy (CES) und Institute for Economic Research and Policy Consulting (IER) für einen Vernetzungsaufenthalt in Berlin. CES und IER beschäftigen sich mit wirtschaftswissenschaftlichen Fragestellungen und Reformprozessen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Schwerpunkte sind dabei unter anderem die Förderung mittelständischer Unternehmen, des Außenhandels sowie Fragen der Finanz- und Wettbewerbspolitik in der Ukraine. CES und IER sind Mitglieder des Reanimation Package of Reforms (RPR), einer Koalition aus NGOs, die ihre Arbeit und Expertise zur Unterstützung von Reformprozessen in der Ukraine bündeln. Im Rahmen ihres Aufenthaltes tauschten sich Hlib Vyshlinsky, Direktor des CES, und Dmytro Yablonovsky, stellvertretender Direktor des CES sowie Oksana Kuziakiv, Direktorin des IER mit Vertreter*innen des Bundeskanzleramts, des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sowie des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung aus. Hierbei wurden die ökonomischen Entwicklungen in der Ukraine sowie Einschätzungen und Erwartungen an den neuen Präsidenten Wolodymyr Selensky hinsichtlich der Weiterführung der dringend erforderlichen Reformprozesse in der Ukraine besprochen.

iep-berlin.de/blog/ukrainische-think-tanker-policyhub/

Diskussionsveranstaltung zur Zukunft der Östlichen Partnerschaft



Am 16. Oktober 2019 fand die Veranstaltung "The Eastern Partnership beyond 2020: Joining efforts for a more effective policy" statt, welche vom IEP im Rahmen des Berlin Policy Hubs organisiert wurde. In informellem Rahmen trafen sich rund 50 Vertreter*innen von Think-Tanks, staatlichen Stellen und Medien aus Deutschland und den Ländern der Region, um über die Zukunft der Östlichen Partnerschaft zu diskutieren.

Nach der Begrüßung durch IEP-Direktorin Dr. Katrin Böttger, zeigte sich der Sonderbeauftragte für die Östliche Partnerschaft des Auswärtigen Amtes, Hans-Jürgen Heimsoeth, interessiert an den bevorstehenden Diskussionen und Ideen aus den betroffenen Ländern.

Die Diskussion über die Zukunft der Östlichen Partnerschaft (ÖP) nach 2020 fand in vier thematischen Arbeitsgruppen statt:

- Gestaltung der Östlichen Partnerschaft
- Good Governance und Rechtsstaatlichkeit
- Wirtschaftliche Entwicklung
- Sicherheitsdimension innerhalb der Östlichen Partnerschaft.

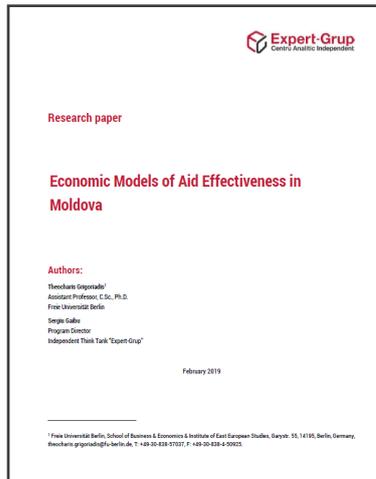
Nach Beiträgen von Think-Tank-Vertreter*innen aus Georgien, Moldau und der Ukraine zu möglichen Reformen und Verbesserungsvorschlägen in den jeweiligen Bereichen, fand in den Gruppen eine lebhafte Diskussion über die Durchführbarkeit und die möglichen Hindernisse der Vorschläge statt. Anschließend wurden die Ergebnisse von Rapporteur*innen der Arbeitsgruppen im Plenum vorgestellt und von Botschafter Heimsoeth kommentiert.

Die Arbeitsgruppe für die Gestaltung der Östlichen Partnerschaft unterbreitete den Vorschlag, den ÖP-Ländern eine vollständige Integration in den Binnenmarkt einschließlich der vier Freiheiten anzubieten, und schlug vor, die politischen Konsultationen zwischen den Ländern der ÖP und der EU stärker zu institutionalisieren. Die Idee einer Differenzierung innerhalb der Östlichen Partnerschaft wurde kontrovers diskutiert, da diese eine Abwägung zwischen einem potenziellen Belohnungsmechanismus für Fortschritte bei Reformen und dem Risiko, einige Länder und ihre Gesellschaften zu entmutigen, darstellt. Die Idee, zwischen den ÖP-Ländern gemäß ihrer Reformfortschritte, auch institutionell zu unterscheiden, wurde auch von Botschafter Heimsoeth abgelehnt, um die Östliche Partnerschaft nicht zu spalten.

Die Arbeitsgruppe zu Governance und Rechtsstaatlichkeit identifizierte zwei Hauptprobleme, die es zu lösen gelte: den langsamen Prozess der Dezentralisierung und die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz. Botschafter Heimsoeth stimmte der Notwendigkeit einer stärkeren Dezentralisierung zu, forderte aber spezifischere Zieldefinitionen und konkretere Vorschläge, wie diese erreicht werden können. Des Weiteren wurde die Notwendigkeit betont, den Professionalisierungsgrad innerhalb der Regierungen und Behörden in den Ländern zu erhöhen.

iep-berlin.de/blog/policyhub_diskussionsveranstaltung/

Studie: “Economic Models of Aid Effectiveness in Moldova”

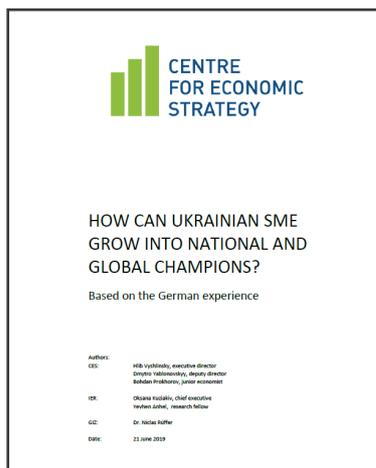


In ihrem Papier analysieren Sergiu Gaibu, Programmdirektor beim moldauischen Think-Tank Expert-Grup, und Theodor Grigoriadis, Juniorprofessor an der Freien Universität Berlin, die Effektivität der EU-Entwicklungshilfen in der Republik Moldau sowie die zentralen Herausforderungen bei deren Bereitstellung.

Nach Ansicht der Autoren lässt sich ein positiver Zusammenhang zwischen den zugesagten Hilfen sowie der Anzahl von Hilfsprojekten einerseits und einem höheren sozioökonomischen Entwicklungsniveau andererseits feststellen. Die Ergebnisse der tatsächlichen Hilfsausgaben zeigen einen ähnlichen, wenn auch weniger belastbaren Trend. Die EU-Entwicklungshilfe scheint mittel- und langfristig wirksam zu sein, insbesondere wenn mitteleuropäische Geber wie Österreich, die Slowakei und Rumänien beteiligt sind. Darüber hinaus ergab die Studie, dass die tatsächlichen Hilfsausgaben in der Republik Moldau viel geringer sind als die eigentlich zugesagten Hilfen. Die Autoren identifizieren insbesondere Governance-Probleme als Ursache für diese unzureichende Mittelausschöpfung in der Republik Moldau. Aus diesem Grund empfehlen die Autoren, dass die EU transnationale Partnerschaften fördern sollte, die – unabhängig vom nationalen Haushalt – die Durchführung von Projekten auf lokaler Ebene in Zusammenarbeit mit subnationalen Verwaltungsbehörden und der lokalen Zivilgesellschaft stärken.

iep-berlin.de/blog/studie_policyhub/

Studie: “How Can Ukrainian SME Grow into National and Global Champions? — Based on the German Experience”



In ihrer Studie “How Can Ukrainian SME Grow into National and Global Champions? Based on the German Experience” analysieren Hlib Vyshlinsky, Direktor des Center for Economic Strategy (CES), und Dmytro Yablunovskyy, stellvertretender Direktor des CES sowie Oksana Kuziakiv, Direktorin des Institute for Economic Research and Policy Consulting (IER) und Dr. Niclas Rüffer, Berater der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Kiew, Perspektiven kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in der Ukraine.

Ausgangspunkt ist das Beispiel Deutschland, wo KMU traditionell einen großen Anteil an der Gesamtwirtschaft haben. KMU seien Treiber für nachhaltiges Wachstum und Innovation. In Deutschland betreffe das vor allem die sogenannten “Hidden Champions”. Vor diesem Hintergrund untersuchten die ExpertInnen die Situation für Unternehmen in der Ukraine. Neben strukturellen Problemen, wie einer schwach ausgeprägten Rechtsstaatlichkeit und politischer sowie ökonomischer Instabilität, fehle es KMU in der Ukraine auch an technischen Fertigkeiten und Produktivität. Aufbauend auf ihren Ergebnissen, formulieren die AutorInnen eine Reihe von Vorschlägen an die Politik. Ziel ist die Förderung von KMU auf nationaler und regionaler Ebene und deren Integration in die weltweite Wertschöpfungskette.

http://iep-berlin.de/blog/studie_policyhub2/

Förderung des zivilgesellschaftlichen und inter-ethnischen Dialogs in der Republik Moldau im Kontext der EU-Assoziierung (CIVID)

Ziel des CIVID-Projekts ist es, einen Beitrag zur Überwindung der gesellschaftlichen Trennlinien in der Republik Moldau zu leisten, indem es den innergesellschaftlichen Dialog zur Frage der inter-ethnischen Beziehungen und zum Modernisierungsprozess Moldaus im Zuge der EU-Annäherung fördert. Das Projekt findet im Zeitraum von Juli 2018 bis Juni 2019 statt.

Durch vielfältige Projektaktivitäten wie öffentliche Konferenzen, Dialogworkshops und Policy Debatten sollen unter Einbeziehung von Vertretern aller ethnischer Gruppen konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Minderheitenintegration und des sozialen Zusammenhalts in der Republik Moldau erarbeitet werden. Darüber hinaus wird im Rahmen des CIVID-Projekts die Agentur für Inter-ethnische Beziehungen bei der Umsetzung des Aktionsplans für die Konsolidierung der inter-ethnischen Beziehungen in der Republik Moldau unterstützt.

Das Projekt wird vom Institut für Europäische Politik (Berlin) in Zusammenarbeit mit dem Institute for Strategic Initiatives IPIS (Chişinău) sowie dem Institute for European Policies and Reforms IPRE (Chişinău) organisiert und umgesetzt. Die Projektfinanzierung erfolgt durch das Auswärtige Amt.

Zeitraum Juli 2018 – Juni 2019

Projektteam:

Dr. Funda Tekin

Dominic Maugeais

Viktoria Palm

Webseite: iep-berlin.de/civid

Förderer/Projektpartner:



INSTITUTUL PENTRU
INIȚIATIVE STRATEGICE



Auswärtiges Amt



Zivilgesellschaft und EntscheidungsträgerInnen diskutieren inter-ethnische Beziehungen und den sozialen Zusammenhalt in Moldau



Am 5. März 2019 fand in Chisinau der Midterm-Dialogworkshop im Rahmen des Projekts "Förderung des zivilgesellschaftlichen und inter-ethnischen Dialogs in der Republik Moldau im Kontext der EU-Assoziierung" (CIVID) statt. Rund 45 Teilnehmer, darunter VertreterInnen ethnischer Minderheiten, AktivistInnen der Zivilgesellschaft, JournalistInnen, ExpertInnen und politische EntscheidungsträgerInnen nahmen an der Veranstaltung zum Thema "Inter-ethnische Beziehungen und sozialer Zusammenhalt in der Republik Moldau" teil.

Ewa Chylinski vom European Centre for Minority Issues (ECMI), präsentierte ihre Vorschläge zur Schaffung eines institutionellen Rahmens zur Förderung harmonischer interethnischer Beziehungen und zur Sicherstellung der Einbeziehung aller Minderheiten, basierend auf Erfahrungen aus anderen Ländern. Im Anschluss stellten die Projektexterten die wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen der vorangegangenen Dialogveranstaltungen in den Themenbereichen soziale Rechte, wirtschaftliche Entwicklung, Bildung und Medien, sowie Assoziierungsabkommen mit der EU vor. In der anschließenden Diskussion mit den TeilnehmerInnen wurden diese Themen und Empfehlungen kritisch diskutiert und weitere Vorschläge erarbeitet. Die TeilnehmerInnen schlugen vor, die Geschäftsordnungen von Anbietern öffentlicher Leistungen wie der öffentlichen Verwaltung, Gesundheits- und Sozialdiensten zu überarbeiten, um den Zugang zu Dienstleistungen für alle BürgerInnen unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft zu gewährleisten. Die Schaffung von Medienverbänden, die für Minderheitenbelange sensibilisiert sind, eine mögliche Prinzipien-Charta für die Medien in Bezug auf die Berichterstattung über ethnische Minderheiten sowie der Vorschlag, Vereinigungen von NGOs zur Überwachung und Sanktionierung diskriminierender Rhetorik und Hassrede zu bilden, gehörten ebenfalls zu den geäußerten Vorschlägen.

Der Zusammenhang zwischen der Gewährleistung der sozialen und bürgerlichen Rechte aller BürgerInnen und dem sozialen Zusammenhalt in der Republik Moldau, die nächsten Maßnahmen, mit denen sich eine neue Regierung befassen sollte, sowie Möglichkeiten, die Umsetzung des Aktionsplans zur Stärkung der inter-ethnischen Beziehungen weiter zu unterstützen, waren zentrale Themen des Abschlusspanels. Die RednerInnen betonten die Notwendigkeit, Minderheitenfragen in den politischen Diskurs einzubeziehen und die politische Instrumentalisierung der gesellschaftlichen Trennlinien zu verhindern, sowie die Notwendigkeit, diskriminierende Rhetorik zu sanktionieren. Die Projektpartner betonten, dass das CIVID-Projekt darauf abziele, genau diese Einbeziehung von Minderheitenfragen in die politische Agenda und die öffentlichen Diskurse zu erreichen, und dass man in dieser Hinsicht durch die vielfältigen Projektaktivitäten, einschließlich öffentlicher Konferenzen, Dialogveranstaltungen und Fernsehdebatten, bereits erhebliche Fortschritte erzielt habe.

iep-berlin.de/cividdialogworkshop

BürgerInnen von Taraclia diskutieren inter-ethnische Beziehungen und sozialen Zusammenhalt in Moldau



Am 12. April 2019 organisierte das Institut für Europäische Politik gemeinsam mit unseren moldauischen Partnern, dem Institute for European Policies and Reforms (IPRE) und dem Institute for Strategic Initiatives (IPIS) einen lokalen Dialogworkshop in Taraclia, der Hauptstadt des gleichnamigen Rayons, welcher mehrheitlich von ethnischen BulgarInnen bewohnt wird. An der Veranstaltung nahmen rund 40 TeilnehmerInnen aus der Zivilgesellschaft, von Verbänden ethnischer Minderheiten, MedienvertreterInnen sowie aus lokalen und nationalen Behörden in Moldau teil, die gemeinsam das Thema der interethnischen Beziehungen und des sozialen Zusammenhalts im Land diskutierten.

Die TeilnehmerInnen waren eingeladen, die wichtigsten Herausforderungen im Bereich der inter-ethnischen Beziehungen und des sozialen Zusammenhalts sowie mögliche Lösungen im World Café-Format zu erörtern. Die Diskussion war nach vier Themenbereichen gegliedert: Bildung und Massenmedien, wirtschaftliche Entwicklung, soziale Rechte und das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union.

Bezüglich der Medien, welche oft in der Landessprache berichten und für bestimmte ethnische Minderheiten daher nicht oder nur unzureichend zugänglich sind, forderten die TeilnehmerInnen eine verstärkte finanzielle Unterstützung lokaler Medien, die in Minderheitensprachen berichten, sowie die Einführung von Untertiteln bei nationalen Programmen. Im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, die bereits bestehenden Unternehmensinkubatoren in Taraclia der breiten Bevölkerung zugänglich zu machen. Zudem wurde vorgeschlagen, die Kapazitäten der lokalen Behörden in den Bereichen Projektakquise und Projektmanagement zu stärken, um die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu fördern.

Im Hinblick auf öffentliche Dienstleistungen, problematisierten einige TeilnehmerInnen insbesondere im Gesundheitswesen die starren regionalen Zuständigkeiten welche häufig den geografischen Gegebenheiten zuwiderliefen. Dies erschwerte die Inanspruchnahme öffentlicher Dienstleistungen für BürgerInnen bestimmter Regionen, einschließlich Taraclias. Dementsprechend wurde eine verstärkte Zusammenarbeit unter den Regionen in diesen Belangen angemahnt. Um einem polarisierenden öffentlichen Diskurs über den Assoziierungsprozess Moldaus mit der Europäischen Union entgegenzuwirken, wurde die Notwendigkeit einer gezielteren Informationskampagne in der Region diskutiert und die Idee zur Eröffnung eines EU-Informationszentrums in Taraclia vorgebracht.

iep-berlin.de/cividdialogworkshoptaraclia/

EU-Assoziationen und Wirklichkeit in Moldau (WE&EU)

Die Republik Moldau hat im Jahr 2014 das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union (EU) unterzeichnet und damit vertraglich den Weg der EU-Annäherung eingeschlagen. Diese Entscheidung für den pro-europäischen Kurs ist in der moldauischen Bevölkerung jedoch nicht unumstritten.

Ziel des Projekts EU-Assoziationen und Wirklichkeit in Moldau (WE&EU) ist es daher, Kommunikationskanäle in die EU-fernen Bevölkerungsteile zu eröffnen, um den gesellschaftlichen Diskurs über europäische Grundwerte zu fördern und die konkreten Vorteile einer EU-Assoziierung für die moldauische Bevölkerung besser sichtbar zu machen. Dabei gilt es vor allem, Fehlinformationen und Mythen über die EU und das Assoziierungsabkommen entgegenzuwirken und einen faktenbasierten Austausch zu fördern.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden im Rahmen des WE&EU Projekts verschiedene Maßnahmen und Aktivitäten umgesetzt, unter anderem die Erarbeitung von Fact Checks, Dialogveranstaltungen für BürgerInnen, Videos zu Erfolgsgeschichten, TV Debatten, EU Awareness Workshops, eine Studienreise nach Chişinău sowie öffentliche Konferenzen.

Zeitraum: Juni 2019 – Juni 2020

Projektteam:

Dr. Funda Tekin

Viktoria Palm

Dominic Maugeais

Webseite: iep-berlin.de/we-eu

Förderer/Projektpartner:



INSTITUTUL PENTRU
INIȚIATIVE STRATEGICE



IPRE

Institutul de Politici
și Reforme Europene
ipre.md



Auswärtiges Amt



Projektstart von “WE&EU”: ein besseres Verständnis der BürgerInnen Moldaus für das EU-Assoziierungsabkommen



Das Institut für Europäische Politik (IEP) gemeinsam mit seinen moldauischen Partnern, dem Institute for European Policies and Reforms (IPRE) und dem Institute for Strategic Initiatives (IPIS), hat erfolgreich mit der Implementierung des Projekts “EU-Assoziationen und Wirklichkeit in Moldau (WE&EU)” begonnen.

Übergeordnetes Ziel des Projekts ist es, einen Beitrag zur Überwindung der gesellschaftlichen Trennlinien in Moldau rund um den EU-Annäherungsprozess zu leisten, indem ein faktenbasierter Dialog über die dem Assoziierungsabkommen zugrunde liegenden Werte und Normen sowie die konkreten Vorteile der EU-Assoziation für die Republik Moldau und ihre BürgerInnen gefördert wird.

Am 31. Juli 2019 startete das Projekt mit einer internen Sitzung zur Diskussion der Projektstrukturen sowie einem Koordinierungstreffen mit relevanten Akteuren in Moldau, darunter die EU-Delegation und das StratCom-Projekt, VertreterInnen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und Europäische Integration, des Ministeriums für Wirtschaft und Infrastruktur, des Ministeriums für Bildung, Kultur und Forschung, sowie RepräsentantInnen der Gesellschaft für international Zusammenarbeit (giz) und lokaler Medien. Im Mittelpunkt der fruchtbaren Diskussionen stand die Frage, wie Synergien geschaffen und die Wirkung der diversen Projektaktivitäten gesteigert werden können. Zu den geplanten Aktivitäten zählen die Entwicklung von Fact Checks, die Organisation von Bürgerdialogen in den Regionen, die Durchführung von EU-Awareness Workshops für junge MoldauerInnen und MultiplikatorInnen, die Produktion von Videos und TV-Debatten sowie ein Austausch mit deutschen VertreterInnen der Zivilgesellschaft über „best practices“ in der EU-Kommunikation.

iep-berlin.de/blog/projektstart-we-eu/

BürgerInnen von Basarabasca nehmen am ersten WE&EU-Bürgerdialog teil



Am 15. November 2019 fand der erste Bürgerdialog im Rahmen des Projekts "EU-Assoziationen und Realität in Moldau" (WE&EU) in Basarabasca statt. Die Veranstaltung wurde gemeinsam vom Institut für Europäische Politik (IEP), dem Institute for European Policies and Reforms (IPRE) und dem Institute for Strategic Initiatives (IPIS) organisiert und wurde von rund 40 TeilnehmerInnen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, lokalen Behörden und Medien besucht.

Der erste Teil der Veranstaltung vermittelte allgemeine Informationen über die Unterstützung der Europäischen Union und der EU-Mitgliedsstaaten für Moldau, deren Ziele und zugrunde liegende Werte sowie spezifische Informationen über Finanzierungsmöglichkeiten in der Region. Im Anschluss daran hatten drei VertreterInnen der lokalen Zivilgesellschaft die Gelegenheit, ihre Erfahrungen als EmpfängerInnen von EU-Fördergeldern für regionale Entwicklungsprojekte zu teilen. Im späteren Verlauf fand eine offene Diskussion mit dem Publikum über die Wirksamkeit der EU-Unterstützung in Moldau, die spezifischen Zielbereiche der Unterstützung sowie über die Antragsverfahren und Anforderungen statt.

Der zweite Teil des Dialogs konzentrierte sich auf die Auswirkungen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Moldau im Bereich Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, mit besonderem Augenmerk auf die Frage der interethnischen Beziehungen und der Integration von Minderheiten in Moldau.

In der anschließenden Diskussion mit den BürgerInnen wurde erneut betont, dass die EU bestrebt sei, gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Moldau zu stärken, und dass das Assoziierungsabkommen kein geopolitisches Instrument sei, um der Republik Moldau eine Entweder-Oder-Entscheidung aufzuzwingen.

iep-berlin.de/blog/buergerinnen-von-basarabasca-nehmen-am-ersten-weeu-buergerdialog-teil/

Junge MoldauerInnen aus Orhei informieren sich beim ersten EU-Awareness Workshop



Am 19. November 2019 organisierte das Institut für Europäische Politik (IEP) in Zusammenarbeit mit dem Institute for European Policies and Reforms (IPRE) und dem Institute for Strategic Initiatives (IPIS) den ersten EU Awareness Workshop in Orhei im Rahmen des Projekts "EU Perceptions and Reality in Moldova (WE&EU)".

Ziel des Workshops war es, Sachwissen über das EU-Assoziierungsabkommen zu vermitteln, um bestehenden Mythen und Fehlinformationen entgegenzuwirken und junge BürgerInnen über EU-finanzierte Projekte in ihrer Region und spezifische Anwendungsmöglichkeiten zu informieren. An der Veranstaltung nahmen rund 25 junge Menschen aus dem Rayon Orhei teil, darunter VertreterInnen verschiedener ethnischer Gruppen.

Im ersten Teil des Workshops wurden die TeilnehmerInnen über die wichtigsten Bestimmungen des EU-Moldau Assoziierungsabkommens informiert, aber auch über die Schwierigkeiten, mit denen Moldau bei der Umsetzung konfrontiert ist.

Im zweiten Teil des Workshops hatten die TeilnehmerInnen die Gelegenheit, den Prozess der Umsetzung von geberfinanzierten Projekten mit EmpfängerInnen von EU-Mitteln in ihrer Region im Detail zu besprechen.

Der letzte Teil des Workshops bestand aus einer interaktiven Diskussion zu gängigen Mythen über die Beziehungen zwischen der Republik Moldau und der EU. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die wichtigsten Stereotypen und die Verbreitung von Fake News gelegt, aber auch darauf, wie Bürger*innen zusammen mit ihren externen PartnerInnen zur Konsolidierung einer starken Gesellschaft beitragen können.

iep-berlin.de/1-eu-awareness-workshop

EinwohnerInnen von Nisporeni diskutieren die EU-Unterstützung für Moldau beim 2. BürgerInnendialog



Am 11. Dezember 2019 wurde der zweite Bürgerdialog im Rahmen des Projekts "EU-Assoziationen und Realität in Moldau (WE&EU)" gemeinsam vom Institut für Europäische Politik (IEP), dem Institute for European Policies and Reforms (IPRE) und dem Institute for Strategic Initiatives (IPIS) organisiert. An der Veranstaltung in Nisporeni nahmen rund 40 VertreterInnen der lokalen Zivilgesellschaft, der örtlichen Behörden sowie aus den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit und Wissenschaft teil.

Ziel der Veranstaltung war es, einen offenen und informierten Dialog über das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Moldau zu fördern, über dessen spezifische Inhalte und zugrundeliegende Werte sowie über die Auswirkungen auf die moldauische Wirtschaft und konkrete Vorteile für die BürgerInnen. Die TeilnehmerInnen hatten die Möglichkeit, diese Themen in einem interaktiven und informellen Format mit ExpertInnen auf diesem Gebiet zu diskutieren. Darüber hinaus wurden einige EU-Unterstützungsprogramme für die Republik Moldau vorgestellt und konkrete Finanzierungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Die Diskussion konzentrierte sich auf die Bedeutung der EU-Unterstützung für den Modernisierungsprozess der Republik Moldau und die Möglichkeiten, die diese Unterstützung für lokale Unternehmen, die öffentliche Verwaltung und die Gesellschaft insgesamt bietet. Als positive Beispiele wurden unter anderem der Austausch von Best-Practice-Erfahrungen, die finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung von Schlüsselreformen sowie Investitionen in die regionale Entwicklung genannt. Darüber hinaus wurde in der Diskussion die Beharrung seitens der EU auf der Einhaltung von Grundwerten im Bereich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Menschenrechte als positiver Effekt der Aktivitäten der EU in Moldau hervorgehoben.

iep-berlin.de/2-eu-buergerdialog-nisporeni

2. WE&EU Awareness Workshop in Ungheni, Moldau



Am 12. Dezember 2019 organisierte das Institut für Europäische Politik in Kooperation mit dem Institute for European Policies and Reforms (IPRE) und dem Institute for Strategic Initiatives (IPIS) den 2. EU-Awareness-Workshop im Rahmen des WE&EU-Projekts "EU-Assoziationen und Wirklichkeit" in Ungheni.

Ziel des Workshops war es, den TeilnehmerInnen Faktenwissen über das EU-Moldau Assoziierungsabkommen und die Unterstützung der EU für Moldau zu vermitteln sowie über konkrete Bewerbungs- und Fördermöglichkeiten zu informieren. An der Veranstaltung nahmen rund 40 Personen aus Ungheni teil, darunter StudentInnen, LehrerInnen und JungunternehmerInnen.

Der Workshop begann mit einer offenen Brainstorming-Session über die allgemeinen Wahrnehmungen und Assoziationen, die die TeilnehmerInnen mit der Europäischen Union und dem Assoziierungsabkommen verbinden, was die Grundlage für die anschließenden Workshop-Teile darstellte. Die zweite Session des Workshops wurde im World-Café-Format abgehalten, um den TeilnehmerInnen die Möglichkeit zu bieten vier ausgewählte Themen in Kleingruppen mit den ProjektextpertInnen zu diskutieren: Grundlagen des Assoziierungsabkommens zwischen der Republik Moldau und der Europäischen Union; Auswirkungen der tiefen und umfassenden Freihandelszone (DCFTA); Verbesserungen für die moldauischen BürgerInnen in Bezug auf Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit durch die Bestimmungen des Assoziierungsabkommens sowie das Erasmus+ Programm in Moldau und Bewerbungsmöglichkeiten für StudentInnen. In der dritten Session des Workshops informierte eine Vertreterin der EU-Delegation in Moldau die jungen TeilnehmerInnen über die verschiedenen Dimensionen der EU-Unterstützung für Moldau und über spezifische Fördermöglichkeiten in der Region.

iep-berlin.de/2-eu-awareness-workshop

Kommunikationsaktivitäten

Communication activities

Erweiterung der Präsenz auf sozialen Netzwerken



Im Jahr 2019 wurde einen großen Wert auf den Ausbau von der Social Media-Präsenz des IEP gelegt. Es wurden neue Kampagnen lanciert. Eine der bedeutendsten und erfolgreichsten war die ‚OnThisDay, - Kampagne, wo den Followern interessante Geschichtserreignisse mit Europa-Bezug präsentiert wurden. Viele Veranstaltungen wurden live übertragen, um somit die Reichweite zu steigern. Das Institut konnte seine Follower-Zahlen im Vergleich mit vorigen Jahr deutlich erhöhen (Twitter: 2.037 auf 2.420; Facebook: 2.420 auf 2.815).

Twitter:

twitter.com/IEP_Berlin

twitter.com/EngagEU_Project

twitter.com/BerlinPolicyHub

Facebook:

facebook.com/IEP.Berlin

facebook.com/EngagEU.Project/

LinkedIn:

linkedin.com/company/institut-für-europäische-politik-e-v-

OnThisDay-Kampagne



Heute vor 10 Jahren

2. Mai 2009



Katrin Böttger nimmt ihre Arbeit am IEP auf und beschäftigt sich dort seitdem schwerpunktmäßig mit den Forschungsbereichen:

- Europäische Nachbarschaftspolitik
- EU-Erweiterung
- EU-Zentralasien
- Europäische Bürgerinitiative
- Europaskeptizismus

Heute vor 60 Jahren

25. April 1959



Auf Initiative der Europa-Union Deutschland und ihres Präsidenten Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim wird das Bildungswerk Europäische Politik ins Leben gerufen, dessen Ziel es ist, durch europapolitische Bildung ein europäisches Bewusstsein zu schaffen. Der sukzessiven Ausweitung der Inhalte und Themen folgt 1964 die Umbenennung in Institut für Europäische Politik.



© EU12-1992-93 European Union map.svg

Heute vor 20 Jahren

1. Mai 1999



Nachdem die Regierungsvertreter der EU zwei Jahre lang verhandelten, trat der Vertrag von Amsterdam am 1. Mai 1999 in Kraft. Der Vertrag von Amsterdam macht Beschäftigungspolitik und Bürgerrechte zu zentralen Anliegen der EU, stärkt die innere Sicherheit, ermöglicht es der EU nach außen als eine Einheit zu sprechen und gestaltet die Institutionen der europäischen Union effizienter.

Dr. Katrin Boettger, Direktorin, Institut für Europäische Politik

Heute vor 10 Jahren

7. Mai 2009

60^{ie}
1959 - 2019

“The **Eastern Partnership** has deepened the cooperation of the EaP countries with the EU to build stronger governance, economies, connectivity & societies and seeks to deliver tangible results for citizens. **EP continues to take part in this endeavour** by supporting our Eastern partners through different capacity building, research and civil society exchange projects.”

© EC - Audiovisual Service

Vor 41 Jahren

6./7. Juli 1978

60^{ie}
1959 - 2019

Neben einem europäischen Währungssystem (EWS) plant der Europäische Rat auf einer Tagung in Bremen auch eine Währungseinheit zu schaffen. 21 Jahre später wurde dann der Euro zuerst als Buchgeld und nochmal drei Jahre später, am 1. Januar 2002, als Bargeld eingeführt.

TRAITÉ DE NICE
26 FEVRIER 2001

Bildquelle: © Ministry for Foreign Affairs (France), 2001
Photo: Frédéric De la Mure

Bildquelle: © Ministry for Foreign Affairs (France), 2001
Photo: Frédéric De la Mure

Heute vor 16 Jahren

1. Februar 2003

Der am 26. Februar 2001 unterzeichnete **Vertrag von Nizza** tritt in Kraft. Er sieht eine **institutionelle Reform der EU** vor, um die Handlungsfähigkeit der Union nach der Erweiterung auf 25 Mitgliedstaaten zu garantieren.



© Christoph Siekermann (CC BY-SA 3.0)

Vor 21 Jahren

1. Juni 1998

60 **1959 - 2019**

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands drängen vor allem die Franzosen auf die Gründung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa. Um über die **Gemeinschaftswährung zu wachen und stabile Preise zu gewährleisten**, wird die Europäische Zentralbank als **Nachfolgerin des Europäischen Währungsinstituts** mit Sitz in Frankfurt am Main gegründet.



© Zairon - Own Work

Vor 43 Jahren

12./13. Juni 1976

60 **1959 - 2019**

Wie die Aufteilung der Sitze im Europäischen Parlament aussehen soll und wie viele Mitglieder überhaupt gewählt werden können, wird vom Europäischen Rat in Brüssel entschieden. 43 Jahre später hat das Europäische Parlament 751 Sitze und wird noch immer direkt gewählt.



© European Communities, 1979 / Source: EC - Audiovisual Service

Heute vor 40 Jahren

13. März 1979

60 **1959 - 2019**

Das Europäische Währungssystem tritt in Kraft. Es soll die **währungs-politische Zusammenarbeit** zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft fördern und eine **Zone der Währungsstabilität** anhand von festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen schaffen.



Bildquelle: Bundesarchiv, B 145 Bild-F019711-0006 / Steiner, Egon / CC-BY-SA 3.0

Heute vor 68 Jahren

15. März 1951



Das Auswärtige Amt wird nach dem Zweiten Weltkrieg in Bonn wiedergegründet. Folgend kann sich die Bundesrepublik Deutschland immer weiter in die sogenannte ‚westliche Welt‘ und in die internationalen Organisationen integrieren.

Heute vor 32 Jahren

15. Juni 1987



© Erasmus+ UK National Agency

Vor genau 32 Jahren wurde Erasmus, das weltweit größte Förderprogramm von Auslandsaufenthalten an Universitäten, vom Europäischen Rat beschlossen. Programme wie Erasmus Mundus, Erasmus für Jungunternehmer oder Erasmus+ folgen, wodurch seit der Einführung Millionen EuropäerInnen von den Stipendien profitieren konnten.

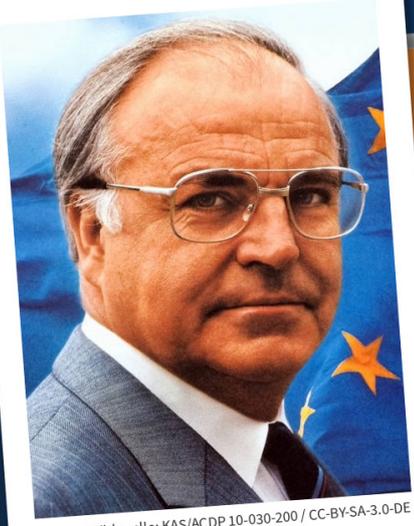
Heute vor 40 Jahren

17. bis 20. Juli 1979



© European Communities - EP, 17 July 1979

Bei der Europawahl im Juni 1979 wurde die Sozialistische Fraktion stärkste Partei. Einen Monat später fand die erste Tagung des direkt gewählten Europäischen Parlaments, unter Leitung der ersten Präsidentin des Europäischen Parlaments, Simone Veil, in Straßburg statt. Die Französin wurde im zweiten Wahlgang mit einer absoluten Mehrheit zur Präsidentin gewählt.



Bildquelle: KAS/ACDP 10-030-200 / CC-BY-SA-3.0-DE

Heute vor 29 Jahren

17. Januar 1990



Bundeskanzler Kohl erklärt in einer Rede beim Pariser Institut Francais des Relations Internationals (IFRI):

„Die Bundesrepublik Deutschland steht ohne Wenn und Aber zu ihrer europäischen Verantwortung – denn gerade für uns Deutsche gilt: Europa ist unser Schicksal.“



Bildquelle: Olaf Kosinsky (CC BY-SA 3.0)

Heute vor 61 Jahren

19. März 1958



Die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft nehmen ihre Arbeit im Europäischen Parlament, damals noch „Parlamentarische Versammlung“ genannt, auf. Zunächst eher von symbolischem Wert, ist der Einfluss mit den Jahren deutlich gewachsen.



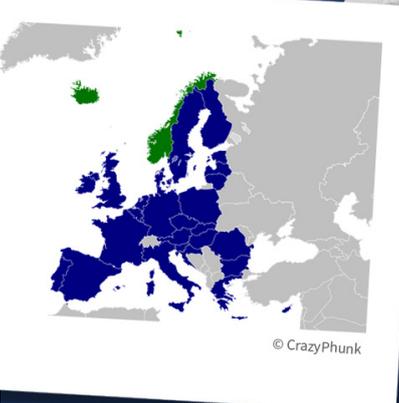
© Picture Alliance/dpa

Heute vor 22 Jahren

2. Oktober 1997



Nach dem Zusammentreffen des Europäischen Rates in Amsterdam am 18. Juni 1997, unterzeichnen die Außenminister der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union den Amsterdamer Vertrag am 2. Oktober 1997. Das Ziel war es aus den Europäischen Gemeinschaften (EG, EGKS, EURATOM) eine engere Europäische Gemeinschaft zu formen.



© CrazyPhunk

Heute vor 28 Jahren

21. Oktober 1991

60 **ie**
1959 - 2019

Die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) wird 1959 von Dänemark, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Großbritannien und der Schweiz zur Förderung von Wirtschaft und Handel gegründet. Da zahlreiche Mitglieder der EG/EU beigetreten sind, ist ihre Bedeutung im Laufe der Zeit geschrumpft. Aufgrund dessen einigen sich die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) am 21. Oktober 1991 auf die Errichtung des Europäischen Wirtschaftsraums.



ip Europäische Politik
ie Institut für Europäische Politik

Vor 46 Jahren

60 **ie**
1959 - 2019

Vor 46 Jahren trat Prof. Dr. Wolfgang Wessels sein Amt als Geschäftsführer des Instituts für Europäische Politik an. Er besetzte diese Position bis 1993 und ist bis heute noch **Vorstandsvorsitzender des Instituts**. Neben 46 Jahren Treue gegenüber dem IEP, ist er Ehrenvorsitzender der **Trans European Policy Studies Association (TEPSA)**, Direktor des **Centrums für Türkei und EU Studien** der Universität zu Köln (CETEUS) und **Jean Monnet Professor (em.) ad personam**.



Bildquelle: Bundesarchiv, B 145 Bild-P106816 / Inconnu / CC-BY-SA 3.0

Heute vor 56 Jahren

22. Januar 1963

60 **ie**
1959 - 2019

Deutschland und Frankreich unterzeichnen den **Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Élysée-Vertrag)**. Dieser wird zunächst von den übrigen Mitgliedstaaten kritisch gesehen, ist jedoch nach Scheitern der EPU ein wichtiger Schritt für den **deutsch-französischen Integrationsmotor**.



Bildquelle: Bundesarchiv, Bild 183-45653-0001 / CC-BY-SA 3.0

Vor 62 Jahren

25. März 1957



Als Gründungsmitglied **unterzeichnet die Bundesrepublik Deutschland die Römischen Verträge** zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG/Euratom).



Bildquelle: EC - Audiovisual Service / Photo: Christian Lambiotte

Vor 24 Jahren

26. März 1995

Das Schengener Durchführungsübereinkommen zur Umsetzung des Schengener Abkommens vom Juni 1985 über den **Wegfall von Personenkontrollen an EU-Binnengrenzen** tritt in den Benelux-Staaten, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Griechenland, Portugal und Spanien in Kraft.



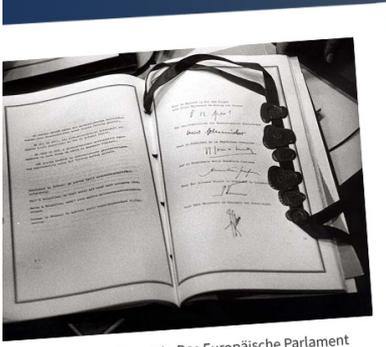
© Pixabay

Heute vor 40 Jahren

28. Mai 1979



Griechenland bemühte sich schon früh um politischen Anschluss in Europa und beantragt bereits zwei Jahre nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ein Assoziierungsabkommen. **Der Beitrittsvertrag wird am 28. Mai 1979 in Athen unterzeichnet.**



© Das Parlament - Das Europäische Parlament

Heute vor 54 Jahren

30. Juni 1965

60 **iEP**
1959 - 2019

Bevor der **Fusionsvertrag** am 1. Juli 1967 in Kraft tritt, ratifiziert Deutschland bereits am 30. Juni 1965 den **Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission** der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, Euratom).



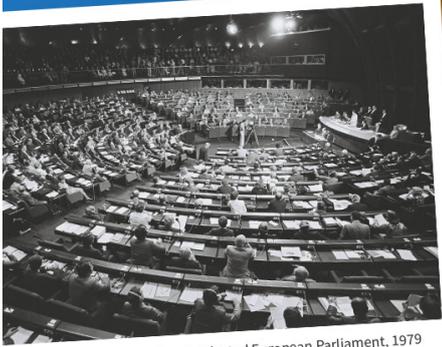
© European Union, 2017 / Source: EC - Audiovisual Service
Photo: Mauro Bottaro

Heute vor 56 Jahren

6. Februar 1963

60 **iEP**
Institut für
Europäische Politik

Das Bundeskabinett richtet den **Staatssekretärsausschuss für Europafragen** ein. Neben dem Bundeskabinett ist er das höchste Koordinierungsgremium in Europafragen. Bis 1998 wird es vom Bundeswirtschaftsministerium koordiniert und danach vom Auswärtigen Amt.



First Session of the directly elected European Parliament, 1979
© Jean-Louis Debaize, P-004577/25-3

Vor 40 Jahren

7. bis 10. Juni 1979

60 **iEP**
1959 - 2019

Die Abgeordneten des Europaparlaments werden **zum ersten Mal direkt von den Bürgerinnen und Bürgern aus den damals neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft gewählt**. Zuvor wurden die Abgeordneten von den nationalen Parlamenten an das EP entsandt. Das Parlament hat damals 410 Sitze. Die Wahlbeteiligung liegt bei 61,9 Prozent.



© European Communities, 1992 / Source: EC-Audiovisual Service / Photo: Christian Lambiotte

Heute vor 27 Jahren

7. Februar 1992



Der **Vertrag von Maastricht** wird unterzeichnet. Durch ihn wird die Europäische Union mit einer Währungsunion und einer Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Innen- und Justizpolitik geschaffen. Er wird zur **Grundlage zahlreicher Veränderungen**, unter anderem im deutschen Geld und Zentralbankenwesen, und verpflichtet zur Währungsunion.



© Kolja21 (CC BY-SA 3.0)

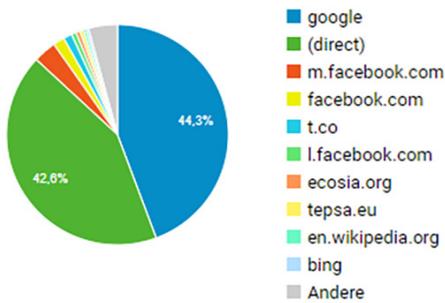
Heute vor 10 Jahren

7. Mai 2009



Auf dem EU-Gipfel in Prag wird die **„Östliche Partnerschaft“** als Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik ins Leben gerufen. Ziele sind eine **vertiefte politische Anbindung und wirtschaftliche Integration** der sechs Partnerländer Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Republik Moldau und Ukraine.

Top-Quellen

**Legende:**

direct – direkt im Browser die URL eingegeben

m.facebook – Handy

l.facebook = facebook.com

t.co – twitter

ecosia – Suchmaschine

Kerndaten für 2019

iep-berlin.de

144.543 Seitenaufrufe | 57.189 Sitzungen | 39.428v NutzerInnen

wissen-europa.de

1.472 Seitenaufrufe | 1.205 Sitzungen | 1.079 NutzerInnen

Das IEP hat von fortgeschrittenen Messungswerkzeugen Gebrauch, um zu verstehen, wie die Besucher mit der Homepage interagieren und als Folge dessen die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um seine Online-Präsenz zu optimieren. So konnte es beispielsweise festgestellt werden, dass die meisten Besucher entweder die Internetadresse direkt im Browser eingeben, oder über Facebook auf die IEP-Homepage kommen (Abbildung links).

Ergänzend wurde für das Jahr 2019 folgende Daten gesammelt:

Facebook Gesamtbeitragsreichweite: 202.702

Tweet-Impressions: 982.900

Seitenaufrufe LinkedIn: 1.540

Das IEP hat E-Mail-Marketing-Kampagnen entwickelt. Integraler Teil davon waren die Versendung des monatlichen Newsletters an knapp 1800 Abonnenten in Deutschland und in anderen EU-Mitgliedsstaaten mittels Mailchimp (E-Mail-Marketing-Automatisierungsplattform). Im IEP-Newsletter wurde über aktuelle Ereignisse, abgeschlossene und anstehende Veranstaltungen, sowie neue wissenschaftlichen Publikationen und Forschungsergebnisse informiert. Des Weiteren wurden sowohl separate Einladungen zu IEP-Veranstaltungen, als auch Bekanntmachungen über neuerschienene Papers, Artikel und Studien versendet. In allen mittels Mailchimp versendeten Typen von E-Mail-Marketingkampagnen wurde auf die IEP-Homepage und IEP-Social-Media-Accounts hingewiesen, in dem Bestreben, die Sichtweite des Instituts im Internet zu steigern. Die im IEP-Newsletter verfügbaren Informationen wurden regelmäßig an die Kooperationspartner zur Verbreitung durch die eigenen Kanäle und Formate weitergeleitet.

Die Sichtbarkeit von und Informiertheit über die Aktivitäten des IEP wurde durch die Erstellung und Verbreitung von klassischen Printprodukten wie Broschüren und Informationsmaterialien während der Veranstaltungen gewährleistet. Zusätzlich erhalten viele IEP-Projekte ihre eigene Brand Identity (Logos, Broschüren) und Social-Media-Präsenz.

Die Papers, Publikationen, Berichte und sonstige Materialien in Papierform werden an vorher ausgewählten und klar definierten Zielgruppen zur Verfügung gestellt – u.a. politische Entscheidungsträger, Forschungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen, Vertreter der Presse.

IEP-Mitarbeiter gaben Interviews in der nationalen und internationalen Presse, um über die Arbeit des Instituts zu informieren, sowie sein gutes Ansehen zu pflegen und den Wiedererkennungswert zu garantieren.

Gremien des Instituts für Europäische Politik

*Bodies of the Institut für
Europäische Politik*

Versammlung der Kuratoren (Stand November 2019)

Dr. Werner HOYER

Präsident des IEP; Staatsminister a.D.; Präsident der Europäischen Investitionsbank, Luxemburg

Elmar BROK

Vizepräsident des IEP; Mitglied des Europäischen Parlaments a.D.; Ehrenpräsident der Europa-Union Deutschland, Bielefeld

Prof. Sabine SAURUGGER

Vizepräsidentin des IEP; Professor of Political Science, Research Fellow, Institut universitaire de France, IUF, Dean of Research, Sciences Po Grenoble

Axel SCHÄFER, MdB

Vizepräsident des IEP; Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Deutscher Bundestag; Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Berlin

Katrin ALBSTEIGER

Ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages, Ulm

Peter ALTMAIER, MdB

Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Berlin

Dr. Katarina BARLEY, MdeP

Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments; Bundesministerin a.D., Brüssel

Doris BARNETT, MdB

Vorsitzende des Unterausschusses zu Fragen der Europäischen Union, Deutscher Bundestag, Berlin

Klaus-Peter BECK

Vorsitzender des Kuratoriums, ASKO EUROPA-STIFTUNG, Saarbrücken

Dr. Franziska BRANTNER, MdB

Europapolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen, Deutscher Bundestag, Berlin

Michael CLAUß

Botschafter, Ständiger Vertreter Deutschlands bei der Europäischen Union, Brüssel

Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas von DANWITZ

Richter des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), Luxemburg

Dr. Anne DUNCKER

Leiterin Bereich Europa, Stiftung Mercator, Essen

Dr. Marcus FELSNER

Managing Director, Opus 3 Artists, Berlin

Günter GLOSER

Staatsminister a.D., Nürnberg

Prof. Dr. Daniel GÖLER

Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls für Europäische Politik, Universität Passau

Alexander GRAF LAMBSDORFF, MdB

Stellv. Fraktionsvorsitzender FDP Bundestagsfraktion, Berlin

Serap GÜLER

Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Florian Peter HAHN, MdB

Europapolitischer Sprecher CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Berlin

Prof. Dr. Pascal HECTOR

Gesandter, Deutsche Botschaft, Paris

Prof. Dr. Friedrich HEINEMANN

Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim (ZEW); Universität Heidelberg

Dr. Tessen von HEYDEBRECK

Deutsche Bank Stiftung, Berlin

Prof. Dr. Rudolf HRBEK

Ehrenpräsident des Arbeitskreises Europäische Integration, Tübingen/ Berlin; Universität Tübingen

Steffen KAMPETER

Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA); Parl. Staatssekretär a.D., Berlin

Arndt G. KIRCHHOFF

Geschäftsführender Gesellschafter und CEO,
Kirchhoff Gruppe, Iserlohn; Präsident des Instituts
der deutschen Wirtschaft, Köln

Prof. Dr. Mareike KLEINE

Associate Professor in EU Politics, London School
of Economics, London

Andreas KRAUTSCHEID

Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands
Deutscher Banken e.V., Berlin

Gunther KRICHBAUM, MdB

Vorsitzender des Ausschusses für die
Angelegenheiten der Europäischen Union,
Deutscher Bundestag, Berlin

Jo LEINEN

Mitglied des Europäischen Parlaments a.D.;
Präsident der Europäischen Bewegung
International (EMI), Brüssel/Saarbrücken

Michael Georg LINK, MdB

Ausschuss für die Angelegenheiten der
Europäischen Union, Deutscher Bundestag, Berlin;
Staatsminister a.D.

Prof. Dr. Hartmut MARHOLD

Honorarprofessor an der Universität zu Köln;
Ehemaliger Generaldirektor des Centre
International de Formation Européenne, Berlin

Yves MERSCH

Mitglied des Direktoriums der Europäischen
Zentralbank, Frankfurt a.M.

Silke MÜLHERR

Alfred Landecker Foundation, Berlin

**Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian MÜLLER-
GRAFF**

Universität Heidelberg; Präsident des Arbeitskreises
Europäische Integration (AEI), Berlin

Günther OETTINGER

EU-Kommissar für Haushalt und Personal a.D.,
Brüssel

Andreas PESCHKE

Leiter der Europaabteilung, Auswärtiges Amt, Berlin

Christian PETRY, MdB

Europapolitischer Sprecher SPD-
Bundestagsfraktion, Berlin

Dr. Hans-Gert PÖTTERING

Ständiger Gast des Vorstands der Konrad-
Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/ Berlin;
Präsident des Europäischen Parlaments a.D.

Anne QUART

Staatssekretärin für Europa und Verbraucherschutz
des Landes Brandenburg a.D., Potsdam

Herbert REUL

Minister des Innern des Landes Nordrhein-
Westfalen, Düsseldorf

Annette RIEDEL

Redakteurin, Autorin und Moderatorin beim
Deutschlandfunk Kultur, Abteilung „Aktuelle Kultur
und Politik,“ Berlin

Michael ROTH, MdB

Staatsminister für Europa, Auswärtiges Amt, Berlin

Manuel SARRAZIN, MdB

Sprecher für Osteuropapolitik der
Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Berlin

Wolfgang SCHMIDT,

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen,
Berlin

Dr. Franz SCHOSER

Schatzmeister des IEP; Vorstandsvorsitzender, Otto
Wolff-Stiftung, Köln

Martin SCHULZ, MdB

Präsident des Europäischen Parlaments a.D.;
Deutscher Bundestag, Berlin

Dr. Eric SCHWEITZER

Präsident des Deutschen Industrie- und
Handelskammertages, Berlin

Dr. Linn SELLE

Präsidentin der Europäischen Bewegung
Deutschland e.V., Berlin

Prof. Dr. Martin SELMAYR

Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Wien; Generalsekretär der Europäischen Kommission a.D. (seit November 2019)

Prof. Dr. iur. Joachim WUERMELING, LL.M.

Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main; Staatssekretär a.D.

Norbert SPINRATH

SPD-Kreisvorsitzender Heinsberg; Ehem. Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

Stephan STEINLEIN

Chef des Bundespräsidialamtes, Berlin

Michael STÜBGEN, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär für Ernährung und Landwirtschaft, Berlin

Dr. Jürgen TRUMPF

Generalsekretär a.D. des Rates der Europäischen Union; Staatssekretär a.D. des Auswärtigen Amtes

Manfred WEBER, MdEP

Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), Europäisches Parlament, Brüssel

Prof. Dr. Werner WEIDENFELD

Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung; Professor für politische Wissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität, München

Klaus WELLE

Generalsekretär des Europäischen Parlaments, Straßburg

Prof. Dr. Wolfgang WESSELS

Direktor, CETEUS Centre for Turkey and European Union Studies; Jean Monnet Lehrstuhl ad personam, Universität zu Köln

Dr. Sabine WEYAND

Generaldirektorin der Generaldirektion Handel, Europäische Kommission, Berlin

Rainer WIELAND, MdEP

Präsident der Europa-Union Deutschland, Berlin; Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Brüssel

Vorstand

Univ.-Prof. Dr. Johannes POLLAK

Vorstandsvorsitzender; Direktor der Webster
Vienna Private University, Wien

Dr. Wolf-Ruthart BORN

Stellv. Vorsitzender; Staatssekretär a.D., Berlin

Dr. Werner HOYER

Präsident des IEP; Staatsminister a.D.; Präsident
der Europäischen Investitionsbank, Luxemburg

Prof. Dr. Michèle KNOTT

Technische Universität Darmstadt;
Vorstandsvorsitzender des Arbeitskreises
Europäische Integration (AEI)

Prof. Dr. Frank SCHIMMELFENNIG

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums
des IEP; European Politics, Eidgenössische
Technische Hochschule Zürich

Dr. Franz SCHOSER

Schatzmeister des IEP; Vorstandsvorsitzender, Otto
Wolff-Stiftung, Köln

Dr. Thomas STEFFEN

Staatssekretär im Bundesministerium für
Gesundheit, Berlin

Prof. Dr. Gaby UMBACH

European University Institute, Florenz

Prof. Dr. Wolfgang WESSELS

Ehrenvorsitzender; Direktor, CETEUS Centre for
Turkey and European Union Studies, Jean Monnet
Lehrstuhl ad personam, Universität zu Köln

Dr. Jürgen TRUMPF

Ehrenmitglied; Generalsekretär a.D. des Rates
der Europäischen Union; Staatssekretär a.D. des
Auswärtigen Amtes, Bonn

Wissenschaftliches Direktorium

Vorsitzender:

Prof. Dr. Frank SCHIMMELFENNIG

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Stellvertretende Vorsitzende:

Prof. Dr. Ansgar BELKE

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Gabriele CLEMENS

Universität Hamburg

Persönliche Mitglieder:

Prof. Dr. Gabriele ABELS

Universität Tübingen

Dr. Katrin AUDEL

Institut für Höhere Studien, Wien

Priv.-Doz. Mag. Dr. Barbara BACH-HOENIG

Universität Graz

Prof. Dr. François BAFOIL

CNRS/Centre d'Études et de Recherches
Internationales (CERI), Paris

Prof. Dr. Michael W. BAUER

Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften Speyer

Prof. Dr. Timm BEICHEL

Europa Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Prof. Dr. Roland BIEBER

Universität Lausanne

Prof. Dr. Katharina BLUHM

Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Tanja A. BÖRZEL

Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Ellen BOS

Andrássy Universität Budapest

Prof. Dr. Simon BULMER

Universität Sheffield

Prof. Dr. Stefan FRÖHLICH

Universität Erlangen-Nürnberg

Prof. Dr. Rolf CAESAR

Universität Hohenheim, Stuttgart

Prof. Dr. Björn HACKER

Hochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin

Prof. Dr. Christian CALLIESS

Freie Universität Berlin

Dr. Vladimir HANDL

Institute of International Relations, Prag

Prof. Dr. Thomas CHRISTIANSEN

Luis Università Guido Carli, Rom

Prof. Dr. Ines HÄRTEL

Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Dr. Agnieszka CIANCIARA

Institute of Political Studies, Polish Academy of Sciences, Warschau

Prof. Dr. Miriam HARTLAPP

Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Eugénia DA CONCEIÇÃO-HELDT

Hochschule für Politik München (HfP) an der Technischen Universität München

Prof. Dr. Friedrich HEINEMANN

Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim (ZEW); Universität Heidelberg

Prof. Dr. Jaap DE ZWAAN

Universität Rotterdam

Prof. Dr. András INOTAI

Centre for Economic and Regional Studies, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest

Prof. Dr. Thomas DIEZ

Universität Tübingen

Prof. Dr. Markus JACHTENFUCHS

Hertie School of Governance, Berlin

Prof. Dr. Christian DREGER

Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/ Oder

Prof. Dr. Thomas JÄGER

Universität zu Köln

Prof. Dr. Sandra ECKERT

Goethe-Universität Frankfurt am Main

Dr. Thomas JANSEN

„Liberidea“, Triest

Dr. Piret EHIN

Universität Tartu

Prof. Dr. Charlie JEFFERY

University of York

Prof. Dr. Henrik ENDERLEIN

Hertie School of Governance, Berlin; Jacques Delors Institut, Berlin

Prof. Dr. Michael KAEDING

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Gerda FALKNER

Institut für europäische Integrationsforschung (EIF), Universität Wien

Prof. Dr. Hartmut KAEUBLE

Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Tina FREYBURG

Universität St. Gallen

Prof. Dr. Claudia KEMFERT

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin

Prof. Dr. Michèle KNOTT

Technische Universität Darmstadt

Prof. Dr. Wim KÖSTERSRheinisch-Westfälisches Institut für
Wirtschaftsforschung (RWI), Essen**Prof. Dr. Beate KOHLER-KOCH**

Universität Mannheim

Prof. Dr. Markus KOTZUR

Universität Hamburg

Prof. Dr. Theresa KUHN

University of Amsterdam

Prof. Dr. Sandra LAVENEX

Universität Genf

Prof. Dr. Christian LEQUESNECentre d'Études et de Recherches Internationales
(CERI), Paris**Dr. Barbara LIPPERT**Deutsches Institut für Internationale Politik und
Sicherheit; Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP),
Berlin**Prof. Dr. Wilfried LOTH**

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Siegfried MAGIERADeutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften Speyer**Prof. Dr. Andreas MAURER**

Universität Innsbruck

Prof. Dr. Franz MAYER

Universität Bielefeld

Prof. Dr. Gabriele METZLER

Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Antonio MISSIROLINorth Atlantic Treaty Organization Assistant
Secretary-General for Emerging Security Challenge
at NATO HQ in Brussels**Prof. Dr. Jürgen MITTAG**

Deutsche Sporthochschule Köln

Prof. Dr. Jörg MONAR

Rektor, Europa-Kolleg Brügge

Prof. Dr. Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET

Universität Würzburg

**Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian MÜLLER-
GRAFF**Universität Heidelberg; Präsident, Arbeitskreis
Europäische Integration (AEI), Berlin**Prof. Dr. Richard MÜNCH**

Universität Bamberg

Prof. Dr. Martin NETTESHEIM

Universität Tübingen

Prof. Dr. Christine NEUHOLD

Universität Maastricht

Dr. Dietmar NICKELGeneraldirektor a.D. des Europäischen Parlaments,
Hamburg; Research Fellow, Institute for European
Integration, Europa-Kolleg Hamburg**Prof. Dr. Dr. h.c. Angelika NUSSBERGER**Sektionspräsidentin, Europäischer Gerichtshof für
Menschenrechte, Straßburg; Universität zu Köln**Prof. Dr. Renate OHR**

Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Dr. William E. PATERSON

Aston Universität, Birmingham

Prof. Dr. Ingolf PERNICE

Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Johannes POLLAKDirektor der Webster Vienna Private University,
Wien**Prof. Dr. Ulrich K. PREUSS**

Hertie School of Governance, Berlin

Prof. Dr. Uwe PUETTER
Europa Universität Flensburg

Prof. Dr. Sonja PUNTSCHER-RIEKMANN
Universität Salzburg

Prof. Dr. Thomas RISSE
Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Berthold RITTBERGER
Ludwigs-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Lenka ROVNÁ, CSc.
Karls-Universität Prag

Prof. Dr. Gwendolyn SASSE
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien
ZOiS, Berlin

Prof. Dr. Stephanie SCHIEDERMAIR
Universität Leipzig

Prof. Dr. Joachim SCHILD
Universität Trier

Prof. Dr. Stefanie SCHMAHL
Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Prof. Dr. Tobias SCHUMACHER
College of Europe, Natolin

Prof. Dr. Klaus SEGBERS
Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Reimund SEIDELMANN
Universität Gießen

Prof. Dr. Carina SPRUNGK
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Prof. Dr. Hans STARK
Institut français des relations internationales (IFRI),
Paris

Prof. Dr. Daniel THYM
Universität Konstanz

Prof. Dr. Florain TRAUNER
Vrije Universität Brüssel

Prof. Dr. Henrik UTERWEDDE
Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg

Prof. Dr. Armin VON BOGDANDY
Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches
Recht und Völkerrecht, Heidelberg

Prof. Dr. Silvia VON STEINSDORFF
Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Stefanie WALTER
Universität Zürich

Prof. Dr. Thomas WINZEN
Mannheimer Zentrum für Sozialforschung

Prof. Dr. Michael ZÜRN
Wissenschaftszentrum Berlin

Aufgrund institutioneller Verbindung:

Dr. Andrea DESPOT
Leiterin, Europäische Akademie Berlin

Dr. Markus EDERER
Staatssekretär des Auswärtigen Amts a.D., Berlin;
European Union Ambassador to the Russian
Federation

Ralf FÜCKS
Geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums
Liberaler Moderne, Berlin

Dr. Petr KRATOCHVÍL
Institute of International Relations, Prag

Thomas KRÜGER
Präsident, Bundeszentrale für politische Bildung,
Bonn

Dr. Nikolaus MEYER-LANDRUT
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Paris

Prof. Dr. Hanspeter NEUHOLD
Diplomatische Akademie Wien; Europa-Kolleg
Brügge und Natolin

Prof. Dr. Volker PERTHES

Direktor, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Dr. Melanie PIEPENSCHNEIDER

Leiterin Politische Bildung, Bildungszentrum
Eichholz, Konrad-Adenauer-Stiftung, Wesseling

Dr. Otto SCHMUCK

Mitglied des Präsidiums der Europa-Union
Deutschland, Berlin

Dr. Daniela SCHWARZER

Otto Wolff-Direktorin, Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik,
Berlin

PD Dr. Matthias WAECHTER

Generaldirektor, Centre International de Formation
Européenne (Cife), Nizza

Dr. Jörg WOJAHN

Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission
in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin

Ehrenvorsitzender:**Prof. Dr. Michael KREILE**

Professor i.R., Humboldt-Universität zu Berlin

Ehrenmitglieder:**Dr. Klaus HÄNSCH**

Präsident des Europäischen Parlaments a.D.,
Erkrath

Prof. Dr. Hans-Eckart SCHARRER

Vizepräsident a.D., HWWA-Institut für
Wirtschaftsforschung, Hamburg

Die Geschäftsführung



Dr. Katrin Böttger

Direktorin seit Juli 2018 (stv. Direktorin seit November 2010)

Studium in Politikwissenschaft, Journalismus und Anglistik mit den Abschlüssen Magister rer. pol. und Dr. rer. sol.

Aufgabenbereiche am Institut

- Geschäftsführung
- Projektleiterin des von der Otto Wolff-Stiftung geförderten Projekts „Die Europäische Union und Russland in Osteuropa und im Südkaukasus: Integrationskonkurrenz zwischen Ost und West?“
- Projektleiterin des von der Europäischen Kommission geförderten Horizon 2020-Projekts „SEnECA – Strengthening and Energizing EU-Central Asia Relations“

Forschungsschwerpunkte

- Europäische Nachbarschaftspolitik
- EU-Erweiterung
- EU-Zentralasien
- Europäische Bürgerinitiative
- Europaskeptizismus

Mitgliedschaften/Aktivitäten

- Schatzmeisterin des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. (AEI)
- Mitglied im Vorstand der Trans European Policy Studies Association (TEPSA)
- Mitglied im Vorstand der Europäischen Bewegung Deutschland e.V.
- Mitglied im Herausbergremium der Vierteljahrszeitschrift *integration*
- Mitglied im Herausbergremium der Schriftenreihe Soviet and Post-Soviet Politics and Society (SPPS) des ibidem Verlags
- Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat und Dozentin des Centre international de formation européenne
- Mitglied im Beirat von EUROTHINK

Dr. Funda Tekin

Direktorin seit Juli 2018

Studium der Volkswirtschaftslehre sozialwissenschaftlicher Richtung an der Universität zu Köln mit den Abschlüssen Diplom und Dr. rer. pol.

Aufgabenbereiche am Institut

- Geschäftsführung
- Leitung Forschungsbereich „Zukunft der Europäischen Union“
- Projektdirektion im Jean Monnet-Netzwerk „Enhancing Visibility of the Academic Dialogue on EU-Turkey Cooperation“ (VIADUCT)
- Leiterin zweier Work Packages im EU-IDEA Projekt zu den Themen „Narratives on Differentiation“ und „Differentiation as a Policy Choice“

Forschungsschwerpunkte

- EU-Türkei Beziehungen
- Differenzierte Integration der Europäischen Union
- Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
- EU Institutionen

Mitgliedschaften/Aktivitäten

- Projektdirektorin in zwei Forschungsprojekten: „The Future of EU-Turkey Relations: Mapping Dynamics and Testing Scenarios“ (FEUTURE; Horizon 2020) / „TRIANGLE“ im Rahmen des Blickwechsel-Programms der Stiftung Mercator; Centrum für Türkei und EU Studien (CETEUS), Universität zu Köln
- Mitglied im Vorstand der Trans European Policy Studies Association (TEPSA)
- Mitglied im Herausbergremium der Vierteljahrszeitschrift *integration*
- Mitglied im Arbeitskreis Europäische Integration e.V. (AEI)

**Henrik von Homeyer**

Wissenschaftlicher Referent der
Geschäftsführung seit Oktober 2019
Studium in Europawissenschaften
und Osteuropawissenschaften

Forschungsschwerpunkte

Deutsche Europapolitik
Europäische Parteienpolitik
Populismus
Europäische Außen- und
Sicherheitspolitik
Beziehungen der EU zu den USA,
China und Russland

**Manuel Müller**

Wissenschaftlicher Referent der
Geschäftsführung bis Oktober 2019
Studium der Neueren und Neuesten
Geschichte und Hispanistik

Forschungsschwerpunkte

Demokratische Legitimation der EU
Politisches System und institutionelle Reform
der EU
Europäische Öffentlichkeit und europäische
Narrative
Verfassungpluralismus und
Rechtsstaatlichkeit in der EU
Europawahlen und europäische Parteien

Das Team 2019

ie Institut für Europäische Politik Team



Dominic Maugeais



Julian Plittka



Dr. Katrin Böttger



Dr. Funda Tekin



Gabriele Sommer



Marion Ende



Jana Schubert



Viktoria Fahn



Martin Stein



Simone Dee



Prof. Dr. Mathias Jopp



Manuel Müller



Constanze Aka



Marina Löffelholz



Janny Schulz



Patricia Kruse



Vittoria Meißner



Yvonne Braun



Fabian Weber



Johannes Kohls



Ljudmyla Melnyk



Alexander Scheithauer



Mona Richter



Matthias Meier



Antonia Labitzky



Lydia Drews



Aron Korozs



Sophia Klumpp



Friederike Augustin



Steve Burkhardt



Laila Allemann



Sabine Hoscislawski



Farina Kiefer



Julian Brummer

www.iep-berlin.de

@iep_berlin

@iep_berlin

Institut für Europäische Politik e.V.

